



Universität Potsdam



Sascha Wagener

Der EU-Verfassungsvertrag und die Positionen linker Parteien

Sascha Wagener
Der EU-Verfassungsvertrag und
die Positionen linker Parteien

Sascha Wagener

Der EU-Verfassungsvertrag und
die Positionen linker Parteien

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.de> abrufbar.

Universitätsverlag Potsdam 2012

<http://info.ub.uni-potsdam.de/verlag.htm>

Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam

Tel.: +49 (0)331 977 2533, Fax: -2292

E-Mail: verlag@uni-potsdam.de

Die Schriftenreihe **WeltTrends Thesis**

wird herausgegeben von Prof. Dr. habil. Jochen Franzke,
Universität Potsdam, im Auftrag von WeltTrends e.V.

Band 14 (2012)

Sascha Wagener: Der EU-Verfassungsvertrag und die Positionen linker Parteien

Zugl.: Potsdam, Univ., Magisterarbeit, 2006

Produktionsleitung: Tim Haberstroh

Lektorat und Satz: pertext – Enrico Wagner

Druck: docupoint GmbH Magdeburg

Umschlagabbildungen: JLogan (Bildmontage, WeltTrends)

Das Manuskript ist urheberrechtlich geschützt.

ISSN (print) 1866-0738

ISSN (online) 2191-1673

ISBN 978-3-86956-186-8

Zugleich online veröffentlicht auf dem Publikationsserver der Universität Potsdam

URL <http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2012/5939/>

URN [urn:nbn:de:kobv:517-opus-59391](http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:517-opus-59391)

[<http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:517-opus-59391>]

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	8
1 Einleitung	9
1.1 Relevanz des Themas	9
1.2 Grundlagen der Arbeit	9
1.3 Aufbau und Vorgehensweise	11
1.4 Einige begriffliche Bestimmungen	12
2 Die linken Parteien und die europäische Ebene	15
2.1 Entwicklung und Kooperation linker Parteien in Europa	15
2.1.1 Der „Eurokommunismus“	16
2.1.2 Die Fraktion der „Kommunisten und Nahestehenden“	17
2.1.3 Das „Forum der Neuen Europäischen Linken“	18
2.1.4 Die Fraktion GUE/NGL	19
2.1.5 Die „Europäische Linkspartei“	20
2.1.6 Weitere Kooperationsformen	21
2.2 Tabellarischer Überblick der Kooperationsformen	23
2.3 Der Umgang mit dem Europäischen Verfassungsvertrag	24
2.3.1 Die Haltung der linken Parteien im Europäischen Konvent	24
2.3.2 Die Haltung der linken Parteien im Europäischen Parlament	25
2.3.3 Die Haltung der „Europäischen Linkspartei“	27
3 Die linken Parteien und die Europäische Verfassung	29
3.1 Beschreibung der Parteien und Positionen	29
3.1.1 Die „Partei der Kommunistischen Neugründung“ aus Italien	29
3.1.2 „Die Linkspartei.PDS“ aus Deutschland	31
3.1.3 Die „Französische Kommunistische Partei“	34
3.1.4 Die „Partei der Italienischen Kommunisten“	37
3.1.5 Die „Vereinigte Linke“ aus Spanien	39
3.1.6 Die „Kommunistische Partei Griechenlands“	41
3.1.7 Die „Kommunistische Partei Böhmens und Mährens“	44
3.1.8 „Sinn Féin“ aus Irland	46
3.1.9 Die „Sozialistische Partei“ aus den Niederlanden	48
3.1.10 Die „Linkspartei“ aus Schweden	50
3.1.11 Die „Kommunistische Partei Portugals“	52
3.1.12 „Synaspismos“ aus Griechenland	54

3.1.13	Der „Linksblock“ aus Portugal	57
3.1.14	Die „Linksallianz“ aus Finnland	58
3.1.15	Die „Sozialistische Volkspartei“ aus Dänemark	61
3.1.16	Die „Einheitsliste / die Rot-Grünen“ und die „Volksbewegung gegen die EU“ aus Dänemark	62
3.1.17	Die „Progressive Partei des Werktätigen Volkes“ aus Zypern	64
3.2	Tabellarischer Überblick der Positionen	67
4	Abschließende Bewertung	69
5	Literaturverzeichnis	73
	Aufsätze, Aufsatzsammlungen, Handbücher, Zeitungsartikel	73
	Dokumente nationaler und europäischer Institutionen	77
	Parteidokumente und Redebeiträge der Akteure	78
	Tageszeitungen und Interview	86



Sascha Wagener, geboren am 16.6.1977 in Luxemburg, gestorben am 13.3.2011 in Lahr (Deutschland), studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Kunstgeschichte an den Universitäten in Trier, Prag, Berlin und Potsdam. Im Anschluss forschte er als Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Doktorand der Universität Potsdam zur Politischen Theorie der Europäischen Linken. Von Mai 2010 bis März 2011 war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Freiburger Regionalbüro für DIE LINKE tätig und arbeitete nebenher am Abschluss seiner Promotion. Am 13. März 2011 verstarb Sascha Wagener im Alter von 33 Jahren bei einem Unfall in Lahr.

Welt Trends *Thesis*

Publikation von Abschlussarbeiten

Seit zwei Jahrzehnten betreuen wir akademische Veröffentlichungen. Seit drei Jahren publizieren wir in der Reihe **WeltTrends Thesis** studentische Abschlussarbeiten (Magister-, Diplom- und Bachelorarbeiten) mit dem Schwerpunkt internationale Beziehungen und vergleichende Länderstudien in einer ansprechenden Form.

Unser Angebot: WeltTrends übernimmt Lektorat, Satz und Werbung. Der Universitätsverlag Potsdam realisiert die Buchpublikation sowie die Online-Veröffentlichung auf dem zertifizierten Publikationsserver der Universität Potsdam und den Nachweis in den relevanten bibliographischen Datenbanken und Bibliothekskatalogen. Sie erhalten zehn Autorenexemplare, weitere Exemplare gibt es zum Sonderpreis.

Die Kosten liegen für Sie deutlich unter den üblichen Verlagsangeboten. Ein Beispiel: Bei einem Umfang von 100 Seiten und bei einer Auflage von 50 Exemplaren kostet dies 500 Euro. Die konkreten Konditionen, z. B. mit Farbfotos oder in englischer Sprache, werden nach Vorlage des Manuskripts abgesprochen.

Bisher erschienen:

- 1 | Kolleck: FTAA/ALCA – Von Alaska bis Feuerland?
- 2 | Die „dritte Generation“ – „Trzecie pokolenie“
- 3 | Kube: Immigration und Arbeitskämpfe in den USA
- 4 | Krämer: Die Politik Deutschlands in der Kosovofrage
- 5 | Bar: Wasserkonflikte in Zentralasien
- 6 | Iro: UN Peacebuilding Commission in Sierra Leone
- 7 | Dittrich: Die FDP und die deutsche Außenpolitik
- 8 | Chinalski: Regional Governance in der Oder-Partnerschaft
- 9 | Kolanoski: Die Entsendung der Bundeswehr ins Ausland
- 10 | Kaltschew: Das politische System Kenias
- 11 | Wernert: Die Rolle der Afrikanischen Union
- 12 | Klein: Rechtspopulistische Parteien in Regierungsbildungsprozessen
- 13 | Vogt: Strategische Aspekte deutscher Weltraumsicherheitspolitik

Ansprechpartner:

Prof. Dr. Jochen Franzke 0331 977 3414 (j.franzke@welttrends.de)

Büro WeltTrends 0331 977 4540 (redaktion@welttrends.de)

www.welttrends.de

Abkürzungsverzeichnis

AKEL	Progressive Partei des Werktätigen Volkes, Zypern
BE	Linksblock, Portugal
Dikki	Demokratisch-Soziale Partei, Griechenland
EAL	Europäische Antikapitalistische Linke
EG	Europäische Gemeinschaft
EL	Einheitsliste, Dänemark
EU	Europäische Union
EUL	Europäische Vereinte Linke
GRRC	Republikanische und Radikale Bürgerliche Linke, Frankreich
GUE	Vereinte Europäische Linke
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/ Nordische Grüne Linke
IU	Vereinigte Linke, Spanien
KKE	Kommunistische Partei Griechenlands
KSČM	Kommunistische Partei Böhmens und Mährens
LCR-LO	Revolutionär-Kommunistische Liga – Arbeiterkampf, Frankreich
NATO	Nordatlantikpakt Organisation
NELF	Forum der Neuen Europäischen Linken
NGL	Nordische Grüne Linke
NGLA	Nordische Grün-Linke Allianz
PCF	Französische Kommunistische Partei
PCI	Italienische Kommunistische Partei
PCP	Kommunistische Partei Portugals
PdCI	Partei der Italienischen Kommunisten
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus, Deutschland
PRC	Partei der Kommunistischen Neugründung, Italien
SF	Sozialistische Volkspartei, Dänemark
SP	Sozialistische Partei, Niederlande
SYN	Koalition der Linken, der Bewegungen und der Ökologie, Griechenland
V	Linkspartei, Schweden
VAS	Linksallianz, Finnland

1 Einleitung

Diese Arbeit untersucht die Positionen der Parteien, die im Europäischen Parlament der „Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke“ (GUE/NGL) angehören, zum Vertrag über eine Verfassung für Europa.

1.1 Relevanz des Themas

„Europa am Scheideweg“ überschrieben die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union den ersten Abschnitt der „Erklärung von Laeken“ am 14./15. Dezember 2001. Sie riefen dazu auf, eine „europäische Öffentlichkeit“ zu schaffen und setzten einen Konvent zur Zukunft Europas ein.¹ Im Ergebnis entstand der „Vertrag über eine Verfassung für Europa“. Der Konvent präsentierte das Ergebnis seiner Arbeit am 13. Juni und 10. Juli 2003. Am 29. Oktober 2004 unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs den von ihnen leicht veränderten Verfassungsentwurf. Das Ratifizierungsverfahren begann.

Die linken Parteien müssen sich auf nationaler und auf europäischer Ebene zur Idee einer Europäischen Verfassung und zu diesem Vertrag verhalten. Seit Jahrzehnten streiten sie über die europäische Integration. Erst in den letzten Jahren entstanden gemeinsame politische Initiativen, wurden die „Europäische Linkspartei“ und die „Nordisch Grün-Linke Allianz“ gegründet. Mit dem Europäischen Verfassungsvertrag stehen die linken Parteien vor einer Nagelprobe. Sind sie in dieser wichtigen europapolitischen Debatte als „vereinte“ Kraft erkennbar? Oder zerstreiten sie sich in einem Maße, dass weitere Vernetzungsbestrebungen eher sinnentleert sind?

1.2 Grundlagen der Arbeit

Die linken Parteien interessierten in den zurückliegenden Jahren nicht besonders. Ein großer Teil der Literatur stammt aufgrund des publizistischen Interesses am „Eurokommunismus“ aus der zweiten Hälfte der

1 Europäischer Rat (2001): Schlußfolgerungen des Vorsitzes, Laeken, 14./15.12.2001, Dok. SN 300/1/01 REV 1; <http://ue.eu.int/ueDocs/newsWord/de/ec/68829.doc>.

siebziger Jahre.² Wissenschaftliche Aufbereitungen widmen sich eher dem Phänomen des prognostizierten Niedergangs der Linken als ihren inhaltlichen Positionen.

Im ersten Kapitel steht die europäische Ebene im Vordergrund. Auf dieser bringen die linken Parteien ihre Haltung zum Verfassungsvertrag in Form gemeinsamer Aufrufe oder durch das Stimmverhalten ihrer Europaabgeordneten zum Ausdruck. Als Grundlage werte ich die Literatur der vergleichenden Parteienforschung, die Veröffentlichungen der transnationalen Netzwerke der Linken und die Abstimmungsprotokolle des Europäischen Parlaments aus.

Das zweite Kapitel widmet sich den Positionen der einzelnen Parteien. Als empirische Basis dienen Parteitagbeschlüsse und -dokumentationen, Vorstandsbeschlüsse, Pressemitteilungen, Redebeiträge auf Konferenzen, im nationalen oder im europäischen Parlament. Zur Beschreibung des Kontextes, in dem jede Partei wirkt, wurde auf Artikel in wissenschaftlichen Zeitschriften und in der tagespolitischen Presse, auf die Veröffentlichungen parteinaher Stiftungen und auf Parteienlexika zurückgegriffen.

Anfangs vielversprechend, aber letzten Endes nicht weiterführend, waren die Ergebnisse der bestehenden Programmforschung. Die *Manifesto Research Group* und ihr Nachfolger, das *Comparative Manifestos Project*, werten seit Jahren Tausende von Wahlprogrammen aus der ganzen Welt aus. Einen guten Überblick der Ergebnisse in Bezug auf die linken Parteien bietet Andrea Volkens. Sie listet elf der von mir untersuchten Parteien auf. Dabei kommt sie zu Ergebnissen, die in vielen Fällen ein falsches Bild vermitteln. Beispielsweise hält sie die „Portugiesische Kommunistische Partei“ für integrationsfreudiger als die spanische „Vereinigte Linke“.³ Wahrscheinlich besteht das Grundproblem der vergleichenden Programmforschung im primär nationalen Umfeld selbst europäischer Wahlprogramme. Sie sind nach Hans-Dieter Klingemann das „Wettbewerbsinstrument“ zwischen den Parteien.⁴ Der Europäische Verfassungsvertrag hingegen ist Gegenstand einer transnationalen Debatte. In diesem spezifischen Punkt sind die Wahlprogramme vergleichbar. Sie bilden aber

2 Bartolini, Stefano / Caramani, Daniele / Hug, Simon (1998): *Parties and Party Systems. A Bibliographic Guide to the Literature on Parties and Party Systems in Europa since 1945*, London/Thousand Oaks/New Delhi, S. 24f.

3 Volkens, Andrea (2005): Politische Positionen linker Parteien im Europäischen Parlament. Programmatische Übereinstimmungen und Unterschiede in der fünften Legislaturperiode, in: Michael Brie / Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): *Für ein anderes Europa. Linke Parteien im Aufbruch*, Berlin, S. 124.

4 Klingemann, Hans-Dieter / Hofferbert, Richard I. / Budge, Ian (1994): *Parties, Policies, and Democracy*, Boulder/Oxford, S. 27.

nur einen Teil des empirischen Materials und müssen eingebettet in die langfristigen strategischen Überlegungen der Parteien betrachtet werden.

Diese Arbeit thematisiert nicht den Wert oder die Substanz der Positionen der linken Parteien. Deshalb werden sie auch nur in den Fällen diskutiert, in denen ein innerparteilicher Dissens laut hörbar war. Die Problemstellung des Verfassungsvertrags erscheint mir als zu komplex, als dass sich die Gesamtheit der befürwortenden oder ablehnenden Positionen mit „richtig“ oder „falsch“ werten ließe.

Schließlich seien als Grundlagen die beiden Faktoren gewürdigt, die die Bearbeitung des vorliegenden Themas überhaupt erst ermöglicht haben. Ohne den Europäischen Verfassungsvertrag hätte es keine transnationale Debatte gegeben, die die Positionen der linken Parteien vergleichbar machte. Und ohne die Tiefen des Internets wäre ein Großteil der empirischen Materialien nicht so zeitnah zu beschaffen gewesen. Entsprechenden Raum nehmen die Internetquellen ein. Der Vermerk „abgerufen am“ begleitet die Links zu Dokumenten, die nicht in schriftlicher Form vorliegen.

1.3 Aufbau und Vorgehensweise

Die Entscheidung, die in der Fraktion GUE/NGL direkt oder assoziiert vertretenen Parteien in den Mittelpunkt meiner Arbeit zu stellen, beruht auf drei Überlegungen. Erstens ergibt sie sich aus der parlamentarischen Funktion von Parteien. Sind diese nicht im Europäischen Parlament vertreten, können sie die Verfassungsdiskussion auf einer wesentlichen Ebene des politischen Systems der Europäischen Union kaum verfolgen und nicht beeinflussen. Zweitens bleibt die Rolle der transnationalen Netzwerke oder Kooperationsformen im Prozess der europäischen Integration unbestimmt. Die Fraktion dagegen erfüllt klar zugewiesene Funktionen und ist ein Teil dieses Prozesses. Ihre Mitglieder müssen sich zur Verfassung verhalten. Drittens umfasst die Fraktion als aus pragmatischen Gründen zusammengekommene, parlamentarische Gruppe die ganze Breite an linken Positionen zur europäischen Integration. Eine transnationale Partei wie die „Europäische Linkspartei“ ist in ihrer ideologischen Kohärenz ausgeprägter und würde ein weniger breites Untersuchungsfeld bieten.⁵

5 Vgl. Brzinski, Joanne Bay (1995): Political Group Cohesion in the European Parliament, 1989–1994, in: Carolyn Rhodes / Sonka Mazey (Hrsg.): The State of the European Union, Vol. 3: Building a European Polity?, London, S. 136.

Das erste Kapitel vergleicht Entwicklung und Agieren der linken Parteien auf europäischer Ebene. Anhand der eurokommunistischen Debatten in den siebziger und achtziger Jahren wird der grundsätzliche Konflikt um die europäische Integration herausgearbeitet. Die Entwicklung der Kooperation der linken Parteien und der gemeinsamen Fraktion werden dargestellt. Die Betrachtung des Verhaltens der Linken im Europäischen Konvent und im Europäischen Parlament soll Aufschluss über Einmütigkeit, Gegenüberstellung oder Unschlüssigkeit der Positionen der linken Parteien geben. Schließlich wird der Umgang der „Europäischen Linkspartei“ mit dem Verfassungsvertrag beschrieben.

Im zweiten Kapitel werden die 17 Parteien der Fraktion GUE/NGL vorgestellt.⁶ Dazu wird auf deskriptive Art jeweils in einem ersten Abschnitt auf Entwicklung, Programm und Verankerung, in einem zweiten Abschnitt auf die Haltung zur Globalisierung und zur europäischen Integration und in einem dritten Abschnitt auf die Positionen zum Europäischen Verfassungsvertrag eingegangen.

Die gewonnenen Erkenntnisse fließen im Schlussteil zusammen. Hier wird versucht, die linken Parteien nach dem Grad ihrer befürwortenden oder ablehnenden Positionen zum Vertrag über eine EU-Verfassung einzuordnen.

1.4 Einige begriffliche Bestimmungen

Das auslösende Moment der *europäischen Integration* ist nach Ernst Kuper der Zusammenbruch des europäischen Staatensystems im Zweiten Weltkrieg. Die engere Kooperation habe sich ergeben, da keine Wege zur Problemlösung innerhalb des Nationalstaats mehr offenstanden. Dabei sei eine *föderative Integrationspolitik* „auf die Schaffung gemeinsamer Institutionen gerichtet, die geeignet sind, die Politik im übertragenen Bereich mit Autorität gegenüber den teilnehmenden Staaten und Gesellschaften zu leiten. Sie sieht diese als administrativen Kern der entstehenden Föderation an, welche durch Übertragung zentraler Staatsaufgaben an diese gemeinsamen Institutionen aufzubauen ist“.⁷

6 Von diesen gehören 14 der Fraktion als Vollmitglieder an. Daneben sind der portugiesische „Linksblock“ als Partei und die dänische „Volksbewegung“ über ihren Abgeordneten assoziierte Mitglieder. Die Abgeordnete der dänischen „Sozialistischen Volkspartei“ ist gegen den Willen ihrer Parteiführung 2004 von der GUE/NGL in die Grüne Fraktion gewechselt. Da die Partei weiter Mitglied des nordischen Zusammenschlusses NGLA und damit eines wichtigen Bestandteils der GUE/NGL ist, wird sie von mir in dieser Arbeit mit aufgeführt.

7 Kuper, Ernst (1995): Transnationale Parteienbünde zwischen Partei- und Weltpolitik, Frankfurt am Main u. a., S. 34.

Der *Vertrag über eine Verfassung für Europa* ordnet sich in diese föderative Integrationspolitik ein. Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass sich die vorliegende Arbeit nicht der Diskussion um den legitimatorischen Unterschied einer *Europäischen Verfassung* und eines *Europäischen Vertrags* widmet. Diese Begriffe, ebenso wie *Verfassungsvertrag* oder *Verfassungsentwurf*, werden von mir in stilistischem Wechsel gebraucht.

Die Parteien, die im Europäischen Parlament der Fraktion GUE/NGL angehören, entstammen fast ausnahmslos einer kommunistischen Tradition. Vor 1989 wurde dies auch in der Namensgebung der Fraktion COM (Kommunisten) deutlich. Ich bezeichne sie in den Abschnitten, die den Zeitraum vor 1989 betreffen, als *kommunistische*, in der Folge als *linke Parteien*, *Linksparteien* oder *Linke*. Auf wertende Begriffe wie *orthodox* und *dogmatisch* oder *reformorientiert* und *pragmatisch* habe ich weitgehend verzichtet. Selbstverständlich bin ich mir einer möglichen Verwechslung mit den ebenfalls linken Parteien in den Fraktionen von *Sozialdemokraten* und *Grünen* im Europäischen Parlament bewusst. Diese werden daher in der vorliegenden Arbeit immer beim Namen genannt und nicht verkürzt als *links* bezeichnet.

Das Vokabular der linken Parteien mag dem Leser nicht immer so vertraut sein. Es würde jeden Rahmen sprengen, nach Definitionen für *Sozialismus*, *Kapitalismus* und *Kommunismus*, *soziale* und *neoliberale Marktwirtschaft*, *Globalisierung* und *Globalisierungskritik*, *soziale Bewegungen* und *Arbeiterklasse* zu suchen. Eine solche Aufgabe wäre für diese Arbeit auch nicht besonders lohnend, da die Begriffe in jeder Partei und in jedem Land ein wenig anders besetzt sind. Sie ergeben sich in den nachfolgenden Ausführungen aus dem Kontext oder werden in Anführungszeichen gesetzt.

Drei Begriffsbestimmungen gehören dennoch geklärt: *Eurokommunismus* ist als publizistischer Begriff in der Mitte der siebziger Jahre verwendet und vom Vorsitzenden der spanischen Kommunisten, Santiago Carrillo, aufgegriffen worden. Demgegenüber war das von Moskau verwendete Schlagwort des *real existierenden Sozialismus* als Gegenbegriff gedacht, um die programmatisch-politischen Neuerungen der Eurokommunisten als bestenfalls utopisch hinzustellen.⁸ Mit den Themen der *Neuen Linken* sind die Politikinhalte gemeint, die vor allem im Laufe der siebziger Jahre in die Diskurse eingeflossen sind, z. B. emanzipatorische, basisdemokratische oder ökologische Ansätze.

8 Carrillo, Santiago (1977): Eurokommunismus und Staat, Hamburg/Westberlin; vgl. Timmermann, Heinz (1986): Moskau und der internationale Kommunismus. Von der Komintern zur kommunistischen Weltbewegung (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 10), Köln, S. 36.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass mit der Entscheidung, weder geschlechterneutrale Sprachformulierungen im Fließtext noch dänische Sonderzeichen im Literaturverzeichnis zu verwenden, keinerlei diskriminierende Absichten einhergehen.

Redaktionsschluss ist der 31. Januar 2006.

2 Die linken Parteien und die europäische Ebene

2.1 Entwicklung und Kooperation linker Parteien in Europa

Nach 1945 standen die westeuropäischen, kommunistischen Parteien der ökonomischen und politischen Integration ihrer Länder ablehnend bis feindlich gegenüber. Die Bereitschaft zur eigenen europaweiten Zusammenarbeit war gering und der in den Programmen beschworene Internationalismus erschöpfte sich in rhetorischen Referenzen an die Sowjetunion. In den Römischen Verträgen von 1956, die heute als Geburtsstunde der Europäischen Union gelten, sahen die Kommunisten ein Abkommen zur Verhinderung sozialistischer Revolutionen.⁹ Für den Politikwissenschaftler David Bell entsprang diese Haltung vornehmlich der „Orchestrierung“ durch Moskau zugunsten sowjetischer Außenpolitik.¹⁰

Mindestens drei weitere Faktoren waren für die Positionsbestimmungen der kommunistischen Parteien entscheidend. Zum ersten führten die als Fremdbestimmung erlebten Erfahrungen aus der Zeit der „Kommunistischen Internationale“ zu einer tiefen Abneigung gegenüber einer zu engen politischen Kooperation auf transnationaler Ebene.¹¹ Zum zweiten ließ das Organisationsverständnis des demokratischen Zentralismus keine externen Einflüsse in die innerparteilichen Prozesse der Meinungsbildung einfließen. Dadurch konnte beispielsweise die Zusammenarbeit der kommunistischen Abgeordneten im Europäischen Parlament keine Annäherung zwischen deren Parteien mit sich bringen. Zum dritten hatten die kommunistischen Parteien ihre Argumentation auf den Nationalstaat ausgerichtet. Sie besaßen weder Programmatik noch Instrumentarium, um die ökonomische Transformation zum Sozialismus auf europäischer Ebene anzustreben.¹²

9 Gemeinsame Erklärung der kommunistischen Parteien von sechs europäischen Ländern, in: *Probleme des Friedens und des Sozialismus. Zeitschrift der kommunistischen und Arbeiterparteien für Theorie und Information* 5 (1959), Berlin.

10 Bell, David (1996): *Western Communist Parties and the European Union*, in: John Gaffney (Hrsg.): *Political parties and the European Union*, London / New York, S. 220; vgl. Bell, David S. (1998): *The Confederal Group of the United European Left – Nordic Left*, in: David S. Bell / Christopher Lord (Hrsg.): *Transnational Parties in the European Union*, Hampshire / Brookfield, S. 136: „*As the Communist Parties had been founded and ‚Bolshevised‘ in order to support the Revolution in the Soviet heartland, it is hardly surprising that the thrust of the effort was ‚objectively‘ to support the foreign policy initiatives from the USSR.*“

11 Timmermann (1986), S. 30–36.

12 Kuper (1995), S. 219 f., nimmt eine Aufteilung in die beiden strukturellen Faktoren „demokratischer Zentralismus“ und „staatliche Machtmittel“ vor.

Diese Haltung begann sich in den sechziger Jahren zu verändern. Die Loslösung von der Führungsrolle Moskaus und der Vorbildfunktion des sowjetischen Staatsmodells beschleunigte sich nach der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968. Spätestens im Konflikt um den Begriff des „proletarischen Internationalismus“ auf der Konferenz der europäischen Kommunisten in Ost-Berlin 1976 wurde deutlich, dass die sowjetischen Kommunisten für die meisten westeuropäischen Parteien nicht weiter Bezugspunkt waren.¹³

2.1.1 Der „Eurokommunismus“

Das neue Selbstverständnis der kommunistischen Parteien drückte sich im „Eurokommunismus“ aus, der als publizistischer Begriff die politische und ideologische Emanzipation von der Sowjetunion zusammenfasste. Die Eurokommunisten suchten durch die Anerkennung der demokratischen und sozialen Leistungen der eigenen Länder die Integration ihrer Parteien in das jeweilige politische System zu vervollständigen. Künftig sollte ein nationaler Weg zum Sozialismus führen. Die tatsächliche Parallelität der damaligen Entwicklung war aber keine Gesamtstrategie zur Schaffung eines einheitlichen, reformkommunistischen Pols. Die Kooperation der westeuropäischen Kommunisten institutionalisierte sich nicht. Vielmehr führten die Aufgabe der sowjetischen Referenz in der Außenpolitik, die an nationalstaatlichen Maßstäben ausgerichtete Begründung der Programmatik und die potenziellen Regierungsbeteiligungen zu einer stärkeren Ausdifferenzierung zwischen den Parteien.¹⁴

Obwohl diese Entwicklung in den nordeuropäischen Ländern früher einsetzte, fiel den kommunistischen Parteien Italiens, Spaniens und Frankreichs eine gewisse Meinungsführerschaft zu. Dabei führte die eurokommunistische Begründung der Politik zu völlig gegensätzlichen Einschätzungen der europäischen Integration. Die „Italienische Kommunistische Partei“ (PCI) versuchte ihren Lösungsprozess von Moskau durch die Einbettung in den politischen und gesellschaftlichen Rah-

13 Vgl. Nollau, Guenther (1961): Internationaler Kommunismus – heute, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 18, Bonn, S. 245–256; Timmermann, Heinz (1974): Das Konsultativtreffen der Kommunistischen Parteien Europas in Warschau (16.–18.10.1974) (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 55), Köln, S. 11; Timmermann, Heinz (1977): Moskau und der europäische Kommunismus nach der Gipfelkonferenz von Ost-Berlin (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 38), Köln, S. 26; Bell (1996).

14 Timmermann, Heinz (1978): Eurokommunismus im Wandel, in: ders. (Hrsg.): Eurokommunismus. Fakten, Analysen, Interviews, Frankfurt am Main, S. 58 f.; vgl. Meier, Andreas (1982): Eurokommunismus in der Krise, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 48, Bonn, S. 33–46.

men Westeuropas abzusichern. Für die „Französische Kommunistische Partei“ (PCF) ging die Unterstreichung der nationalen Souveränität hingegen mit einer grundsätzlichen Verteidigung des Nationalstaats einher. Nachdem sich die französischen Kommunisten ab 1979 vom Eurokommunismus abwandten, wurden die Konflikte zwischen PCI und PCF zu bestimmenden Faktoren der innerkommunistischen Auseinandersetzungen.¹⁵

2.1.2 Die Fraktion der „Kommunisten und Nahestehenden“

Die Fraktion der „Kommunisten und Nahestehenden“ (COM) im Europäischen Parlament bildete sich 1973, erlangte aber erst mit der Direktwahl des Parlaments ab 1979 eine gewisse Bedeutung. In den ersten beiden Legislaturperioden standen sich PCI und PCF als entgegengesetzte Pole gegenüber. Diese Zerrissenheit lähmte die Fraktion in einem Maße, dass sie von den meisten Politikwissenschaftlern als rein taktische Allianz zweier im Grunde verschiedener Gruppen dargestellt wird.¹⁶ Dennoch war das Abstimmungsverhalten der COM von einer erstaunlichen Homogenität geprägt, wie eine Studie von Fulvio Attina ergibt. In seinen Untersuchungen kommt die kommunistische Fraktion in der ersten Legislaturperiode auf 71,9 Prozent, in der zweiten Legislaturperiode auf 71,2 Prozent Übereinstimmung. Unterschiede im Stimmverhalten traten zwischen PCI und PCF am häufigsten in institutionellen, häufig in ökonomischen und am seltensten in internationalen Fragen auf.¹⁷

Attinas Studie verdeutlicht, dass sich der Streit der Kommunisten nicht so sehr um die internationalen Beziehungen zu Moskau drehte. Wesentlicher waren die gegensätzlichen Antworten auf den Umgang mit der einsetzenden Globalisierung der Ökonomie. Kontrolle und Steuerung der Wirtschaft gehören zur Quintessenz kommunistischer Politik. Der PCI sah angesichts der wirtschaftlichen Verflechtungen

- 15 Jost, Annette (1978): Italien – Kommunisten an der Macht, in: Heinz Timmermann (Hrsg.): Eurokommunismus. Fakten, Analysen, Interviews, Frankfurt am Main, S. 76; Fritsch-Bournazel, Renata (1980): Die Französische KP und das Europa-Parlament. Konzeptionen und Aktivitäten (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 29), Köln, S. 13–22; vgl. Buck, Karl-Hermann (1976): Die Haltung von KPI und KPF gegenüber Direktwahl und Funktionen des Europaparlaments, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 7, S. 209–219.
- 16 Kuper (1995), S. 215; vgl. Niedermayer, Oskar (1983): Europäische Parteien? Zur grenzüberschreitenden Interaktion politischer Parteien im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft, Frankfurt am Main / New York, S. 20; Bell (1998), S. 138.
- 17 Attina, Fulvio (1990): The Voting Behaviour of European Parliament Members and the Problem of the Europarties, in: *European Journal of Political Research* 18, S. 557–579.

einen nationalstaatlichen Weg zum Sozialismus als unmöglich an und förderte einen supranationalen Raum in Form der europäischen Integration. Für den PCF verkörperte die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hingegen die Interessen der Monopole und der multinationalen Unternehmen, deren Einfluss es durch nationale Politik aus der Binnenwirtschaft des Staates herauszudrängen gelte.¹⁸

Zu Beginn der dritten Legislaturperiode 1989 spaltete sich die kommunistische Fraktion. Die „Italienische Kommunistische Partei“ und die „Vereinigte Linke“ aus Spanien gründeten die „Europäische Vereinte Linke“ (EUL). Ihnen schloss sich je ein Abgeordneter der „Volksbewegung gegen die EU“ aus Dänemark und von „Synaspismos“ aus Griechenland an. Die kommunistischen Parteien Frankreichs, Portugals und Griechenlands bildeten die „Vereinte Linke“ (LU).¹⁹ Eine Studie von Joanne Bay Brzinski bescheinigt den beiden linken Fraktionen in einem Vergleich des individuellen Stimmverhaltens die jeweils höchste Übereinstimmung aller im Europäischen Parlament vertretenen Gruppen.²⁰

Der Zusammenbruch der osteuropäischen Regime in den Jahren 1989/1990 hatte tiefgreifende Auswirkungen auf die kommunistischen Parteien in Westeuropa. Die EUL zerfiel, nachdem die italienische Partei im Januar 1993 zur sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament gewechselt war.²¹

2.1.3 Das „Forum der Neuen Europäischen Linken“

Auf Initiative der spanischen „Vereinigten Linken“ (IU) wurde 1991 in Madrid das *New European Left Forum* (NELF) gegründet. Dem Netzwerk gehörten hauptsächlich die linken Parteien der EUL und der skandinavischen Länder an. Gründungskonsens war die Unteilbarkeit von Sozialismus und Demokratie. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre stießen die „Partei des Demokratischen Sozialismus“

18 Alf, Sophie G. (1980): Die Italienische KP und das Europa-Parlament. Konzeptionen und Aktivitäten (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 24), Köln; Kimmel, Adolf (1978): Die Französische Kommunistische Partei, in: Heinz Timmermann (Hrsg.): Eurokommunismus. Fakten, Analysen, Interviews, Frankfurt am Main, S. 112f.; vgl. Hrbek, Rudolf (1978): Eurokommunismus und EG. Einstellung und Politik eurokommunistischer Parteien zur europäischen Integration, in: *Der Bürger im Staat* 28, S. 133.

19 Waller, Michael (1989): Communist Parties and the Greens in the European Elections of 1989, in: *Journal of Communist Studies and Transition Politics* 5, S. 189–195.

20 Brzinski (1995), S. 135–158.

21 Bull, Martin J. (1994): The West European Communist Movement: Past, Present and Future, in: Martin J. Bull/Paul Heywood (Hrsg.): *West European Communist Parties after the Revolutions of 1989*, Haoundmills/Basingstoke/London, S. 218–221; Bell (1998), S. 138f.

aus Deutschland und der PCF dazu. Bis heute erfüllt das Forum die Funktion eines offenen Raums für inhaltliche Debatten und trifft sich zu Beratungen mit wechselndem Schwerpunkt.²²

2.1.4 Die Fraktion GUE/NGL

Nach den Wahlen zum Europäischen Parlament 1994 kam es zur Neukonstituierung der „Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken“ (GUE). Der Begriff der „Konföderation“ soll zum Ausdruck bringen, dass die nationalen Parteien in einer pluralen linken Fraktion ihre Unabhängigkeit bewahren. Die GUE bekennt sich in ihrer Gründungserklärung vom 14. Juli 1994 zur europäischen Integration, nicht aber zu den bestehenden Institutionen. Sie fordert, dass Kooperation in Europa „in einer anderen Form als dem bestehenden Modell angestrebt“ wird.²³

Mit der Erweiterung der Europäischen Union zogen 1995 die „Linksalianz“ aus Finnland und die „Linkspartei“ aus Schweden ins Parlament ein. Gemeinsam mit der dänischen „Sozialistischen Volkspartei“ gründeten sie das Netzwerk „Nordische Grüne Linke“ (NGL) und schlossen sich der GUE an. Diese trägt seither den französisch-englischen Namen *Groupe confédéral de la gauche unitaire européenne/Nordic Green Left* (Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke). Der erste Vorsitzende der Fraktion GUE/NGL war Alonso Puerta (IU), ein ausgesprochener Verfechter der Idee eines europäischen Föderalstaats. Im Jahre 1999 übernahm der langjährige französische Europaabgeordnete Francis Wurtz dieses Amt.²⁴

Der Fraktion GUE/NGL gehören neben den Mitgliedsparteien auch assoziierte Parteien und Abgeordnete an. Insgesamt umfasst sie 41 Parlamentarier aus 16 Parteien und 14 Staaten, die bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 mehr als neun Millionen Stimmen erreicht haben. Der Anteil der linken Fraktion an der Sitzverteilung im Europäischen Parlament blieb seit ihrer Konstituierung 1994 in etwa gleich stark. Der GUE/NGL gehörten zu Beginn der vierten Legislaturperiode 5,27 Prozent, zu Beginn der fünften Legislaturperiode 6,71 Prozent und zu Beginn der sechsten Legislaturperiode 5,60 Prozent aller Abgeordneten an. Allerdings hat sich die innere Zusammensetzung der

22 Schorpp-Grabiak, Rita/Segall, Peter Christian (1999): Die PDS vor den Europawahlen (aktuelle analysen 13), München, S. 12f.; Lochner, Alex (2004): Linke Parteien und Kooperationen in Europa – ein Überblick, in: Rosa-Luxemburg-Bildungswerk (Hrsg.): Linke Parteien und Kooperationen in Europa (Hamburger Skripte 10), S. 16–19; Scholz, Helmut (2004): Interview, in: *Neues Deutschland*, 25.06.2004.

23 GUE (1994): Déclaration Constitutionnelle, Brüssel, 14.07.1994; vgl. Bell (1998), S. 143.

24 Bell (1998), S. 139–141.

Fraktion weitgehend verschoben. Die beiden anfangs größten Parteien IU und PCF stellten im Jahr 1995 48,49 Prozent, im Jahr 2004 nur noch 9,76 Prozent der Abgeordneten. Dafür gehören in der sechsten Legislaturperiode 31,71 Prozent der Abgeordneten der deutschen und der tschechischen Partei an. Diese Verschiebung scheint keine Auswirkungen auf Zusammenhalt und Politik der Fraktion zu haben. Die von David Bell 1998 angenommene „ideologische Kompaktheit“ wird durch eine Studie von Andrea Volkens aus dem Jahr 2004 bestätigt. Beide kommen zu dem Schluss, dass sich Übereinstimmungen und Diskrepanzen in der GUE/NGL im Rahmen der in den Fraktionen des Europäischen Parlaments üblichen Meinungsvielfalt bewegen.²⁵

2.1.5 Die „Europäische Linkspartei“

Der erste öffentliche Impuls zur Gründung einer europäischen Partei der Linken ging von einem Treffen aus, zu dem die französischen Kommunisten im Mai 1996 nach Paris eingeladen hatten. Unter dem Thema „Europäische Progressisten für Beschäftigung und sozialen Fortschritt“ kamen Parteien aus NELF- und GUE/NGL-Spektrum zusammen. Im Anschluss wurde von mehreren Parteivorsitzenden der Wunsch nach Arbeitszusammenhängen geäußert, die über die parlamentarische Funktion der GUE/NGL und den Netzwerkcharakter des NELF hinausgehen.²⁶

Die Planungen zur Gründung einer „Europäischen Linkspartei“ wurden ab 2002 konkret. Die wichtigsten Akteure waren die „Französische Kommunistische Partei“, die „Partei des Demokratischen Sozialismus“ aus Deutschland, die „Vereinigte Linke“ aus Spanien, „Synaspismos“ aus Griechenland und die „Partei der Kommunistischen Neugründung“ aus Italien. Schließlich kam es am 10./11. Januar 2004 in Berlin zu einem Gründungsauftrag, dem am 08./09. Mai 2004 in Rom der Gründungsparteitag und am 29./30. Oktober 2005 in Athen ein erster ordentlicher Parteitag folgten. Vorsitzender wurde der italienische Kommunist Fausto Bertinotti. Die „Europäische Linkspartei“ bekennt sich zur „Herausbildung einer europäischen Identität“ und sucht den Kontakt zu den sozialen und globalisierungskritischen Bewegungen auf europäischer Ebene.²⁷

25 Bell (1998), S. 142; Volkens (2005), S. 124 f.

26 Bell (1998), S. 144 f.; Schorpp-Grabiak/Segall (1999), S. 13 f.

27 Europäische Linkspartei (2004): Statut der Partei der Europäischen Linken. Beschlossen vom Gründungskongress, Rom, 08./09.05.2004, in: *PDS-International 1* (Informationsschrift für Friedens- und Internationale Politik), S. 6.; vgl. Schmidt, Johanna (2004): Europäische Parteien, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration 2003/2004*, Baden-Baden, S. 291 f.; Scholz, Helmut (2005): *Die Partei der Europäischen Linken. Einige Aspekte ihrer Entwicklung* (rls standpunkte 13), Berlin.

Als transnationale Föderation wird die „Europäische Linkspartei“ von den Parteien abgelehnt, die in ihr eine Stärkung der „föderalen“ und „supranationalen“ Ansprüche der europäischen Institutionen sehen. Am vehementesten formulieren diese Kritik die kommunistischen Parteien Griechenlands und Portugals.²⁸ Aber auch die nordischen Linksparteien haben es vorgezogen, ihren eigenen Zusammenschluss zu gründen.

2.1.6 Weitere Kooperationsformen

Die „Nordische Grün-Linke Allianz“

Die „Linksallianz“ aus Finnland, die „Linkspartei“ aus Schweden und die „Sozialistische Volkspartei“ aus Dänemark bilden seit 1995 als „Nordische Grüne Linke“ ein eigenes Netzwerk innerhalb der Fraktion GUE/NGL. Um diese Zusammenarbeit auszuweiten und zu institutionalisieren, gründeten sie gemeinsam mit der „Sozialistischen Linkspartei“ aus Norwegen und der „Links-Grünen Allianz“ aus Island am 1. Februar 2004 in Reykjavik die „Nordische Grün-Linke Allianz“ (NGLA). In ihrer politischen Plattform berufen sie sich auf die Vereinten Nationen und internationale Solidarität, beziehen jedoch nicht Stellung zur europäischen Integration.²⁹ Im Zuge der Debatten zum Europäischen Verfassungsvertrag kam es zwischen den nordischen Parteien und der irischen *Sinn Féin* zur Zusammenarbeit.³⁰

Die „Europäische Antikapitalistische Linke“

Im März 2000 entstand aus einem Bündnis verschiedener Organisationen gegen den EU-Gipfel in Lissabon die „Europäische Antikapitalistische Linke“ (EAL). Sie setzt sich größtenteils aus „trotskistischen“ und neu entstandenen „globalisierungskritischen“ Parteien zusammen. Unter den tragenden Kräften sind die „Revolutionär-Kommunistische Liga“ aus Frankreich, der „Linksblock“ aus Portugal und die „Einheitsliste“ aus Dänemark. Jährlich finden ein bis zwei Treffen statt. Als programmatische Basis dient der am 29. April 2004 in Brüssel verabschie-

28 *Rizospastis*, 08.12.2003; *Avante*, 22.01.2004.

29 NGLA (2004): Politische Plattform der Nordischen Grün-Linken Allianz, in: *PDS-International 1* (Informationsschrift für Friedens- und Internationale Politik), S. 61 f.

30 Sinn Féin (2005): Sinn Féin and European United Left / Nordic Green Left, Ireland and the EU Constitution, Dublin, 28./29.05.2005; <http://www.sinnfein.ie/euteam/document/199>.

dete Wahlaufruf „Antikapitalistisches Manifest für ein anderes Europa: sozial und demokratisch, ökologisch und feministisch, friedensbewegt und solidarisch“.³¹

Die „Athener Treffen“

Unter dem Titel „Internationales Treffen der Kommunistischen- und Arbeiter-Parteien“ lädt die „Kommunistische Partei Griechenlands“ (KKE) alle ein bis zwei Jahre zu einer weltweiten Konferenz nach Athen ein. Sie möchte mit diesen Treffen an die Tradition der vormalig unter sowjetischer Schirmherrschaft organisierten kommunistischen Parteikonferenzen anknüpfen. Die Relevanz der „Athener Treffen“ ergibt sich aus den traditionellen Beziehungen der KKE zu den internationalen Abteilungen vieler kommunistischer Parteien. Von den im Europäischen Parlament vertretenen Parteien gehörten im Jahre 2005 die KKE, die „Kommunistische Partei Portugals“, die „Kommunistische Partei Böhmens und Mährens“, die „Partei der Italienischen Kommunisten“ und die „Progressive Partei des Werktätigen Volkes“ aus Zypern zur Vorbereitungsgruppe der Treffen.³²

Das Internetmagazin „Spectrezine“

Die „Sozialistische Partei“ der Niederlande hat, da sie sich keinem institutionalisierten Bündnis anschließen möchte, das Internetprojekt „Spectrezine“ auf den Weg gebracht. Von seiner Funktion her geht es weit über den Anspruch eines Magazins zur Verbreitung „europakritischer“ Informationen hinaus. Es stellt einen Arbeitszusammenhang für die Linksparteien der Niederlande, Schwedens und Finnlands dar, die hier in englischer Sprache europapolitische Aktualität kommentieren.³³

31 EAL (2004): Antikapitalistisches Manifest für ein anderes Europa: sozial und demokratisch, ökologisch und feministisch, friedensbewegt und solidarisch, Brüssel, 29.04.2004; <http://www.sozialismus-von-unten.de/eal/> (abgerufen am 08.08.2005).

32 KKE (2005): Press Release, Athen, 22.06.2005; <http://www.kke.gr> (abgerufen am 10.10.2005).

33 Vgl. <http://www.spectrezine.org>.

2.2 Tabellarischer Überblick der Kooperationsformen

	GUE/ NGL	NELF	Europäische Linkspartei	NGLA	EAL ^a	Athener Treffen ^b	Spectrezine
PRC	x	x	x			x	
PDS	x	x	x				
PCF	x	x	x				
PdCI	x	x	(x)			x	
IU	x	x	x		x ^c	x ^c	
KKE	x					x	
KSČM	x		(x)			x	
Sinn Féin	x						
SP	x						x
V	x	x		x			x
PCP	x	(x)				x	
SYN	x	x	x				
BE	(x)		x		x		
VAS	x	x		x			x
SF		x		x			
EL	(x) ^d		(x)		x		
AKEL	x	(x)	(x)			x	

Tab. 1: Beteiligung von Linksparteien an europaweiten Netzwerken und Kooperationsformen. Beobachter bzw. assoziierte Mitglieder in Klammern; vgl. Abkürzungsverzeichnis.

Anmerkungen: (a): Unterzeichner: EAL (2004); (b): Teilnehmerliste: KKE (2005): Current Trends in Capitalism. Economic, Political and Social Impact. The communist' alternative, Athen, 18.–20.11.2005; <http://www.kke.gr> (abgerufen am 14.01.2006); (c): Von den in der IU zusammengeschlossenen Parteien nimmt die katalanische „Vereinigte und Alternative Linke“ an der EAL und die „Kommunistische Partei Spaniens“ an den „Athener Treffen“ teil; (d): Die „Einheitsliste“ (EL) kandidierte bei Wahlen zum Europäischen Parlament innerhalb des dänischen Wahlbündnisses „Volksbewegung gegen die EU“.

2.3 Der Umgang mit dem Europäischen Verfassungsvertrag

2.3.1 Die Haltung der linken Parteien im Europäischen Konvent

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union haben am 14./15. Dezember 2001 in Laeken beschlossen, einen Europäischen Konvent zur Zukunft Europas einzuberufen. Dieser nahm seine Arbeit am 28. Februar 2002 auf und verabschiedete am 13. Juni und 10. Juli 2003 im Konsensverfahren den Vertragsentwurf über eine Verfassung für Europa. Der Konvent umfasste 105 Mitglieder und 102 Stellvertreter, die aus den Parlamenten oder von den Regierungen entsandt wurden.³⁴ Unter diesen 207 Mitgliedern und Stellvertretern waren drei Angehörige von Linksparteien, die demnach mit 1,45 Prozent eine deutlich schwächere Position einnahmen als im Europäischen Parlament mit 5,60 Prozent.

Die deutsche Europa-Abgeordnete Sylvia-Yvonne Kaufmann (PDS) gehörte dem Konvent als Mitglied an und war von der Fraktion GUE/NGL entsandt worden. Sie ist überzeugte Verfechterin des Verfassungsentwurfs, da sie diesen für einen wesentlichen Fortschritt in der Auseinandersetzung um die Demokratisierung der europäischen Institutionen hält. Die Verfassung schaffe die notwendigen Instrumentarien, die „europäische Politik verändern (...) und Neoliberalismus Widerstand entgegensetzen zu können“. Die ablehnende Haltung ihrer eigenen und anderer linker Parteien bezeichnet Kaufmann als eine „strategisch falsche Entscheidung“.³⁵

Der finnische Europa-Abgeordnete Esko Seppänen (VAS) gehörte dem Konvent als Stellvertreter an. Die Fraktion GUE/NGL hatte ihn entsandt. Er kritisierte die grundsätzliche Legitimität des Verfassungsprozesses, da der Konvent fast ausschließlich mit Befürwortern eines föderalen Europa besetzt sei. Diese entschieden ohne Berücksichtigung anderer Meinungen. Seppänen war unter den acht „Abweichlern“, die sich mit einem Gegenbericht dem abschließenden Konsens widersetzen.³⁶

Die Abgeordnete Eleni Mavrou (AKEL) war als Abgesandte des zyprischen Parlaments Mitglied des Konvents. Sie war Vertreterin eines Beitrittsstaates und hielt sich entsprechend zurück. Sie ver-

34 Kleger, Heinz (2004): Der Konvent als Labor. Texte und Dokumente zum europäischen Verfassungsprozess (Region – Nation – Europa 25), München, S. 71 f.

35 Kaufmann, Sylvia-Yvonne (2005): Interview, RTL 92,5, Radiosendung, 07.07.2005, 12 Minuten; <http://www.rtl.lu> (abgerufen am 15.09.2005); vgl. Kaufmann, Sylvia-Yvonne (2004): 2007 fällt die Entscheidung. Tritt die EU-Verfassung in Kraft, kommt das einer Neugründung der Europäischen Union gleich, in: *Freitag* 27 (25.06.2004).

36 Seppänen, Esko (2003): EU Constitution. Friday the thirteenth, 13.07.2003; <http://www.spectrezone.org/europe/Esko.htm> (abgerufen am 12.12.2005); vgl. Kleger (2004): S. 178 f.

weigerte sich auch nicht dem abschließenden Konsens. Im zypriotischen Parlament hingegen stimmte sie 2005 gegen den Verfassungsvertrag.³⁷

Die Linke aus dem Spektrum der Fraktion GUE/NGL war im Konvent nicht als politische Kraft erkennbar. Drei Gründe scheinen mir hierfür verantwortlich. Erstens war ihre numerische Präsenz mit drei Vertretern sehr gering. Zweitens standen sich die gegensätzlichen Auffassungen von Seppänen und Kaufmann zu unversöhnlich gegenüber. Drittens waren die Positionen von Seppänen als Stellvertreter und von Mavrou als Abgesandte eines Beitrittsstaates zu schwach.

2.3.2 Die Haltung der linken Parteien im Europäischen Parlament

Die Abgeordneten der Fraktion GUE/NGL sind nicht an einen Fraktionszwang gebunden. Auch gegenüber ihren nationalen Parteien unterliegen sie in vielen Fällen keinen konkreten Anweisungen, weswegen es zu Abweichungen von deren Positionen kommen kann. Im Folgenden untersuche ich das Stimmverhalten der linken Abgeordneten im Plenum des Europäischen Parlaments zu drei Berichten, die sich unmittelbar auf den Europäischen Verfassungsvertrag beziehen.

Am 29. September 2003 nahm das Europäische Parlament den Bericht Gil-Robles Gil-Delgado/Tsatsos an, in dem die vom Europäischen Konvent geleistete Arbeit und der Verfassungsentwurf begrüßt wurden. Innerhalb der Fraktion GUE/NGL stimmten drei Abgeordnete für den Bericht, 24 dagegen und 14 enthielten sich. Berücksichtigt man in der Aufzählung nur die Abgeordneten der Parteien, die der Fraktion fest angeschlossen waren, zeigt sich ein gespaltenes Bild. Demnach stimmten drei Abgeordnete für und 16 gegen den Bericht, bei zwölf Enthaltungen. Aufgeschlüsselt nach Parteien, waren IU und SYN in Annahme und Enthaltung, die PdCI in Annahme und Ablehnung gespalten. Die PDS enthielt sich. Der PCF war gespalten in Ablehnung und Enthaltung der auf der PCF-Liste gewählten parteilosen Abgeordneten. PRC, KKE, PCP, SP, SF, V und VAS stimmten mit Nein.³⁸

37 Cyprus Mail, 07.11.2003; Deloy, Corinne (2005): Cyprus is the eleventh member state to ratify the European Constitution (Fondation Robert Schuman); <http://constitution-europeenne.info> (abgerufen am 08.12.2005).

38 Europäisches Parlament (2003): Bericht Gil-Robles Gil-Delgado/Tsatsos (A5-0299/2003) und die Stellungnahme des Europäischen Parlaments zur Einberufung der Regierungskonferenz, 29.09.2003; Europäisches Parlament (2003a): Protokoll der Sitzung vom Mittwoch 24. September 2003, P5_PV (2003)09-24, Ergebnis der namentlichen Abstimmungen, Anlage 2; <http://www.europarl.eu.int> (abgerufen am 10.10.2005); Ja: Cossutta (PdCI), Papayannakis (SYN), Puerta (IU); Nein: Ainaridi (PCF), Alysandrakis (KKE), Black (Ind. Dk), Bordes (LCR-LO), Boudjenah (PCF), Caudron (GRRC), Cauquil (LCR-LO),

Am 12. Januar 2005 fand die entscheidende Abstimmung zum Europäischen Verfassungsvertrag statt. Das Europäische Parlament sprach sich für die Annahme des Berichts Corbett/Mendez de Vigo mit 500 gegen 137 Stimmen bei 40 Enthaltungen aus. Damit läutete es den Ratifizierungsprozess der Verfassung ein. Die Fraktion GUE/NGL lehnte den Bericht mit 34 Nein-Stimmen fast geschlossen ab. Die PDS-Abgeordnete Kaufmann stimmte mit Ja, die beiden PdCI-Abgeordneten enthielten sich.³⁹

Am 19. Januar 2006 nahm das Europäische Parlament den Bericht Duff/Voggenhuber über die Fortführung der Verfassungsdiskussion auf der Grundlage des bestehenden Entwurfs an. Mit Ausnahme der PDS-Abgeordneten Kaufmann stimmten alle anwesenden 25 Parlamentarier der Fraktion GUE/NGL gegen dieses Verfahren.⁴⁰

Im untersuchten Abstimmungsverhalten zeigen sich drei Tendenzen. Erstens wurden die Abgeordneten zunehmend entscheidungsfreudiger. Während sich 2003 noch 14 respektive zwölf Abgeordnete der Stimme enthielten, waren es 2005 nur noch zwei und 2006 keiner mehr. Zweitens nahm die Zerrissenheit innerhalb der einzelnen Parteien ab. Gab es 2003 in PCF, IU, SYN und PdCI unterschiedliche Entscheidungen, so traf dies 2005 und 2006 nur auf die PDS zu. Drittens zeigte sich die Ablehnung immer deutlicher und machte 2003 58,54 respektive 51,61 Prozent, 2005 91,89 Prozent und 2006 96,15 Prozent des Stimmverhaltens aus. Das Nein zur Fortsetzung des Verfassungsprozesses auf Grundlage des vorliegenden Vertrags wurde zwischen 2003 und 2006 zum Konsens in der Fraktion GUE/NGL.

Di Lello Finuoli (PRC), Figueiredo (PCP), Frahm (SF), Korakas (KKE), Krivine (LCR-LO), Laguiller (LCR-LO), Manisco (PdCI), Meijer (SP), Morgantini (PRC), Patakis (KKE), Schmid (V), Schröder (Ind. D), Seppänen (VAS), Sjöstedt (V), Vachetta (LCR-LO), Vinci (PRC), Wurtz (PCF); Enthaltungen: Alavanos (SYN), Bakopoulos (Dikki), Bergaz Conesa (IU), Brie (PDS), Fiebiger (PDS), Herzog (PCF), Jové Peres (IU), Kaufmann (PDS), Koulourianos (Dikki), Markov (PDS), Marsset Campos (IU), Modrow (PDS), Sylla (PCF), Uca (PDS).

- 39 Europäisches Parlament (2005): Bericht Corbett/Mendez de Vigo (A6-0070/2040), Vertrag über eine Verfassung für Europa, 12.01.2005; Europäisches Parlament (2005a): Protokoll der Sitzung vom Mittwoch 12. Januar 2005, P6_PV-PROV(2005)01-12, Ergebnis der namentlichen Abstimmungen, Anlage 2; <http://www.europarl.eu.int> (abgerufen am 10.10.2005); Ja: Kaufmann (PDS); Nein: Adamou (AKEL), Agnoletto (PRC), Bertinotti (PRC), Brie (PDS), Catania (PRC), de Brún (Sinn Féin), Figueiredo (PCP), Flasarová (KSCM), Henin (PCF), Kohlíček (KSCM), Krarup (Volksbewegung), Liotard (SP), McDonald (Sinn Féin), Manoloukou (KKE), Markov (PDS), Mastalka (KSCM), Meijer (SP), Meyer Pleite (IU), Musacchio (PRC), Pafilis (KKE), Papadimoulis (SYN), Pflüger (PDS), Portas (BE), Ransdorf (KSCM), Remek (KSCM), Seppänen (VAS), Sjöstedt (V), Stroz (KSCM), Svensson (V), Toussas (KKE), Triantaphyllides (AKEL), Wagenknecht (PDS), Wurtz (PCF), Zimmer (PDS); Enthaltungen: Guidoni (PdCI), Rizzo (PdCI).
- 40 Europäisches Parlament (2006): Bericht Duff/Voggenhuber (A6-0414/2005), Bericht über die Zukunft des Verfassungsvertrags, 19.01.2006; Europäisches Parlament (2006a): Protokoll der Sitzung vom Donnerstag 19. Januar 2006, P6_PV-PROV(2006)01-19, Ergebnis der namentlichen Abstimmungen, Anlage; <http://www.europarl.eu.int> (abgerufen am 25.01.2006); Ja: Kaufmann (PDS); Nein: Agnoletto (PRC), Brie (PDS), Catania (PRC), de Brún (Sinn Féin), Figueiredo (PCP), Flasarová (KSCM), Guerreiro (PCP), Guidoni (PdCI), Henin (PCF), Kohlíček (KSCM), Liotard (SP), Maštalka (KSCM), Meijer (SP), Musacchio (PRC), Pafilis (KKE), Papadimoulis (SYN), Pflüger (PDS), Ransdorf (KSCM), Remek (KSCM), Seppänen (VAS), Stroz (KSCM), Uca (PDS), Vergès (PCF), Wagenknecht (PDS), Wurtz (PCF).

2.3.3 Die Haltung der „Europäischen Linkspartei“

Am 9. November 2003 trafen sich in Paris auf Einladung der „Französischen Kommunistischen Partei“ die Vertreter von zwanzig linken Parteien. Sie diskutierten eine gemeinsame Erklärung unter dem Titel „Eine neue Dynamik für ein anderes Europa“. Die vom PCF vorgeschlagene Textpassage zur Europäischen Verfassung war sehr zurückhaltend formuliert: „Wie immer wir insgesamt zu dem gegenwärtig diskutierten ‚Verfassungsvertrag‘ stehen mögen, wir akzeptieren nicht, dass man uns ultraliberale Wirtschaftskriterien aufzwingt, die zu wesentlichem sozialem Rückschritt führen.“⁴¹ Die Tischvorlage wurde um eine Aussage „gegen ein Direktorat der Großmächte“ und die Forderung nach einem Referendum ergänzt und von den Teilnehmern angenommen. Zu diesen gehörten aus dem Umfeld der späteren „Europäischen Linkspartei“ PCF, PDS, AKEL, IU, SYN, PRC, PdCI und KSČM, aber auch KKE, PCP und SP. Als Vertreterin der nordischen Parteien nahm die dänische SF an dem Treffen teil, unterzeichnete die Erklärung aber nicht.⁴²

Am 08./09. Mai 2004 verabschiedete die „Europäische Linkspartei“ auf einem Gründungsparteitag in Rom ihr Programm. In diesem findet sich die Pariser Textpassage zum Verfassungsvertrag fast wortgetreu wieder, lediglich um eine Aussage zur Militarisierung ergänzt: „Wie immer wir insgesamt zu dem gegenwärtig debattierten Verfassungsvertrag stehen mögen, wir wenden uns gegen ein Direktorat der Großmächte. Wir akzeptieren auch ihren Wunsch nicht, uns ultraliberale Wirtschaftskriterien und eine Militarisierung aufzuzwingen, die zu wesentlichem sozialem Rückschritt führt.“⁴³

Die Zurückhaltung dieser Formulierungen hielt die „Europäische Linkspartei“ nicht davon ab, ihre erste thematische Konferenz am 24. Oktober 2004 der Europäischen Verfassung zu widmen. Zu diesem Anlass nahm der „Rat der Vorsitzenden“ eine Erklärung an, die sich durch die klare Ablehnung des Verfassungsvertrags von den Aussagen im Gründungsprogramm unterscheidet. Inhaltlich wurde die bisherige Kritik um Verweise auf die unzureichende Demokratisierung und die repressive Flüchtlingspolitik der EU ergänzt.⁴⁴ Am 29. Januar 2005

41 PCF (2003): *Projet de déclaration. Rencontre des partis de gauche européens, Déclaration à l'occasion du Forum social européen, Paris, 09.11.2003*, Manuskript, S. 2.

42 PCF u. a. (2003a): *Déclaration des partis de gauche, communistes et progressistes européens, Paris, 09.11.2003*.

43 Europäische Linkspartei (2004b): *Programm der Partei der Europäischen Linken. Beschlossen vom Gründungskongress, Rom, 08./09.05.2004*, in: *PDS-International 1* (Informationsschrift für Friedens- und Internationale Politik), S. 4.

44 Europäische Linkspartei (2004c): *„No“ to the Constitutional Treaty! Another Europe is possible!* Rom, 25.10.2004; <http://www.european-left.org> (abgerufen am 02.01.2006).

fand in Barcelona eine Kundgebung der „Europäischen Linkspartei“ zur Unterstützung der spanischen „Vereinigten Linken“ in ihrer Kampagne gegen die Europäische Verfassung statt.⁴⁵

Den Ausgang der Referenden in Frankreich und den Niederlanden bezeichnete der „Rat der Vorsitzenden“ als „politische Sensation“. Das „neoliberale Europa“ sei zu Fall gebracht und eine „linke, populäre, proeuropäische Position“ durchgesetzt worden. Die „Völker“ hätten jetzt „die Gelegenheit, Neoliberalismus und Demokratiedefizit zu überwinden“.⁴⁶ Der Verweis auf die „Völker“ als immanent progressiv handelnde Subjekte steht in der Tradition kommunistischer Rhetorik.⁴⁷ Dennoch ist Fausto Bertinotti, Vorsitzender der „Europäischen Linkspartei“, sich bewusst, wie wichtig eine neue und positive Formulierung der eigenen Ansprüche an Europa ist.⁴⁸ Auf Einladung der französischen Kommunisten kam es am 24./25. Juni 2005 in Paris zu einer Konferenz von Parteien und Organisationen aus dem Umfeld der Europäischen Linken. Sie beschloßen, „alternative Vorschläge“ für eine europäische „Charta“ sozialer, demokratischer und ökologischer Rechte zu erarbeiten.⁴⁹

45 *El País*, 30.01.2005; *Humanité*, 31.01.2005.

46 Europäische Linkspartei (2005): Erklärung des Rates der Parteivorsitzenden, Rom, 06.06.2005, in: *PDS-International 2* (Informationsschrift für Friedens- und Internationale Politik), S. 1.

47 Vgl. Saint-Ouen, François (1986): Les partis politiques français et l'europe: système politique et fonctionnement du discours, in: *Revue française de science politique* 36, S. 214.

48 Bertinotti, Fausto (2005): Zur Vorbereitung des 1. EL-Kongresses, in: *PDS-International 1* (Informationsschrift für Friedens- und Internationale Politik), S. 19f.

49 Erklärung der Europäischen Konferenz in Paris (2005): Ein neues Zeitalter kann in Europa beginnen, 25.06.2005, in: *PDS-International 2* (Informationsschrift für Friedens- und Internationale Politik), S. 29.

3 Die linken Parteien und die Europäische Verfassung

3.1 Beschreibung der Parteien und Positionen

Im Folgenden werden die Parteien in der Reihenfolge der von ihnen bei den Wahlen für das Europäische Parlament 2004 errungenen Stimmenanzahl aufgeführt.

3.1.1 Die „Partei der Kommunistischen Neugründung“ aus Italien

Die „Italienische Kommunistische Partei“, gegründet 1921, stieg nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer politischen Kraft auf, die durch die Unterstützung rund eines Drittels der Wähler wesentlichen Einfluss auf die italienische Politik nahm. Als sie im Februar 1991 einen sozialdemokratischen Weg einschlug, verließen zehntausende Kommunisten um das Führungsmitglied Armando Cossutta die Partei und gründeten den *Partito della Rifondazione Comunista* (PRC). Ihnen schlossen sich Gruppen der „Neuen Linken“ der siebziger Jahre an, die sich auf direkte Demokratie, Umweltschutz, Feminismus und Pazifismus beriefen. 1998 führte ein Konflikt um das Verhältnis zur Regierungsmacht zur Abspaltung der kleineren „Partei der italienischen Kommunisten“.⁵⁰ Programmatisch hat sich der PRC zu einer an den „sozialen Bewegungen“ orientierten Partei entwickelt und spielt eine wichtige Rolle als Träger globalisierungskritischer Proteste. Eine Diskussion um die Ergänzung der Bewegungsausrichtung durch die Bereitschaft zu einer Regierungsbeteiligung führte auf dem sechsten Parteitag 2005 zu heftigen Flügelkämpfen, in denen sich der Parteivorsitzende Fausto Bertinotti mit seinen Thesen über ein Bündnis mit den Sozialdemokraten durchsetzen konnte.⁵¹

50 Maitan, Livio (1990): Le nouvel avatar du Parti communiste italien, in: *Quatrième Internationale* (Hrsg.): Les partis communistes dans la tourmente, Montreuil, S. 25–35. Porcaro, Mimmo (2005): Die italienische Partei der kommunistischen Neugründung (PRC), in: Michael Brie / Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): Für ein anderes Europa. Linke Parteien im Aufbruch, Berlin, S. 286–317. Die „Partei der Kommunistischen Neugründung“ erreichte bei den Wahlen zum italienischen Parlament 2001 mit 1.868.659 Stimmen 5,0 Prozent Wähleranteil, bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 mit 1.966.373 Stimmen 6,1 Prozent Wähleranteil und fünf Sitze; Ministerium des Innern: <http://www.cedweb.mininterno.it>.

51 PRC (2005): VI. Parteitag (03.–06.03.2005). Leitantrag 1 der Parteimehrheit, Die Gesellschaftsalternative, S. 8–9; <http://rifondazione.at/congresso/Seite1.htm> (abgerufen am 30.07.2005, nicht mehr verfügbar).

Für den PRC stellt die Globalisierung ein qualitativ neues Stadium des Kapitalismus dar. „Die großen Probleme, die der Neoliberalismus in Europa verursacht“ könnten nicht angegangen und gelöst werden, „wenn die Kämpfe durch nationale Grenzen beschränkt sind“.⁵² Nur Supranationalität würde durch die Wiederherstellung einer staatlichen Dimension und eines Gesellschaftsmodells eine Alternative zum gegenwärtigen Modell des Kapitalismus schaffen.⁵³ In der Europäischen Union habe sich nach der Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht und der monetären Vereinigung „eine außerordentliche Diskrepanz zwischen der eurooptimistischen Rhetorik der Apologeten des Wirtschaftsliberalismus und der sozialen Realität entwickelt“. Der europäische Kontext würde immer wichtiger, ohne auf der politischen Ebene in wirklich demokratische Institutionen eingebettet zu sein.⁵⁴ Aus diesen Überlegungen heraus wirkt der PRC maßgeblich am Aufbau der „Europäischen Linkspartei“ mit und bekennt sich nach den Worten seines Vorsitzenden zu einem „Europa des Friedens und des Ausstiegs aus der neoliberalen Politik“.⁵⁵

Die Partei lehnt den Europäischen Verfassungsentwurf ab, da dieser „dem Primat des Marktes Verfassungsrang verleiht und Frieden und soziale Rechte aus der europäischen Identität ausstößt“.⁵⁶ Nach Ansicht Bertinottis sei es wichtig, dass die Ablehnung „gerade im Namen des Europa, dessen wir so sehr bedürfen“ passiere.⁵⁷ Er kritisiert den Vertrag als eine „stumme Verfassung“ und eine „Kapitulation der Politik“. In diesem Entwurf seien „die Rechte der Menschen, der Frauen und Männer, der Arbeitnehmer und Migranten eine Variable, die von der Ausgeglichenheit des Haushalts und von der Währungsstabilität abhängig ist. Demokratie ist eine Kann-Bestimmung. Der Verfassungsvertrag sieht keine anderen Rechte als die des Marktes vor, er schlägt keine Reformen vor, er hat keine Zukunft, sondern hält Europa in seiner gegenwärtigen Krise fest“.⁵⁸ Einen Schwerpunkt der inhaltlichen Kritik Bertinottis bildet die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die Verfassung liefere die Legitimation künftiger Kriege, statt die Ächtung des Krieges zu fordern. Ein starkes Europa brauche als Gegengewicht zur aggressiven

52 PRC (1997): National Bureau. PRC's International Policy, 16.06.1997, S. 9f.; <http://www.rifondazione.it> (abgerufen am 25.11.2005).

53 PRC (2000): Nationale Leitung. Dokument zur internationalen Politik, 29.07.2000, S. 2–3; <http://www.rifondazione.it> (abgerufen am 25.01.2006).

54 Migliore, Gennaro (2002): Mitglied der Nationalen Leitung des PRC, in: *Liberazione*, 30.08.2002.

55 Bertinotti, Fausto (2005a): Pressemitteilung, 30.05.2005.

56 PRC (2005): S. 2.

57 Bertinotti, Fausto (2005b): Rede zur Eröffnung des VI. Parteitags, 03.03.2005, S. 22; <http://rifondazione.at/congresso/Seite1.htm> (abgerufen am 30.07.2005, nicht mehr verfügbar).

58 Bertinotti, Fausto (2005c): Rede in der Plenardebatte des Europäischen Parlaments zur Verfassung für Europa, Straßburg, 11.01.2005.

Macht der Vereinigten Staaten keine Armee, um den armen Ländern Friedensaussichten zu garantieren.⁵⁹ Am 25. Januar 2005 stimmten die PRC-Abgeordneten im italienischen Parlament gegen den Europäischen Verfassungsentwurf.⁶⁰ Den Ausgang des Referendums in Frankreich halten die Kommunisten für einen großen Sieg eines „linken Europäismus“, der die radikale Linke in ganz Europa aus ihrer Minderheitenrolle herausführe und sie politisch stärke.⁶¹ Bertinotti forderte das europäische und alle nationalen Parlamente auf, sich der Debatte über die Schaffung eines neuen institutionellen Prozesses auf europäischer Ebene zu stellen.⁶²

3.1.2 „Die Linkspartei.PDS“ aus Deutschland

Die 1918/1919 gegründete „Kommunistische Partei Deutschlands“ wurde nach dem Zweiten Weltkrieg als „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ (SED) Staatspartei der Deutschen Demokratischen Republik. Sie regierte bis zum Zusammenbruch des Regimes in den Jahren 1989/90. Der Machtverlust ging mit einer tiefgreifenden Reform innerhalb der SED einher, die sich im Februar 1990 in „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) umbenannte. Durch die Artikulation ostdeutscher Interessen sicherte sie sich einen Platz im Parteienspektrum des wiedervereinigten Deutschlands. Im Zuge einer angestrebten Fusion mit der von ehemaligen Sozialdemokraten gegründeten Partei „Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“ nannte sich die PDS im Juli 2005 in „Die Linkspartei.PDS“ (Die Linke) um.⁶³ In ihrem Parteiprogramm hält sie am Sozialismus als Ziel, Bewegung und Wertesystem fest, und beschreibt ihn als Streben nach einem Zustand, in dem alle Bürgerinnen und Bürger mittels ihres Zugangs zu wichtigen Gütern in Freiheit und Gleichheit leben.⁶⁴

59 Bertinotti, Fausto (2005d): Rede in der Plenardebatte des Europäischen Parlaments zu den Ergebnissen des Europäischen Rates (Brüssel, 16./17. Oktober 2003) einschließlich Bericht über den Fortgang der Arbeiten der Regierungskonferenz, Straßburg, 22.10.2003; Bertinotti, Fausto (2004): Interview, in: *la Repubblica*, 21.08.2004.

60 Camera dei Deputati (2005): Resoconto stenografico dell'Assemblea, Seduta n. 574 del 25/1/2005, Pag. 104, Votazione finale ed approvazione – A.C. 5388; <http://de.camera.it>.

61 Gagliardi, Rana (2005): Die radikale Linke ist jetzt politisch gestärkt, in: *Liberazione*, 31.05.2005.

62 Bertinotti (2005a).

63 Fraude, Andreas (1993): „Reformsozialismus“ statt „Realsozialismus“? Von der SED zur PDS, Münster/Hamburg; Brie, Michael (2005): Die PDS zwischen Krise und Kampf um einen Neubeginn, in: Michael Brie/Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): Für ein anderes Europa. Linke Parteien im Aufbruch, Berlin, S. 318–339. Die „Linkspartei.PDS“ erreichte bei den Wahlen zum deutschen Bundestag 2005 mit 4.118.194 Stimmen 8,7 Prozent Wähleranteil, bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 mit 1.579.109 Stimmen 6,1 Prozent Wähleranteil und sieben Sitze; vgl. Der Bundeswahlleiter; <http://www.bundeswahlleiter.de>.

64 PDS (2003): Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, S. 3; vgl. Chrapa, Michael (2003): Umbruch und Suche. Aufgaben der PDS bei der Ausprägung ihres Profils als linke und sozialistische Partei, in: Michael Brie (Hrsg.): Linksparteien im Vergleich. Rahmenbedingungen, strategische Ansätze und Erfolgskriterien, Internationaler Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, S. 129.

In ihren europapolitischen Darlegungen sprach sich die PDS 1991 für eine „Einigung Europas“ als Antwort auf die „Internationalisierung der Wirtschaft“ aus. Die Forderung nach europaweiten Grundrechten stand, neben außenpolitischen Erwägungen und der Warnung vor einer „Militarisierung“ im Mittelpunkt der Vorschläge für „eine neue Entwicklungsstrategie“ der europäischen Integration.⁶⁵ Im Parteiprogramm von 1993 und den Wahlprogrammen von 1994 spielten die ökonomischen und sozialen Grundlagen der EU nur eine untergeordnete Rolle. Vielmehr betonten die Sozialisten die Notwendigkeit von Demokratisierung und Grundrechten.⁶⁶ Erst im März 1999, nach einer Kampagne gegen die Europäische Währungsunion, rückt die PDS die Forderung nach einer „Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltunion“ in den Mittelpunkt ihrer Forderungen.⁶⁷ Diese erste ausführliche und umfassende Analyse des europäischen Integrationsprozesses setzt sich im Parteiprogramm von 2003 und im Europawahlprogramm von 2004 fort.⁶⁸ Dabei leitet die PDS die Forderung nach einer „supranationalen Integration“ von der Zunahme der globalen sozialen Probleme ab. Die Linke müsse die EU als zunehmend politischen Raum erkennen und auf einen Richtungswechsel im europäischen Integrationsprozess hinarbeiten. Durch die Überwindung der Demokratiedefizite und eine soziale und ökologische Orientierung könne eine Europäische Union geschaffen werden, die dazu beiträgt „Frieden, Freiheit und Gleichheit“ zu fördern und sich dem Hegemonialbestreben der USA zu widersetzen.⁶⁹

Bereits 1998 schrieb die PDS in ihr Wahlprogramm: „Ein wichtiger Schritt der weiteren europäischen Integration und ihrer Demokratisierung kann und sollte die Erarbeitung und breite Diskussion einer Europäischen Verfassung sein“.⁷⁰ In einem Verfassungsprozess könnten einklagbare Grundrechte für alle europäischen Bürger festgeschrieben, die europäische Einigung demokratisch legitimiert und das politische Zusammenwachsen Europas befördert werden.⁷¹ Die PDS-Europaab-

65 PDS (1991): Europa – Wandel und Neugestaltung. Europapolitische Vorstellungen der Abgeordnetengruppe der PDS/Linke Liste, Bonn, S. 8 f.

66 PDS (1993): Programm und Statut; PDS (1994): Programm zur Europawahl 1994; PDS (1994a): Programm zu den Bundestagswahlen 1994.

67 PDS (1999): Programm zur Europawahl am 13. Juni 1999, S. 4; vgl. Schorpp-Grabiak/Segall (1999), S. 19–30.

68 PDS (2003); PDS (2004): Wahlprogramm für die Wahlen zum Europäischen Parlament am 13. Juni 2004; vgl. Wehr, Andreas (2001): Europäische Union, in: Sabine Kebir (Hrsg.): 13 Wortmeldungen zur PDS-Programmdiskussion (Beilage von *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung* 46), Berlin / Frankfurt, S. 7 f.

69 PDS (2003): S. 7 f.

70 PDS (1998): Programm zu den Bundestagswahlen 1998, S. 53.

71 Ersil, Wilhelm (1998): Kommission Politische Bildung beim Parteivorstand der PDS, Hefte zur politischen Bildung, Europäische Union und linke Politik, Berlin, S. 21–26.

geordnete Sylvia-Yvonne Kaufmann nahm als Abgeordnete des Europäischen Parlaments am Konvent zur Ausarbeitung des Europäischen Verfassungsvertrags teil. Auf Vorschlag Kaufmanns sprach sich der Parteivorstand im Juli 2003 für den Verfassungsentwurf aus, nahm diesen Beschluss aber nach einer heftigen innerparteilichen Debatte im November 2003 zurück.⁷² In ihrem im Januar 2004 beschlossenen Wahlprogramm betonte die PDS die Notwendigkeit einer Europäischen Verfassung, deren Ansprüchen der vorliegende Entwurf aber nicht gerecht werde.⁷³ Die Kritik wurde äußerst verhalten formuliert, da sie von der Parteiführung als Widerspruch zur „proeuropäischen“ Wahlstrategie⁷⁴ empfunden wurde. Die PDS konzentrierte sich in der Öffentlichkeit auf die Forderung nach einer Volksabstimmung.⁷⁵

Nach den Europawahlen brachen die Konflikte um die Haltung zum Verfassungsvertrag erneut aus und führten auf einem Parteitag im Oktober 2004 zu einem ausführlichen Beschluss. In diesem wird der Europäische Verfassungsentwurf auf vier Feldern kritisiert. Zum ersten wolle der Vertrag die Europäische Union durch Aufrüstung und militärische Forschung auf höchstem Ausgabenniveau zur globalen Kriegsführung befähigen. Zum zweiten erhielten die Prinzipien des Neoliberalismus durch den Grundsatz einer „offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ Verfassungsrang. Dies widerspräche dem deutschen Grundgesetz, das die Möglichkeit unterschiedlicher Wirtschaftsordnungen einräume. Die Beschäftigungspolitik würde durch das Primat des Stabilitätspaktes der Wirtschaftspolitik untergeordnet und die Mitgliedstaaten in einem ruinösen Steuerwettbewerb belassen. Zum dritten sei die Bedeutung der Grundrechtecharta als Teil der Europäischen Verfassung durch Bestimmungen über die Anwendung ausgehöhlt worden. Zum vierten könne das Europäische Parlament weiterhin weder Gesetzesinitiativen ergreifen noch den Kommissionspräsidenten frei wählen. Die Bevorzugung bevölkerungsreicher Staaten bei Abstimmungen und der Ausbau der ver-

72 PDS (2003a): Beschluss des Parteivorstandes. Parteivorstand empfiehlt mehrheitlich die Zustimmung zum Europäischen Verfassungskonvent, kritisiert jedoch entschieden die weitere Militarisierung der EU, 07.07.2003; PDS (2003b): Bericht von der Sitzung des Parteivorstandes. Programm, Parteitag, Europawahl, 11.10.2003; PDS (2003c): Bericht von der Sitzung des Parteivorstandes. Nun Leitantrag an Parteitag: der Entwurf des Europa-Wahlprogramms, 08.11.2003; PDS (2003d): Beschluss des Parteivorstandes. Forderung einer Volksabstimmung zur Zustimmung Deutschlands zur EU-Verfassung, 08.11.2003; <http://www.pds-online.de> (abgerufen am 16.12.2005).

73 PDS (2004): S. 5 f.

74 PDS (2003e): Beschluss des PDS-Parteivorstandes. Miteinander für eine andere Politik! Konzeption für den Europawahlkampf der PDS 2004 (Wahlstrategie), 11.10.2003.

75 Vgl. die Reden der Abgeordneten Petra Pau im Deutschen Bundestag: Pau, Petra (2003): Für Volksabstimmungen zur EU-Verfassung, in: *Pressedienst PDS* 21, 22.05.2003; Pau, Petra (2003a): EU-Verfassung: Gegen Diktat aus Nirvana, in: *Pressedienst PDS* 42, 17.10.2003; Pau, Petra (2003b): Bürger sollen über EU-Verfassung entscheiden, in: *Pressedienst PDS* 24, 11.06.2004.

stärkten Zusammenarbeit drohten, den Charakter der EU als Zusammenschluss gleichberechtigter Staaten infrage zu stellen. Des Weiteren formulierten die Sozialisten konkrete Ansprüche an eine Neuverhandlung des Verfassungsvertrags.⁷⁶ Das „Nein“ in den Referenden in Frankreich und den Niederlanden wurde von der PDS begrüßt. Der Europaabgeordnete André Brie sah eine „Chance für eine andere Integration des Kontinents“, der Europaabgeordnete Helmuth Markov forderte einen neuen Verfassungsvertrag, sprach sich aber für die Fortsetzung der noch ausstehenden Referenden in den anderen Ländern aus, um die „Dynamik der Infragestellung des neoliberalen Europas“ beizubehalten.⁷⁷

3.1.3 Die „Französische Kommunistische Partei“

Die 1920 gegründete *Parti Communiste Français* (PCF) war nach 1945 in der französischen Gesellschaft stark verankert und wurde von bis zu einem Viertel der Wähler unterstützt. In den sechziger und siebziger Jahren strebte die PCF im Bündnis mit den Sozialdemokraten nach der Regierungsmacht und emanzipierte sich vom Führungsanspruch der Moskauer „Bruderpartei“. Deutliche Zeichen des Ringens nach Unabhängigkeit waren die Verurteilung des sowjetischen Einmarsches in Prag 1968 und der 22. Parteitag 1976, der einen „Sozialismus in den Farben Frankreichs“ propagierte. Ab 1979 verabschiedete sich die Partei von diesem Kurs. Nach einer Phase der Konzeptlosigkeit und der weitgehenden Auflösung der Wählerbasis leitete der auf dem 28. Parteitag 1994 gewählte Vorsitzende Robert Hue mit dem Bruch des „demokratischen Zentralismus“ und der „*mutation*“ (Wandlung) der Partei eine tiefgreifende Erneuerung ein.⁷⁸ Das Programm des 32. Parteitages 2003 stellt

76 PDS (2004a): Beschluss der 1. Tagung des 9. Parteitages der PDS (30./31.10.2004). Für einen anderen Verfassungsvertrag. Für ein friedliches, soziales und demokratisches Europa, Potsdam, in: *Disput* 11, S. 59–62.

77 Brie, André (2005): Zurück nach Europa. Das Scheitern der EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden könnte die Chance für eine andere Integration des Kontinents sein, in: *Freitag*, 20.05.2005; Markov, Helmut/Wehr, Andreas (2005): Zeitenwende in Europa, in: *Europarot* 21 (Infoblatt der Delegation der PDS in der Fraktion GUE/NGL im Europaparlament), S. 1 f.

78 Timmermann, Heinz (1970): Die KPF zwischen Volksfront-Strategie und Internationalismus. Zur Problematik der Außenbeziehungen der französischen Kommunisten, in: *Europa-Archiv* 22, Bonn, S. 827–836; Ranger, Jean (1986): Le déclin du Parti Communiste Français, in: *Revue française de science politique* 36, S. 46–63; Bell, David/Criddle, Byron (1994): The French Communist Party in the Fifth Republic, Oxford; Courtois, Stéphane/Lazar Marc (1995): Histoire du Parti communiste français, Paris. Die Kommunistische Partei erreichte bei den Wahlen zum französischen Parlament 2002 mit 1.216.178 Stimmen 4,82 Prozent Wähleranteil. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 erreichte der PCF in den französischen „Metropole-Gebieten“ mit 900.447 Stimmen 5,25 Prozent Wähleranteil und zwei Sitze, die „Kommunistische Partei der Réunion“ in den französischen „Übersee-Gebieten“ mit 109.529 Stimmen 28,87 Prozent Wähleranteil und einen Sitz; Ministerium des Innern: <http://www.interieur.gouv.fr>. Die Kommunisten auf Réunion, einer zu Frankreich gehörenden

vornehmlich Fragen zur Suche nach der eigenen „kommunistischen Identität“, hält aber am Kommunismus als „Vision des historischen Fortschritts der menschlichen Zivilisationen“ und als „Bewegung (...) der gesellschaftlichen Befreiung vom Kapitalismus“ fest.⁷⁹

Bis zur „*mutation*“ in den neunziger Jahren stellte die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft für die „Französische Kommunistische Partei“ ein „Europa der Monopole“ dar, das es durch ein „Europa der Völker“ zu ersetzen gelte. Voraussetzung für die freie und gleiche Kooperation der Völker sei deren Souveränität. Diese erlangten sie erst durch zu ihrer Befreiung führende Angriffe auf die Wirtschaftsimperien in jedem einzelnen Land.⁸⁰ Robert Hue brach mit diesem Konzept. Er hielt die soziale Transformation in einem einzelnen Land angesichts der weltweiten Ausbreitung des Kapitals, der Finanzen, der Wissenschaften und der Technologien für unmöglich. Die Idee eines nationalen oder französischen Kommunismus würde den neuen Herausforderungen nicht mehr gerecht. In einer Zeit erster „Eurostreiks“ und „Eurodemonstrationen“ müssten die Kommunisten „eurokonstruktiv“ sein. Frankreich solle als „Land der Menschen- und Bürgerrechte“ dazu beitragen, dass der europäische Anspruch sich nicht in einer liberalen Wirtschaftspolitik erschöpfe. Dem Stabilitätspakt von Maastricht müsse ein europäisches Sozialmodell entgegengestellt und die europäische Konstruktion in einem fortschrittlichen und demokratischen Sinne verändert werden. Ein europäisches „Zivilisationsmodell“ würde als Gegengewicht zu den Hegemoniebestrebungen der Vereinigten Staaten dringend gebraucht. Die Bevölkerungen sollten in Referenden über neue Verträge abstimmen und das Europäische Parlament mehr Macht gegenüber der Kommission und der Zentralbank bekommen.⁸¹ Im Juni 2002 befasste sich die PCF auf einer Strategiekonferenz mit europapolitischen Fragen. Dabei wurde festgehalten, dass „die Kommunisten, wie alle Franzosen, die europäische Konstruktion eher erleiden denn gestalten. (...) Es gilt den Geist der Kommunisten zu ‚europäisieren‘“.⁸²

Insel im Indischen Ozean, haben sich als Föderalverband des PCF im Jahre 1959 für autonom erklärt. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 gewann ihr Vorsitzender Paul Vergès einen Sitz und schloss sich der PCF-Gruppe an; Vergès, Paul (2005): Interview, in: *Humanité*, 22.01.2005.

79 PCF (2003b): 32^e congrès du PCF (05.04.2003). Texte d'Orientation, Communisme: écrire ensemble une page nouvelle, S. 4.

80 Timmermann, Heinz (1978a): Antworten von Jacques Denis, Mitglied des ZK der KPF und Stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung seiner Partei, in: ders. (Hrsg.): Eurokommunismus. Fakten, Analysen, Interviews, Frankfurt am Main, S. 177f.; vgl. Pinto Lyra, Rubens (1974): *Le Parti Communiste Français et l'Intégration Européenne (1951–1973)*, Nancy; Saint-Ouen (1986): S. 213–215; Callot, Emile François (1988): *The French Communist Party and Europe: the idea and its implementation (1945–1985)*, in: *European Journal of Political Research* 16, S. 301–316.

81 Hue, Robert (1999): *Communisme. Un nouveau projet*, Paris, S. 333–341.

82 Garnier, Gilles (2002): *Conférence nationale en juin 2002. Compte rendu de l'atelier n. 4, Construire une Europe sociale citoyenne de coopération et de paix pour une mondialisation solidaire*, S. 2f.; PCF (2002): *Conférence nationale en juin 2002, Décisions*, S. 1/5; <http://www.pcf.fr> (abgerufen am 11.11.2005).

Im Dezember 2002 diskutierte der Nationalrat der PCF die Idee einer Europäischen Verfassung. In einem Programmvorschlag für den 32. Parteitag hieß es, zur Befreiung der europäischen Völker aus der „liberalen Umklammerung“ sei „keine Frage tabu, nicht einmal die nach einer Europäischen Verfassung“.⁸³ Bis zum Parteitag im April 2003 verschwand diese Formulierung wieder. Stattdessen fordert das Programm unverfänglicher die stärkere Einbindung der Bevölkerung als „eine entscheidende Herausforderung zum Zeitpunkt der Erarbeitung einer europäischen ‚Verfassung‘“.⁸⁴ Im September 2003 beschloss der Nationalrat unter Bezug auf die vom französischen Vorsitzenden der Fraktion GUE/NGL, Francis Wurtz, ausgearbeitete Kritik am Verfassungsentwurf die Forderung nach einem Referendum in einer Kampagne offensiv zu vertreten.⁸⁵ In seinem Programm zu den Europawahlen 2004 widmete sich die PCF gleich im ersten Abschnitt der Ablehnung des Verfassungsvertrags: „Europa würde für lange ein Raum der Konkurrenz zwischen den Völkern werden. (...) Dieses ultraliberale Verfassungsprojekt würde jede Hoffnung auf ein soziales Europa zunichte machen. Ein neuer Vertrag muss angegangen werden“.⁸⁶

Im Herbst 2004 stand fest, dass es in Frankreich ein Referendum geben würde. Als in den Umfragen ein Sieg des „Nein“ in den Bereich des Möglichen rückte, veränderte sich der Charakter der kommunistischen Kampagne. Wurde bis dahin die Profilierung der Partei angestrebt, so sollte sich diese jetzt zugunsten breiterer Bündnisse zurücknehmen.⁸⁷ Gleichzeitig betonten die Kommunisten ihre Distanz gegenüber einem „souveränistischen, rückschrittlichen Nein“ und setzten diesem das „linke Nein“ entgegen.⁸⁸ Sie wollten die Ablehnung der „ultraliberalen Politik“ und des „globalisierten Kapitalismus“⁸⁹ mit dem Bekenntnis zu einem „antirassistischen und für alle Menschen auf der Welt“ offenen Europa

83 PCF (2002a): Conseil national. Avant-projet de la base commune, 13.12.2002; <http://www.pcf.fr> (abgerufen am 11.11.2005).

84 PCF (2003b), S. 6.

85 PCF (2003c): Conseil national. Relevé de décisions, 27./28.09.2003; vgl. Parny, Francis (2003): Intervention au Conseil national du PCF. Les communistes dans la situation politique, économique et sociale en septembre 2003, 27.09.2003, S. 2 f.; <http://www.pcf.fr> (abgerufen am 13.11.2005): „*Nous devons en particulier dénoncer avec force ce qu'a révélé Francis Wurtz: l'inscription dans ce projet de constitution du principe de concurrence qui ferait de l'Europe la seule détentrice d'une constitution qui rendrait le libéralisme constitutionnel.*“

86 PCF (2003d): L'Europe: Oui. Mais pas celle-là! Programme du PCF pour les élections européennes en juin 2004, S. 1.

87 Dartigolles, Olivier (2005): Rapport introductif au Conseil national. Nos objectifs politiques pour 2005, 14.01.2005, S. 3–7; <http://www.pcf.fr> (abgerufen am 18.11.2005).

88 Cohen-Seat, Patrice (2004): Rapport au Conseil national du PCF, 02./03.10.2004, S. 1 f.; <http://www.pcf.fr> (abgerufen am 18.11.2005).

89 PCF (2005): Conseil national. Déclaration. Nos objectifs politiques en 2005, 14.01.2005, S. 2; <http://www.pcf.fr> (abgerufen am 18.11.2005).

verbinden.⁹⁰ Den Ausgang des Referendums am 29. Mai 2005 interpretierte die Parteivorsitzende Marie-George Buffet als Aufforderung des Volkes an die Linke, „endlich den Mut und die Kraft zu haben, den Mächten des Geldes und den Dogmen des Liberalismus entgegenzutreten“.⁹¹ Francis Wurtz zufolge hat seine Partei nach dem „antieuropäischen“ Kurs der Vergangenheit und dem „eurokonstruktiven“ Kurs Mitte der neunziger Jahre mit ihrer „proeuropäischen, aber sehr kritischen“ Kampagne zu einer linken Konzeption europäischer Politik gefunden.⁹²

3.1.4 Die „Partei der Italienischen Kommunisten“

Im Streit um die Unterstützung einer italienischen Mitte-Links-Regierung kam es 1998 zur Spaltung der „Partei der Kommunistischen Neugründung“. Deren Vorsitzender Armando Cossutta verließ zusammen mit der Mehrheit der Abgeordneten, aber nur einem kleinen Teil der Mitglieder die von ihm mitbegründete PRC. Die neue *Partito dei Comunisti Italiani* (PdCI) trat der Regierung bei und verhinderte so vorübergehend den Sieg der Rechten. Neben der Regierungsfrage hatte das Misstrauen der traditionellen Anhängerschaft Cossuttas in Bezug auf den im PRC vorherrschenden Diskurs der Öffnung gegenüber den „sozialen Bewegungen“ zur Spaltung beigetragen. Die PdCI bevorzugt institutionelle Reformen zur sozialistischen Transformation der Gesellschaft.⁹³

Nach Auffassung von Cossutta ist es an Europa, geeint eine Antwort auf die „einpolige Hegemonie“ der Vereinigten Staaten zu entwickeln.⁹⁴ Dazu müsse es zu einer „eigenen und unabhängigen wirtschaftlichen, politischen und auch militärischen Kraft“ werden.⁹⁵ In einem gemeinsamen Manifest haben sich die PdCI und die „Europäische Föderalistische Bewegung“ für eine „europäische und föderale Regierung“ ausgesprochen. Nur eine föderale Verfassung könne Frieden, Freiheit, politische und soziale Gleichheit in Europa schaffen. Die Welt bräuchte

90 Cohen-Seat (2004), S. 13.

91 Buffet, Marie-George (2005): Un grand espoir se lève aujourd'hui, 29.05.2005.

92 Wurtz, Francis (2005): Interview mit dem Verfasser, Brüssel, 20.09.2005.

93 Porcaro (2005), S. 298. Die Partei der italienischen Kommunisten erreichte bei den Wahlen zum italienischen Parlament 2001 mit 620.859 Stimmen 1,7 Prozent Wähleranteil, bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 mit 781.074 Stimmen 2,4 Prozent Wähleranteil und zwei Sitze; Ministerium des Innern: <http://www.cedweb.mininterno.it>.

94 Cossutta, Armando (2001): Rede in der Plenardebatte des Europäischen Parlaments zur Reform des Rates, Straßburg, 24.10.2001.

95 Cossutta, Armando (2003): Rede in der Plenardebatte des Europäischen Parlaments zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur, Straßburg, 09.04.2003.

wenige, dafür aber mächtige politische und ökonomische Subjekte. In einer anzustrebenden multipolaren Ordnung müsse Europa dank einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik die Rolle des Friedensstifters einnehmen. Auf die Probleme der Gegenwart sei die Europäische Union „die realistischste und enthusiastischste Antwort“. Die Gegner einer europäischen Föderation und Verfassung stärken die Globalisierungsprozesse in der Einseitigkeit, wie sie jetzt abließen.⁹⁶

Im Europäischen Parlament begrüßte Cossutta den Verfassungsentwurf als wirksamen Beitrag „zur Gestaltung unserer Zukunft (...) [der] gegen Verleumder und Gegner verteidigt werden“ müsse. Gleichzeitig äußerte er Kritik, welche er nicht auf „ungenügende Inhalte und unzureichende soziale Rechte, die bekanntlich aus den gegenwärtigen konkreten Kräfteverhältnissen resultieren“ bezogen wissen wollte, sondern auf „institutionelle Fragen“. Er befürchtete eine mögliche Konkurrenz zwischen Rats- und Kommissionspräsident, wünschte sich die Abschaffung des Einstimmigkeitsvotums für alle Bereiche und die Schaffung europäischer Militärstreitkräfte, die „die Überwindung der NATO“ ermöglichen würden.⁹⁷ Im Entwurf seien die Streitkräfte zur NATO ergänzend und „demnach den USA untergeordnet und nicht eigenständig“ aufgeführt.⁹⁸ Im Januar 2005 stimmten im italienischen Parlament sieben von zehn Abgeordneten der PdCI dem Europäischen Verfassungsvertrag zu, drei nahmen nicht an der Abstimmung teil. Die beiden neugewählten Abgeordneten im Europäischen Parlament enthielten sich der Stimme.⁹⁹ Oliviero Diliberto, Generalsekretär der PdCI, bedauerte den Ausgang des Referendums in Frankreich und hielt ihn für einen Sieg der amerikanischen Linie. Das französische Nein sei der Ablehnung der Regierungspolitik, dem französischen Nationalstolz und der Fixierung der Linken auf Einzelheiten des Verfassungstextes geschuldet. Der internationale Kontext sei ausgeblendet worden. In diesem stelle die Verfassung einen Fortschritt dar, da sie Begriffe wie „Vaterland“ oder „Nation“ überwinde und gegenüber den Vereinigten Staaten einen Ausgleich schaffe.¹⁰⁰

96 PdCI/MFE (2004): More Europe for everybody. A European federal government for a Europe of peace and solidarity, 01.01.2004; <http://www.comunisti-italiani.it> (abgerufen am 05.10.2005).

97 Cossutta, Armando (2003a): Rede in der Plenardebatte des Europäischen Parlaments zur Europäischen Verfassung und Regierungskonferenz, Straßburg, 24.09.2003.

98 Cossutta, Armando (2003b): Rede in der Plenardebatte des Europäischen Parlaments zu den Ergebnissen des Europäischen Rates (Brüssel, 16./17. Oktober 2003) einschließlich Bericht über den Fortgang der Arbeiten der Regierungskonferenz, Straßburg, 22.10.2003.

99 Camera dei Deputati (2005); falsch ist die Angabe bei Deloy, Corinne (2005a): Italy is the first founder country to ratify the European Constitution (Fondation Robert Schuman), S. 2; <http://constitution-europeenne.info> (abgerufen am 10.10.2005); „Most of the members of the Italian Communist Party (PdCI) voted against the ratification of the text.“

100 Diliberto, Oliviero (2005): Interview, in: *Corriere della Sera*, 31.05.2005.

Der Europaabgeordnete Umberto Guidoni mahnte, zukünftig alle europäischen Bürger stärker in die Europäische Verfassungsdiskussion einzubeziehen. Er stimmte im Europäischen Parlament gegen die Fortsetzung des Ratifizierungsprozesses auf Grundlage des vorliegenden Verfassungsvertrags.¹⁰¹

3.1.5 Die „Vereinigte Linke“ aus Spanien

Die 1921 gegründete „Kommunistische Partei Spaniens“ (PCE) arbeitete seit dem Ende des Spanischen Bürgerkriegs 1939 im Untergrund gegen die Franco-Diktatur. In den siebziger Jahren galt ihr Parteivorsitzender Santiago Carrillo als einer der geistigen Väter des Eurokommunismus.¹⁰² Dieser Kurs war innerparteilich umstritten und führte nach dem Ende der Diktatur und der Zulassung der PCE 1977 zum Ausbruch von Richtungskämpfen. Die Stärke der Kommunisten zerbröselte innerhalb weniger Jahre. Erst 1986 konnte sich die Partei durch die Gründung des Wahlbündnisses *Izquierda Unida* (IU) stabilisieren. Allerdings befindet sich die „Vereinigte Linke“ seit 1996 in einem anhaltenden Abwärtstrend.¹⁰³ IU versucht, das Bekenntnis zum Sozialismus um die Themen Ökologie, Feminismus und Pazifismus zu ergänzen. Dabei sieht sich das Bündnis zunehmend als gleichermaßen „rote“ und „grüne“ Partei.¹⁰⁴

Bereits in den siebziger Jahren bekannten sich die spanischen Kommunisten zur „wirtschaftlichen, politischen und militärischen“

101 Guidoni, Umberto (2005): Quale Costituzione per l'Europa, in: *la Rinascita*, 10.06.2005; <http://www.comunisti-italiani.it> (abgerufen am 10.10.2005).

102 Carrillo (1977).

103 Haubrich, Walter (1978): Die Kommunistische Partei Spaniens, in: Heinz Timmermann (Hrsg.): Eurokommunismus. Fakten, Analysen, Interviews, Frankfurt am Main, S. 131; Heywood, Paul (1994): The Spanish Left: Towards a „Common House“?, in: Martin J. Bull/Paul Heywood (Hrsg.): West European Communist Parties after the Revolutions of 1989, Haoundmills/Basingstoke/London, S. 56–89; Schultz, Rainer (2003): Linksdemokratische Parteien in Spanien. Facetten und Entwicklung. Eine Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Rahmen des Projekts: „Linksdemokratisch sozialistische Parteien im europäischen Vergleich“, Berlin, S. 7–15; Schultz, Rainer (2005): Die spanische Vereinigte Linke im Jahr 2004, in: Michael Brie/Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): Für ein anderes Europa. Linke Parteien im Aufbruch, Berlin, S. 376.

104 IU (2004): Manifiesto Politico. Para una nueva etapa en Izquierda Unida. Por una Izquierda Unida roja, verde, feminista, federalista y republicana, Documento aprobado por la VIII Asamblea Federal Extraordinaria de IU, 10.–12.12.2004, Madrid, S. 17, 37 und 58. Die „Vereinigte Linke“ erreichte bei den Wahlen zum spanischen Parlament 2004 mit 1.324.370 Stimmen 5,1 Prozent Wähleranteil, bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 in einem Wahlbündnis 636.458 Stimmen, 4,16 Prozent Wähleranteil und einen Sitz; Ministerium des Innern: <http://www.elec2004.mir.es>. Sie trat zu den Europawahlen gemeinsam mit der katalanischen Regionalpartei „Initiative für Katalonien – Grüne“ (IC-V) als „Grüne Linke – Vereinigte Linke – Initiative für Katalonien – Grüne“ (IV – IU – IC-V) an. Das Wahlbündnis gewann zwei Abgeordnetenmandate: Willy Meier (IU) schloss sich der Fraktion GUE/NGL, Raül Romeva (IC-V) der Fraktion der Grünen an.

Integration Europas und erhofften sich von einem vereinten Europa die Überwindung der Bipolarität im internationalen System.¹⁰⁵ In den neunziger Jahren habe sich die „Vereinigte Linke“ nach Ansicht der Politikwissenschaftler David Bell und Andrea Volkens von dieser proeuropäischen Grundhaltung entfernt.¹⁰⁶ Demgegenüber kommt eine Studie unter Mitwirkung des Parteienforschers Luis Ramiro zu dem Schluss, dass sich IU am deutlichsten aller spanischen Parteien für die Idee einer europäischen Staatenbildung mit starker Regierung und mehr Einfluss des Europäischen Parlaments ausspricht.¹⁰⁷ In ihrem Wahlprogramm äußert IU Unzufriedenheit mit der Macht der Europäischen Kommission und den Auswirkungen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion auf den Sozialstaat. Dennoch sieht sie die europäische Integration als alternativlos an. Die Legitimation des geeinten Europas liege in dem „neuen internationalen Szenario, charakterisiert durch die Aggressivität und die Gewalt der Vereinigten Staaten, durch die wachsenden Ungleichheiten in der Welt als Folge des neoliberalen Globalisierungsmodells“ und dem internationalen Terrorismus.¹⁰⁸

Im September 2003 meldeten sich Europaabgeordnete und andere führende IU-Politiker mit einem „*Sí, crítico*“ zum Verfassungsvertrag zu Wort. Sie bewerteten den Vorschlag des Konvents als Kompromiss und sahen Fortschritte in der Konventsmethode als Instrument europäischer Integration, in der Aufnahme der Grundrechtecharta und der in ihr definierten Rechte in das Vertragswerk, in der Aufteilung der Kompetenzen und Gewalten, im Aufbau der Gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik und im Recht der EU auf eine eigene juristische Persönlichkeit. Mehr könne die Linke in Zeiten neoliberaler Hegemonie nicht erwarten.¹⁰⁹ Auch die Kritik der siebten Föderalversammlung der Vereinigten Linken im Dezember 2003 liest sich eher verhalten, enthielt aber die For-

105 Timmermann, Heinz (1978b): Antworten von Manuel Azcaráte, Mitglied des Exekutivkomitees der KP Spaniens und Leiter ihrer Internationalen Abteilung, in: ders. (Hrsg.): Eurokommunismus. Fakten, Analysen, Interviews, Frankfurt am Main, S. 198.

106 Bell (1996), S. 229; Volkens (2004), S. 6.

107 Gómez-Reino, Marga/Llamazares, Iván/Ramiro, Luis (o.J.): Euroscepticism and political parties in Spain; <http://www.essex.ac.uk/ecpr/events/jointsessions/paperarchive/turin/ws25/Ramiro.pdf> (abgerufen am 22.12.2005).

108 IU (2003): Programa Electoral. Elecciones Generales del 14 de marzo de 2004, S. 36; <http://www.izquierda-unida.es/elecciones2004/elecciones2004/programa36.htm>.

109 Fernández, José Manuel (2003): Una opinión entre tantas. Sí a la Constitución Europea propuesta por la Convención, in: *IU al Día*, 05.09.2003; Peres, Salvador Jové (2003): La Convención sobre el futuro de Europa: entra la globalización neoliberal y la Ampliación sin cohesión, in: *IU al Día*, 06.09.2003; Campos, Pedro Maset (2003): Informe sobre el proyecto de Tratado por el que se instituye una Constitución para Europa, in: *IU al Día*, 07.09.2003; <http://www.izquierda-unida.es/ualdia> (abgerufen am 06.11.2005).

derung nach „substantiellen Verbesserungen“ am Verfassungsentwurf.¹¹⁰ Erst im Laufe des Jahres 2004 und wohl im Hinblick auf das spanische Referendum des 20. Februar 2005 formulierte IU ein deutliches „Nein zu dieser europäischen Verfassung“.¹¹¹ Dabei dürfte die Profilierung der Partei gegenüber den proeuropäischen und regierenden Sozialdemokraten eine Rolle gespielt haben. Die „Vereinigte Linke“ verband ihr Nein mit der Hoffnung auf eine europaweite Bewegung für einen europäischen Politikwechsel.¹¹² Sie stellte fünf inhaltliche Gründe ins Zentrum ihrer Kampagne: Erstens sei ein Vertrag zwischen Staaten keine Verfassung der Bürger; zweitens würde Europa seine Verteidigung der NATO unterstellen und keine Garantien für Frieden und Sicherheit gewähren; drittens zwänge der Vertrag zu einer neoliberalen Politik; viertens würden die nationalen Rechte der Völker ohne Staaten gelehnet; fünftens sei nur die Ablehnung des vorliegenden Verfassungsvertrags möglicher Ausgangspunkt eines anderen Europa.¹¹³ Am Referendum am 20. Februar 2005 nahmen 43 Prozent der Wahlberechtigten teil, von denen sich 76 Prozent für den Europäischen Verfassungsvertrag aussprachen. IU betrachtete die niedrige Wahlbeteiligung als Beweis, dass sich Millionen Bürger „vom Gang der europäischen Integration ausgeschlossen“ fühlen und interpretierte die Nein-Stimmen als „europakritische, linke Stimmen (...) die vom Nutzen einer supranationalen europäischen Integration durchaus überzeugt sind, aber auf einer anderen Grundlage als heute“.¹¹⁴

3.1.6 Die „Kommunistische Partei Griechenlands“

Gegründet 1918, musste die *Kommounistiko Komma Elladas* (KKE) bis zum Ende der „Obristendiktatur“ 1974 meist in der Illegalität arbeiten. Bereits 1968 war es zur Spaltung in die moskauorientierte „KKE-Ausland“ und die eurokommunistische „KKE-Inland“ gekommen. Kurzzeitig hatten beide 1989 im Wahlbündnis *Synaspismos* wieder zusammengefunden, doch bereits 1991 kam es auf dem 13. Parteitag der „KKE-Ausland“ zum erneuten Bruch. Der Parteiflügel um Generalsekretär Aleka Paparigha setzte sich durch. Reformkräfte wurden aus der Partei gedrängt und der „demokratische Zentralismus“ als Organi-

110 IU (2003), S. 36.

111 IU (o. J.): Otra Europa es posible. NO a esta Constitución Europea; http://www.izquierda-unida.com/federal/comun/diptico_europa_interior.pdf (abgerufen am 06.11.2005).

112 IU (2004): S. 14: „Y haremos un esfuerzo porque esta sea una opinión coordinada en toda la UE.“

113 IU (o. J. a): Las razones para el No de Izquierda Unida. Referendum 20 de febrero de 2005; <http://www.izquierda-unida.com/federal/constitucion/01.htm> (Abgerufen am 06.11.2005).

114 IU (2005): Ein politischer Fortschritt für die alternative Linke, 25.02.2005, in: *PDS-International 1* (Informationsschrift für Friedens- und Internationale Politik), S. 36 f.

sationsprinzip beibehalten. Fortan nannte sich die Partei wieder KKE, ohne angehängtes Kürzel.¹¹⁵ In ihrem Programm hält sie am „Marxismus-Leninismus“ fest und strebt als „Avantgarde der Arbeiterklasse“ und „revolutionäre“ Partei die „Machtergreifung“ an.¹¹⁶

Die Globalisierung stellt für die KKE ein ideologisches Konstrukt dar. Auf der Grundlage der tatsächlichen Zunahme des internationalen Handels werde versucht, den Klassencharakter der Gesellschaft zu verdecken und die Möglichkeiten revolutionärer Strategien in den einzelnen Ländern zu leugnen.¹¹⁷ Unverändert gilt in den europapolitischen Vorstellungen der Partei bis heute die Linie der KKE-Ausland, die diese noch im Exil auf ihrem neunten Parteitag 1974 formuliert hatte. Sie lehnte den EG-Beitritt Griechenlands ab, da dieser das Land in die außenpolitische Abhängigkeit und die wirtschaftliche Katastrophe führen würde. Vor allem sei es falsch, die EG mit einem in der Weltpolitik unabhängigen Weg zu assoziieren. Es gebe nur den Kampf zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Ländern.¹¹⁸ In einer Stellungnahme aus dem Jahr 1977 werden die Römischen Verträge als „Magna Charta der internationalen Monopole“ bezeichnet, die die Möglichkeiten für einen Übergang zum Sozialismus verringerten.¹¹⁹ Bis heute behaupten Vertreter der Partei, eine Reform der EU sei unmöglich, da der Kapitalismus niemals human sein könne. Der Dialog zwischen Staaten müsse direkt und ohne zwischengeschaltete Institutionen erfolgen. Die Kommunisten stünden vor der Aufgabe, die Europäische Union „zu schwächen und schließlich zu zerrütten, Länder aus ihrer Herrschaft zu erlösen und schlussendlich ihre Auflösung herbeizuführen“.¹²⁰ Entsprechend

115 Hornung, Klaus (1978): Sozialismus und Kommunismus in Griechenland – Innenpolitisches Kräftefeld und außenpolitische Optionen, in: Dieter Oberndörfer (Hrsg.): Sozialistische und kommunistische Parteien in Westeuropa. Bd. 1: Südländer, Opladen, S. 267–345; Richter, Heinz (1979): Griechenlands Kommunisten, in: Heinz Timmermann (Hrsg.): Die kommunistischen Parteien Südeuropas. Länderstudien und Queranalysen, Baden-Baden, S. 257–327; KKE (o.J.): Brief History of the Communist Party of Greece; KKE (2000): An overview of the Congresses of the Communist Party of Greece since its foundation; <http://www.kke.gr> (abgerufen am 10.11.2005). Die KKE erreichte bei den Wahlen zum griechischen Parlament 2004 mit 436.573 Stimmen 5,9 Prozent Wähleranteil, bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 mit 580.396 Stimmen 9,5 Prozent Wähleranteil und drei Sitze; Ministerium des Innern: <http://www.ypes.gr>.

116 KKE (2005a): Theses of the Central Committee of the Communist Party of Greece for the 17th Congress, 09.–12.02.2005, S. 7, 78 und 88.

117 KKE (2005a), S. 11.

118 KKE exoterikou (1974): To 9o Synedrio tou Kommounistikou Kommatos Elladas, Athen, zit. nach: Heinz Richter (1980): Griechenlands Kommunisten und die Europäische Gemeinschaft (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 17), Köln, S. 9–16.

119 Petsinis, Lambros (1977): I EOK – proion tis imperialistikis oloklirosis, in: Kommounistiki Epitheorisi, S. 46–59, zit. nach: Heinz Richter (1980): Griechenlands Kommunisten und die Europäische Gemeinschaft (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 17), Köln, S. 21 (=Die EG – Produkt der imperialistischen Vollendung, in: *Kommunistische Revue*).

120 Koutsoumpas, Dimitris (2005): Address to the rally of the Patriotic Front against EU, Istanbul, 02.10.2005; <http://www.kke.gr> (abgerufen am 10.11.2005).

sieht die KKE in der Gründung der „Europäischen Linkspartei“ eine „fatalistische Akzeptanz bürgerlicher Legitimität“. Demgegenüber möchte sie einen „klaren und mächtigen kommunistischen Pol“ zur Bündelung „antiimperialistischer Aktivitäten“ schaffen und lädt regelmäßig kommunistische Parteien aus der ganzen Welt zu „Athener Treffen“ ein.¹²¹

Am 13./14. Dezember 2003 organisierte die KKE eine europaweite Beratung befreundeter Parteien unter dem Titel „Der Verfassungsvertrag der EU und die Antwort der Völker“. In der Abschlussresolution wurde festgestellt, dass der Kapitalismus und die EU „zunehmend aggressiv und gefährlich (...) mehr und mehr zentralisiert und militarisiert“ würden.¹²² Der Generalsekretär der KKE, Aleka Paparigha, erklärte, die „Bourgeoisie“ wolle durch den Verfassungsvertrag die positiven Erinnerungen an den Sozialismus in den osteuropäischen Mitgliedstaaten auslöschen. Die Charakteristiken des neuen Vertrags seien Militarisierung, präventive Kriegsführung, militärische Interventionen, Aufrüstung, Souveränitätsabbau der Staaten und eine Grundrechtecharta im Dienste der Arbeitgeber.¹²³ Der Parteitag der KKE schloss sich dieser Sichtweise an und beobachtete eine Steigerung der „reaktionären Entwicklung“ in der Europäischen Union durch die „Stärkung von Repression und Militarisierung“.¹²⁴ Der Europaabgeordnete Diamanto Manolakou erklärte, seine Partei werde gegen jede Variante einer europäischen Verfassung stimmen. Denn „in einer EU des Großkapitals und des Krieges kann es keine fortschrittliche ‚europäische‘ Verfassung geben“.¹²⁵ Im griechischen Parlament tritt die KKE vergeblich für eine Volksabstimmung.¹²⁶ Den Ausgang des Referendums in Frankreich sahen die Kommunisten als „Beispiel der Auflehnung und des Ungehorsams gegen die EU-Barbarei“ durch die Arbeiterklasse und die leidenden Bevölkerungsschichten. Je schneller die Schläge der Völker gegen die EU zu deren Zerstörung führten, desto näher rückte „das Europa der populären Rechte, des Friedens und des Sozialismus“.¹²⁷

121 KKE (2005a): S. 24.

122 KKE (2003): Press Release. European Meeting on The Constitutional Treaty of the EU and the Response of the People, Athen, 14.12.2003; <http://www.kke.gr> (abgerufen am 10.11.2005).

123 Paparigha, Aleka (2003): Contribution by the GS of the CC of the CPG. European Meeting on The Constitutional Treaty of the EU and the Response of the People, Athen, 13.12.2003; <http://www.kke.gr> (abgerufen am 10.11.2005).

124 KKE (2005a), S. 15.

125 Manolakou, Diamanto (2005): Rede in der Plenardebatte des Europäischen Parlaments zum Bericht Richard Corbett und Írigo Méndez de Vigo (A6-0070/2004), Straßburg, 12.01.2005.

126 Einhäuser, Barbara (2005): Der Ratifizierungsprozess zum Europäischen Verfassungsvertrag. Sachstand und Stimmungen in den einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Newsletter Europapolitik, 01.07.2005; <http://www.kas.de>.

127 KKE (2005b): International Section. About the Referendum in France; <http://www.kke.gr> (abgerufen

3.1.7 Die „Kommunistische Partei Böhmens und Mährens“

Die *Komunistická Strana Čech a Moravy* (KSČM) ist die Nachfolgepartei der 1921 gegründeten „Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei“. Diese übte von 1948 bis 1989 in Alleinherrschaft die Macht in Prag aus. Nach der Niederschlagung der als „Prager Frühling“ in die Geschichte eingegangenen Liberalisierungsbestrebungen 1968 wurde jede innerparteiliche Oppositionsbildung verhindert. Nach dem Zusammenbruch des Regimes im November 1989 setzte sich innerparteilich eine Strategie durch, die die KSČM zu einem von den Modernisierungsprozessen in der Gesellschaft weitgehend isolierten Rückzugsraum werden ließ. So gelang es ihr, sich die Bindung eines beträchtlichen Teils der von der Wende enttäuschten Bevölkerung zu bewahren.¹²⁸ In ihrem Statut beruft sich die KSČM auf die „marxistische Theorie“ als Instrument und den „Sozialismus“ als Ziel.¹²⁹ Im Mittelpunkt des 2004 verabschiedeten Programms stehen wirtschaftspolitische Überlegungen.¹³⁰

In der Haltung der KSČM zur Europäischen Union ist in den letzten Jahren eine Verschiebung zugunsten proeuropäischer Positionen feststellbar. Während auf dem fünften Parteitag 1999 die EU noch als inakzeptabel und der Vertrag von Maastricht als Mittel der Degradierung der Tschechischen Republik zu einer Kolonie dargestellt wurden,¹³¹ bewertete der sechste Parteitag 2004 den nunmehr erfolgten Beitritt in die EU als eine „qualitativ neue Situation“, der sich die Partei zu stellen habe.¹³² Bereits im Juni 2003 hatten die Kommunisten ihre ablehnende Stimmempfehlung zum Referendum über die EU-Mitgliedschaft des Landes eher verhalten formuliert.¹³³ Dieser Wan-

am 10.11.2005).

128 Lang, Kai Olaf (2000): Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens auf dem Weg zur Macht?, in: *Politische Studien* 51, S. 90–108; Handl, Vladimir (2002): Die Tschechische Kommunistische Partei: orthodoxes Fossil oder erfolgreiche neo-kommunistische Protestpartei? (Politikinformation Osteuropa 105), Bonn, S. 7–8; Handl, Vladimir (2005): Die Kommunistische Partei von Böhmen und Mähren und ihre Beziehung zu den Sozialdemokraten, in: Michael Brie/Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): Für ein anderes Europa. Linke Parteien im Aufbruch, Berlin, S. 404–425. Die Kommunistische Partei erreichte bei den Wahlen zum tschechischen Parlament 2002 mit 882.653 Stimmen 18,51 Prozent Wähleranteil, bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 mit 472.862 Stimmen 20,26 Prozent Wähleranteil und sechs Sitze; Statistisches Amt: <http://www.volby.cz>.

129 KSČM (2004): VI. sjezdu. Stanovy KSČM, České Budějovice, 14./15.05.2004, S. 1.

130 KSČM (2004a): VI. sjezdu. Naděje pro Českou republiku, Politika KSČM pro období po VII. sjezdu, České Budějovice, 14./15.05.2004; vgl. Holubec, Stanislav (2004): Europäische Linkspartei befördert die Öffnung der KSČM, 10.05.2004; <http://www.lavka.info> (abgerufen am 24.11.2005).

131 KSČM (1999): V. sjezdu. Zpráva ÚV KSČM o cinnosti KSČM v období po IV. sjezdu KSČM, Zdár nad Sazavou, S. 48, zit. nach: Handl (2002), S. 12.

132 KSČM (2004a), S. 9.

133 „Die KSČM betrachtet die europäische Integration aus langfristiger und strategischer Sicht als eine objektive Angelegenheit und zweifelt eine EU-Mitgliedschaft in langfristiger Sicht nicht an.

del in der Betrachtungsweise deckt sich mit der Analyse der KSČM, wonach die Globalisierung als objektive Konsequenz der industriellen Revolution, der Verbreiterung der Produktivkräfte und der globalen Arbeitsteilung zur Erosion des Nationalstaats und „zur Entstehung von Elementen eines supraregionalen und globalen Staatswesens“ führen müsse.¹³⁴ In ihrem Programm zu den Europawahlen 2004 formulierte die Kommunistische Partei Reformvorschläge für ein „soziales Europa“ und stellte mit Miloslav Ransdorf einen ausgewiesenen Befürworter der europäischen Integration als Spitzenkandidaten auf.¹³⁵

Das Exekutivkomitee der KSČM sprach sich am 4. Februar 2005 gegen den Europäischen Verfassungsvertrag aus.¹³⁶ Das Zentralkomitee vertiefte die Kritik am 19. März 2005 und führte fünf ausschlaggebende Punkte auf. Erstens sei die Verfassung ein weiterer Schritt, den Mitgliedstaaten einen verpflichtenden Rahmen neoliberaler Politik aufzuzwingen. Zweitens ermögliche sie militärische Aggressionen gegen Drittstaaten im Namen der Terrorismusbekämpfung. Drittens würden die demokratischen politischen Systeme der Nationalstaaten gegenüber der Europäischen Kommission und dem Rat weiter an Einfluss verlieren. Viertens seien die Rechtskompetenzen der EU nicht klar genug von denen der Mitgliedstaaten abgegrenzt. Fünftens schaffe die im Verfassungsvertrag enthaltene Funktionsbestimmung der supranationalen, europäischen Parteien einen schlechteren Arbeitsrahmen für die KSČM.¹³⁷ Der Europaabgeordnete Ransdorf kritisiert den weiterhin zu geringen Einfluss des Europäischen Parlaments, das sich durch den Verfassungsentwurf „freiwillig zu einer zweitklassigen Position verurteilen“ ließe.¹³⁸ In der tschechischen Öffentlichkeit legt die Partei viel Wert auf den Hinweis, dass die Ablehnung des Verfassungsvertrags eine gemeinsame Position vieler europäischer Linksparteien sei. Eine von der KSČM organisierte Konferenz am 23./24.

Hinsichtlich der ausgehandelten Bedingungen (...) kann sie den Bürgern nicht empfehlen in der Volksabstimmung für einen Beitritt in die Europäische Union im Jahr 2004 zu stimmen“, KSČM (2004b): Erklärung des Zentralkomitees, zit. nach: Pavel Saradin (2005): Die politische Situation in der Tschechischen Republik (Working Papers der Friedrich-Ebert-Stiftung Prag 4), Prag, S. 11.

134 KSČM (2002): Kdo jsme, Náš program, Stanovy, Sjezdy KSČM, Členství v KSČM, S. 5; <http://www.kscm.cz> (abgerufen am 24.11.2005).

135 KSČM (2004c): S vámi a pro vás, doma i v EU. Teze programu KSČM pro volby do Evropského parlamentu; vgl. Schubert, Gerald (2004): Parteitag der tschechischen Kommunisten: Reform nicht in Sicht, 17.05.2004, Radiosendung; <http://design.radio.cz/de/artikel/53989/limit> (abgerufen am 24.11.2005).

136 KSČM (2005): 9. Výkonný výbor UV KSČM, Usnesení ke Smlouvě o Evropě, 04.02.2005; <http://www.kscm.cz> (abgerufen am 24.11.2005).

137 KSČM (2005a): 5. zasedání Ústředního výboru: Problematika Smlouvy zakládající Ústavu pro Evropu, 19.03.2005; <http://www.kscm.cz> (abgerufen am 24.11.2005).

138 Ransdorf, Miloslav (2005): Rede in der Plenardebatte des Europäischen Parlaments zur Verfassung für Europa, Straßburg, 11.01.2005.

April 2005 in Prag, an der Parteien aus 33 Ländern teilnahmen, sollte diesen transnationalen Anspruch unterstreichen.¹³⁹ Trotz des französischen „Nein“ spricht sich die KSČM dafür aus, das in Tschechien geplante Referendum stattfinden zu lassen. Allerdings sollte der Text vorher geändert und auf Kritikpunkte eingegangen werden.¹⁴⁰ Hintergrund dürfte eine am 20. Juni 2005 getroffene Absprache mit den Sozialdemokraten sein. Diese können den Ratifizierungsprozess in Tschechien nur mithilfe der Kommunisten gegen den Widerstand der bürgerlichen Oppositionspartei ODS fortsetzen. Die KSČM ihrerseits erhofft sich von der Unterstützung einen Ausbruch aus der innenpolitischen Isolation.¹⁴¹

3.1.8 „Sinn Féin“ aus Irland

Sinn Féin („wir selbst“) entstand 1905 als republikanisch-irische Partei. Nach dem Osteraufstand von 1916 übernahm sie die politische Führung im Unabhängigkeitskrieg gegen Großbritannien. Ebenso wie die militärisch operierende Irisch-Republikanische Armee (IRA) spaltete sich *Sinn Féin* in der Frage der Zustimmung zur Teilung Irlands und lähmte sich durch Richtungskämpfe zwischen Marxisten und Nationalisten. Ende der sechziger Jahre eskalierten in Nordirland die Spannungen zwischen der katholischen Bevölkerungsminderheit und der protestantischen, loyal zu Großbritannien stehenden Bevölkerungsmehrheit. *Sinn Féin* und IRA traten wieder in Erscheinung und wurden zu einer Art Schutzmacht der katholischen Bürgerrechtsbewegungen. Während die IRA militärische Anschläge mit Dutzenden Toten durchführte, gelang *Sinn Féin* die politische Vertretung der katholischen und republikanischen Forderungen. Unter dem Vorsitz von Gerry Adams stieg die Partei in den achtziger Jahren in Nordirland, in den neunziger Jahren in der Republik Irland zu einer wichtigen Kraft auf. Durch den Beginn des Friedensprozesses 1998 gewann sie weiter an Rückhalt in der Bevölkerung. *Sinn Féin* versteht sich als Arbeiterpartei und formuliert als wichtigstes Ziel eine die ganze Insel umfassende, „demokratisch-sozialistische Republik“. Der sozialistische Charakter der republikanischen Bewegung ergibt sich aus einem Geschichtsverständnis, wonach die Briten das irische Volk durch soziale

139 KSČM (2005b): Press Release of the CPBM. At the conclusion of International Conference of Communist and Left Parties, Prag, 23./24.04.2005; <http://www.kscm.cz> (abgerufen am 24.11.2005).

140 Filip, Vojtěch (2005): O tomto textu ústavy by už Češi hlasovat neměli, in: *Haló noviny*, 31.05.2005.

141 Vgl. Riháčková, Věra (2005): Czech political actors vis-à-vis June European Council results (Working Papers der Friedrich-Ebert-Stiftung Prag 8), Prag, S. 6–8.

und ökonomische Privilegien unter Instrumentalisierung der Religionszugehörigkeit in Katholiken und Protestanten gespalten hätten. Nur ein unabhängiges und sozialistisches Irland könne Gleichheit und Wohlstand für die ganze Bevölkerung garantieren.¹⁴²

Der Ausdruck der Souveränität des Volkes und die Basis für sozialen Fortschritt und internationale Kooperation ist für *Sinn Féin* der „demokratische Nationalstaat“. Diesen sieht die Partei durch die Globalisierung der Wirtschaft und die „Zentralisierungstendenzen“ der europäischen Politik gefährdet.¹⁴³ Daher lehnte sie den Vertrag von Nizza und die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit Verweis auf die Verteidigung der nationalen Souveränität und der außenpolitischen Neutralität ab.¹⁴⁴ Gleichzeitig zeigt ein Vergleich der Programme zu den Europawahlen 1999 und 2004, wie sehr sich die Haltung von *Sinn Féin* verändert hat. Die Partei begreift die europäische Integration zunehmend als Chance, die Teilung ihres Landes zu überwinden.¹⁴⁵ War *Sinn Féin* gegen die Einführung des Euro in Irland, so wird die Europäische Währungsunion jetzt als Möglichkeit gesehen, auf der ganzen Insel zu einer einheitlichen Währung zu kommen. Gleichzeitig verstärkt die Partei ihren sozialkritischen Diskurs, fordert die europaweite Beseitigung der Armut und sucht den Schulterchluss mit den globalisierungskritischen Bewegungen.¹⁴⁶

Im Juli 2003 betonte *Sinn Féin*, der Europäische Verfassungsprozess verdiene mehr Aufmerksamkeit. Die Europäische Union drohe zu einem

- 142 Sinn Féin (o.J.): Introduction to Sinn Féin; Sinn Féin (o.J.a): History of the Conflict; <http://www.sinnfein.ie> (Abgerufen am 30.11.2005). Vgl. Billet, Alexander (2005): Nordirland. Republikaner am Scheideweg, in: SoZ – Sozialistische Zeitung, September 2005, S. 11; Krönig, Jürgen (2005): Irlands untote Krieger. Die Methoden mögen sich geändert haben, die Ideologie ist die alte: Die IRA kämpft weiter um die Macht über die Insel, fundamentalistisch, kompromisslos, mit der Pistole hinterm Rücken, in: Die Zeit, 03.02.2005. In der Republik Irland erreichte „Sinn Féin“ bei den Wahlen zum irischen Parlament 2002 mit 121.039 Stimmen 6,51 Prozent Wähleranteil, bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 mit 197.715 Stimmen 11,10 Prozent Wähleranteil und einen Sitz. In Nordirland erreichte „Sinn Féin“ bei den Wahlen zum nordirischen Regionalparlament 2003 mit 162.758 Stimmen 23,53 Prozent Wähleranteil, bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 mit 144.541 Stimmen 26,31 Prozent Wähleranteil und einen Sitz; Ministerium für Umwelt, Erbe und Lokalregierungen der Republik Irland: <http://www.environ.ie>; Die Wahlkommission (Großbritannien): <http://www.electoralcommission.org.uk>.
- 143 Sinn Féin (2003): Sinn Féin and the European Union. A discussion document brought to the party's Ard Fheis in March 2003; <http://www.sinnfein.ie/euteam/document/150>.
- 144 Sinn Féin (2001): Treaty of Nice Manifesto. No to Nice; <http://www.sinnfein.ie/elections/manifesto/25>.
- 145 Sinn Féin (1999): EU Election Manifesto 1999. Peace and Independence in Europe; <http://www.sinnfein.ie/elections/manifesto/24>; Sinn Féin (2004): EU Election Manifesto 2004. An Ireland of Equals in a Europe of Equals; <http://www.sinnfein.ie/politics/manifesto/38>. Vgl. McCall, Cathal (1998): Postmodern Europe and the Resources of Communal Identities in Northern Ireland, in: European Journal of Political Research 33, S. 400f.
- 146 McDonald, Mary Lou (2004): Rede in der Plenardebatte des Europäischen Parlaments zum Europäischen Rat/Irischer Ratsvorsitz, Straßburg, 21.07.2004; Sinn Féin (2004a): Campaigning for Full Equality. A Sinn Féin Policy Document 2004; <http://www.sinnfein.ie/policies/manifesto/41>.

wirtschaftlichen und militärischen Superstaat zu werden. Eine Verfassung beschleunige diesen Prozess. Die Vereinfachung und Konsolidierung der Europäischen Verträge sei nötig, doch dürfe die Macht der Europäischen Union nicht weiter zu Lasten der Nationalstaaten ausgedehnt werden.¹⁴⁷ Auf einem Parteitag sprachen sich die Delegierten im März 2005 einstimmig gegen den Verfassungsvertrag aus. Erstens liefen die angestrebten institutionellen Reformen auf die Bildung eines Staates hinaus. Die Einführung einer Rechtspersönlichkeit der Union, der Vorrang des europäischen vor dem nationalen Recht und die Ausdehnung der qualifizierten Mehrheitsentscheidungen des Rates würden die nationale Souveränität untergraben und zum Föderalismus führen. Das „demokratische Defizit“ in der EU würde nicht aufgehoben, da die nationalen Parlamente als Träger des demokratischen Willens nicht an Einfluss gewinnen und nicht mehr alle Mitgliedstaaten in der Europäischen Kommission vertreten seien. Zweitens bedeute der Verfassungsvertrag das Ende der irischen Neutralität. Eine für alle Staaten bindende europäische Außenpolitik und das Amt eines EU-Außenministers, die Verpflichtung zur Verbesserung der militärischen Kapazitäten und die Abstimmung mit der NATO würden zu Militarisierung führen. Drittens schreibe der Verfassungsvertrag eine Wirtschaftspolitik der liberalisierten Märkte, des freien Kapitalverkehrs und der Privatisierung vor. Den Staaten würde die Möglichkeit genommen, Reichtümer umzuverteilen, die soziale Sicherheit und die öffentlichen Dienstleistungen auszudehnen sowie das Gesundheits- und das Bildungssystem zu schützen. Hingegen sieht *Sinn Féin* in der Annahme einer Grundrechtecharta einen Fortschritt. In einigen Bereichen beeinflusst auch der Konflikt in Nordirland die Analyse der Partei, beispielsweise wenn sie fordert, die Strukturpolitik direkt auf der regionalen Ebene auszuhandeln und den Regionalparlamenten, vor allem dem nordirischen, im Verfassungsvertrag einen Stellenwert einzuräumen.¹⁴⁸

3.1.9 Die „Sozialistische Partei“ aus den Niederlanden

1972 in einer Zeit studentischer Unruhen und gesellschaftlichen Umbruchs gegründet, war die *Socialistische Partij* (SP) ein Netzwerk lokaler sozialer Bewegungen. Sie führte keine Parteitage durch und verfasste keine Stellungnahmen zur Landespolitik. Gleichzeitig gelangten ihre Ver-

147 Sinn Féin (2003a): Response to the draft EU Constitution. Sinn Féin document outlining the party's position on the Draft European Union Constitution, S. 2; <http://www.sinnfein.ie/euteam/document/152>: „Wir sind gegen die Entwicklung der Europäischen Union in einen Staat, daher lehnen wir das Argument, die EU bräuchte eine Verfassung, ab“.

148 Sinn Féin (2005a): Ireland and the EU Constitution; <http://www.sinnfein.ie/euteam/document/198>.

bände vor Ort in die kommunalen Parlamente und begründeten den Ruf der SP als einer kompromisslosen Verfechterin der Interessen der einfachen Leute. Zwischen 1987 und 1991 verwandelte sich diese Föderation in eine nationale Partei und zog 1994 ins niederländische Parlament ein.¹⁴⁹ Programmatische Grundlage ist seit 1999 das Manifest „Die ganze Menschlichkeit“. In diesem wird Sozialismus als ein Wertebegriff definiert, der für „menschliche Würde, Gleichheit und Solidarität“ steht. In ihrer Politik setzt sich die Partei hauptsächlich mit den sozialen Herausforderungen im unmittelbaren Lebensumfeld der Menschen, mit Sozialpolitik, Gesundheitswesen, Renten und Umweltschutz auseinander.¹⁵⁰

Der europapolitische Diskurs der SP ist sehr von den Aussagen ihres Parteiführers Jan Marijnissen geprägt, der in seinem Buch *Enough!* die Europäische Union als eine Verursacherin neoliberaler Globalisierung darstellt und die Verteidigung der nationalen Souveränität fordert. Für Marijnissen ist die Entstehung der EU ein Ergebnis des Drucks multinationalen Gesellschaften. Die Wirtschafts- und Währungsunion sei den Völkern gegen ihren Willen, wie eine Zwangsjacke übergestülpt worden. Ein europäisches Volk oder eine gemeinsame Kultur gebe es nicht. Daher könne das bestehende Demokratiedefizit auch nicht durch eine Reform des Europäischen Parlaments aufgehoben werden. Wirtschaftlich verschwende die EU das Geld ihrer Mitgliedstaaten. Die Niederlande stünden in den Produktivitätsstatistiken im globalen Wettbewerb alleine besser da.¹⁵¹ Derzeit erscheinen die Europakonzeptionen der SP als widersprüchlich. Einerseits spricht sie von der Unterwanderung der Demokratie der Nationalstaaten durch die europäische Integration,¹⁵² fordert keine weitere Übertragung nationaler Kompetenzen an Brüssel und keinen „kurzsichtigen Import ausländischer Arbeitskräfte“.¹⁵³ Andererseits nimmt sie die Europäische Union zunehmend als politischen Raum wahr, stellt Forderungen nach einer Eindämmung internationaler Finanzspekulation durch europäische Institutionen, verteidigt das Asylrecht und die Legalisierung illegaler Flüchtlinge.¹⁵⁴

149 SP (o.J.): Brief history of the SP; <http://international.sp.nl/history.stm> (abgerufen am 23.12.2005). Die „Sozialistische Partei“ erreichte bei den Wahlen zum niederländischen Parlament 2003 mit 609.723 Stimmen 6,3 Prozent Wähleranteil, bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 mit 332.326 Stimmen 7,0 Prozent Wähleranteil und zwei Sitze; Wahlkommission: <http://www.kiesraad.nl/uk>.

150 SP (1999): *The Whole of Humanity. Core Vision, Tasks and Goals of the Socialist Party*, S. 4; <http://international.sp.nl/goals/charter.stm>.

151 Marijnissen, Jan (1998): *Enough! A socialist bites back*, Amsterdam; Marijnissen, Jan (2004): Facts don't support the idea that the EU is lagging behind the US, in: *De Volkskrant*, 05.07.2004; <http://www.spectrezone.org/europa/MarijnissenEU.htm> (abgerufen am 23.10.2005).

152 SP (1999), S. 3.

153 SP (2002): *Congress on november 23rd 2002. Take the first turn left: vote for social rebuilding, Election programme 2003–2007*, S. 6; <http://international.sp.nl/goals/firstturnleft.stm>.

154 SP (2003): *Eerste weg links. Stem voor sociale wederopbouw, Stem SP, Actieprogramma SP 2003–*

Das Wahlprogramm der SP für die Europawahlen 2004 beschränkte sich in seinen Aussagen zum Vertrag über eine EU-Verfassung auf die Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung am Verfassungsprozess.¹⁵⁵ Erst als sich herauskristallisierte, dass in den Niederlanden ein Referendum stattfindet, begannen sich die Sozialisten vehement für die Ablehnung des Verfassungstextes einzusetzen.¹⁵⁶ Marijnissen argumentierte, der Vertrag sei „der erste wichtige Schritt auf dem Weg zu einem föderalen Europa, in welchem selbstverständlich die großen Länder dominieren werden“. Stück für Stück würden die nationalen Rechte der Niederlande an die Brüsseler Eurokraten abgetreten. Das Land würde zu einer ohnmächtigen Provinz.¹⁵⁷ Der SP-Abgeordnete Harry van Bommel betonte in mehreren Interviews, die nationalen Verfassungen und die Europäische Menschenrechtskonvention seien ausreichend zum Schutz der individuellen Grundrechte. Hinter der Europäischen Verfassung verstecke sich in Wirklichkeit ein politisches Programm. Insbesondere kritisierte er die Militarisierung, die Institutionalisierung des Neoliberalismus und die Stärkung der Macht der großen Staaten. Beispielsweise träfe die Aussicht, auf einen europäischen Kommissar verzichten zu müssen, nur die kleinen Mitgliedstaaten.¹⁵⁸

3.1.10 Die „Linkspartei“ aus Schweden

Im Jahre 1967 wandelte sich „Schwedens Kommunistische Partei“ zur „Linkspartei Kommunisten“. Mit der neuen Bezeichnung ging eine Distanzierung gegenüber der Sowjetunion einher, welche im Rahmen größerer Auseinandersetzungen von der Parteiführung durchgesetzt wurde. Ein erneuter Namenswechsel führte 1990 zur Bezeichnung *Vänsterpartiet* (V).¹⁵⁹ Programmatisch sieht sich die „Linkspartei“ als

2007, Rotterdam, S. 69.

- 155 SP (2004): Programme for the European Parliamentary elections of 2004. A summary in thirty concrete points, S. 1; <http://international.sp.nl/goals/programme/europe/>; „The possible future introduction of a European constitution should be the culmination of a process of grass roots co-operation and must be ratified by referenda held in all the countries involved.“
- 156 SP (2004a): News. SP prepares to campaign for a „No“ to proposed EU Constitution, 20.06.2004; <http://international.sp.nl/news/> (abgerufen am 23.12.2005).
- 157 Marijnissen, Jan (2004a): European Constitution? No Thanks!, in: *NRC Handelsblad*, 18.04.2004; <http://www.spectrezone.org> (abgerufen am 23.12.2005).
- 158 Van Bommel, Harry (2004): Interview, in: *Newropeans Magazine*, 15.11.2004; <http://www.newropeans-magazine.org> (abgerufen am 23.12.2005); Van Bommel, Harry (2005): Interview, in: *Morning Star*, 30.11.2004; <http://www.poptel.org.uk/morning-star/> (abgerufen am 23.12.2005).
- 159 Arter, David (2002): „Communists we are no longer, Social Democrats we can never be“: The Evolution of the Leftist Parties in Finland and Sweden, in: *Journal of Communist Studies and Transition Politics* 18/2002, S. 1–28; Felfe, Edeltraut (2003): Zur Situation linker Parteien in Schweden, in: *PDS-International 1* (Informationsschrift für Friedens- und Internationale Politik), S. 68–76. Die „Linkspartei“ erreichte bei den Wahlen zum schwedischen Reichstag 2002 mit 444.854 Stimmen 8,3 Prozent Wähleranteil, bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 mit 321.344 Stimmen 12,8 Pro-

„sozialistische und feministische Partei“, für die Klassenstruktur und Patriarchat zwei unterschiedliche, aber gleichermaßen zu bekämpfende Herrschaftsmuster darstellen. Zugleich misst sie ökologischen Fragen ein starkes Gewicht bei.¹⁶⁰

Zur Regulierung der Globalisierung der Ökonomie fordert die „Linkspartei“ in ihrem Programm von 2004 „globale Kooperation“ statt „supranationaler Bürokratie“. Die bestehenden Formen internationaler Kooperation, bilateraler und multilateraler Abkommen zwischen Staaten, gelte es auszubauen. Die Europäische Union sei dagegen als supranationale Form der Entscheidungsfindung eine „Union des Kapitalismus“. Die Souveränität der national gewählten Parlamente würde übergangen. Der einzige Zweck der „neoliberalen“ Europäischen Verträge sei die Durchsetzung des freien Kapitalverkehrs. Die EU sei dabei, sich in einen Föderalstaat mit Währungsunion und militärischen Ambitionen zu verwandeln. Die „Linkspartei“ hält eine „Demokratisierung“ für „illusorisch“ und ist für den Austritt Schwedens aus der Union.¹⁶¹ Diese Aussage widerspricht dem Programm von 2002, in welchem die Partei gefordert hatte, dass eine schwedische Linksregierung die unterschiedlichen Haltungen zur EU im Land respektieren, Vollmachten an die Mitgliedstaaten rückübertragen und die Demokratie in der EU stärken müsse.¹⁶² In ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der europäischen Integration weiß sich die „Linkspartei“ mit großen Teilen der schwedischen Bevölkerung einig.¹⁶³ Beim Referendum über die EU-Mitgliedschaft Schwedens 1994 erreichte sie unter allen Parteien die größte Übereinstimmung mit ihren Wählern, von denen nur zehn Prozent für den Beitritt stimmten.¹⁶⁴ Ihre Mitarbeit im Europäischen Parlament begründet die „Linkspartei“ aus dem Selbstverständnis heraus, „die Entwicklung zum Föderalismus“ aufhalten und „die Macht der Mitgliedstaaten wiederherstellen“ zu wollen.¹⁶⁵

zent Wähleranteil und zwei Sitze; Statistisches Amt Schweden: <http://www.val.se>.

160 V (2004): Programme. Adopted by the 35th Congress, 19.–22.02.2004, S. 2–5; <http://www.vansterpartiet.se>.

161 V (2004): S. 12f., 24 und 28.

162 V (2002): Das Wahlprogramm der Linkspartei, in: *PDS-International 2/3* (Informationsschrift für Friedens- und Internationale Politik), S. 98–105.

163 Arter (2002), S. 10.

164 Johansson, Karl Magnus/Raunio, Tapio (2001): Partisan responses to Europe: Comparing Finnish and Swedish political parties, in: *European Journal of Political Research* 39, S. 236; vgl. Sjöberg, Stefan (2005): Die Schwedische Linkspartei. Wirtschaftsdemokratische Positionen, in: Michael Brie / Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): Für ein anderes Europa. Linke Parteien im Aufbruch, Berlin, S. 157. Dieser verweist auf die zeitgleiche Verknüpfung von sozialen Verschlechterungen und europäischer Integration als „wichtige Erklärung für die negative Meinung zu EU und EWU in Schweden“.

165 Sjöstedt, Jonas/Svensson, Eva-Britt (2004): Our Politics. Introduction; <http://www.vguengl.org> (abgerufen am 30.11.2005).

Die Ablehnung der EU-Verfassung bezeichnet der Europaabgeordnete Jonas Sjöstedt als wichtigsten Grund, sich 2004 wieder der Fraktion GUE/NGL angeschlossen zu haben.¹⁶⁶ Er kritisiert den Verfassungsvertrag als Ausdruck von „politischer Zentralisierung, ökonomischer Liberalisierung, Sparpolitik und Militarisierung“. Der Text verdeutliche, dass die Union im Rahmen der Ideologie des freien Marktes und des Kapitalismus gegründet wurde. Die Verfassung schreibe das Ziel einer kontinuierlichen ökonomischen Liberalisierung fest und verhindere mögliche Kursänderungen. Die Militarisierung der Europäischen Union würde durch eine Beistandsklausel, die Verpflichtung zur Erhöhung der militärischen Kapazitäten und die Abhängigkeit von der NATO durchgesetzt. Dieses Vorgehen verletze das Neutralitätsprinzip einzelner Mitgliedstaaten. Zukünftige militärische Interventionen der EU würden die Strukturen der Vereinten Nationen schwächen. Sjöstedt drückt sein Unverständnis gegenüber den „Föderalisten auf der Linken“ aus, die sich von der Verfassung eine Stärkung der europäischen Institutionen erwarten. Keine dieser Institutionen sei demokratischer als die nationalen Parlamente. Mithilfe des Verfassungsvertrages könnten die Regierungen im Europäischen Rat diese künftig noch einfacher übergehen. Das Europäische Parlament, an dessen Wahl sich weniger als die Hälfte der Bevölkerung und noch weniger Arbeiter beteiligen, nutze die Stärkung seines Einflusses um rechte Politik durchzusetzen.¹⁶⁷ Den Ausgang der Referenden in Frankreich und den Niederlanden werten Sjöstedt und die Europaabgeordnete Eva-Britt Svensson als Sieg über „die politische und ökonomische Elite“ in Europa. Der Verfassungsentwurf schaffe kein Fundament für eine friedliche und demokratische Kooperation; der Ratifizierungsprozess müsse abgebrochen werden.¹⁶⁸

3.1.11 Die „Kommunistische Partei Portugals“

Gegründet 1921, spielte die *Partido Comunista Português* (PCP) eine wichtige Rolle im Widerstand gegen die Diktatur Salazars in Portugal. Nach der Revolution 1974 nahmen die Kommunisten kurze Zeit an der Regierung teil, isolierten sich jedoch durch ihre auf Machtübernahme ausgerichtete Politik und verloren an Einfluss. 1989 gründete

166 Sjöstedt, Jonas (2004): Interview, in: *Neues Deutschland*, 27.08.2004.

167 Sjöstedt, Jonas (2004a): Political centralisation, economic liberalisation, austerity policy and militarization – not much left for the left in EU's constitution, 18.09.2004; <http://www.spectrezone.org/europe/Jonas.htm> (abgerufen am 30.11.2005).

168 Sjöstedt, Jonas / Svensson, Eva-Britt (2005): The Left said no, 02.06.2005; Svensson, Eva-Britt (2005): Declare the Constitution dead! 16.06.2005; <http://www.vguengl.org> (abgerufen am 30.11.2005).

die PCP die „Vereinigte Demokratische Koalition“, ein Wahlbündnis ohne institutionalisierte Strukturen, dem sich die „Grüne Partei“ und unabhängige Linke anschlossen. Auf diese Weise gelang es der Kommunistischen Partei, ihren Einfluss zu stabilisieren. Gleichzeitig wehrte die Parteiführung alle Modernisierungsversuche ab und drängte die reformkommunistischen Kräfte aus der Partei.¹⁶⁹ Die PCP sieht sich selbst als „Vorhut der Arbeiterklasse“ auf der Basis des „Marxismus-Leninismus“. Ein wichtiger Bezugspunkt ist die Verteidigung der April-Revolution von 1974. Mittels der Weiterführung der „nationalen und demokratischen Ziele“ dieser Revolution soll das gesellschaftliche System in eine „fortgeschrittene Demokratie“ verwandelt werden. Dabei bleiben „Sozialismus und Kommunismus“ die langfristig anzustrebenden Perspektiven Portugals.¹⁷⁰

Die Kommunistische Partei sah die Errungenschaften der April-Revolution durch den Beitritt Portugals zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bedroht. Unter Preisgabe nationaler Souveränität würden die „Konterrevolutionäre“ das Land an den weltweiten Kapitalismus fesseln. Dabei wachse „die ausländische Herrschaft über Portugals Wirtschaft und die Unterwerfung portugiesischer Interessen unter ausländische Interessen – innerhalb des Rahmens der Restauration der Monopole und der Europäischen Integration“. Die Globalisierung bezeichnen die portugiesischen Kommunisten als „Internationalisierung der Produktionsprozesse“ und „internationale Arbeitsteilung“, denen es durch den Aufbau der eigenen natürlichen und menschlichen Ressourcen des Landes und die Entwicklung einer modernen Industrie zu begegnen gelte.¹⁷¹ Dennoch akzeptiert die Partei die Mitgliedschaft des Landes in einer Europäischen Union souveräner Nationalstaaten.¹⁷²

Das Zentralkomitee der „Kommunistischen Partei Portugals“ erklärte am 27. Juni 2003, den neuen europäischen Vertrag nicht als Verfassung anzusehen. Da die Bevölkerungen nicht einbezogen worden

169 Magone, José M. (1999): Portugal: Party System Installation and Consolidation, in: Broughton, David/Donovan, Mark (Hrsg.): *Changing Party Systems in Western Europe*, London/New York, S. 232–254. Patrício, Maria Teresa/Stoleroff, Alan David (1994): *The Portuguese Communist Party: Perestroika and its Aftermath*, in: Martin J. Bull/Paul Heywood (Hrsg.): *West European Communist Parties after the Revolutions of 1989*, Haoundmills/Basingstoke/London, S. 90–118. Die „Vereinigte Demokratische Koalition“ erreichte bei den Wahlen zum portugiesischen Parlament 2005 mit 433.369 Stimmen 7,54 Prozent Wähleranteil, bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 mit 309.401 Stimmen 9,09 Prozent Wähleranteil und zwei Sitze; Nationale Wahlkommission: <http://eleicoes.cne.pt>.

170 PCP (o.J.): *Party Programme*, S. 27; PCP (o.J.a): *Constitution*, S. 1; <http://www.pcp.pt> (abgerufen am 09.12.2005).

171 PCP (o.J.), S. 1 und 6f.

172 PCP (2004): *17th Congress: Theses, With the PCP – Democracy and Socialism. A Portugal with a future*, Almada, 26.–28.11.2004, S. 17; <http://www.pcp.pt>.

wären, handele es sich um einen Vertrag in Kontinuität zu Maastricht, Amsterdam und Nizza, nicht um eine Verfassung.¹⁷³ Am 20. Oktober 2003 bekräftigte das Zentralkomitee diese Einschätzung und kritisierte die portugiesische Regierung, zu viele Zugeständnisse im Bereich der Strukturfonds und der Stimmengewichtung gemacht zu haben. In einem Referendum müssten die Portugiesen die Möglichkeit haben, sich dem neuen Vertrag zu verweigern.¹⁷⁴

Der 17. Kongress der Partei sah den Verfassungsvertrag als einen Schritt in Richtung Neoliberalismus, Föderalismus und Militarisierung der Europäischen Union. Dieser Prozess sei der politische Ausdruck der Expansion des europäischen Kapitals. Die großen europäischen Mächte strebten ein von ihnen geführtes, föderales Europa und eine supranationale Staatenbildung an. Beim Aufbau dieses politischen und militärischen Blocks stünde nicht die Konkurrenz zu den Vereinigten Staaten, sondern ein Bündnis mit ihnen und Japan zur Ausbeutung der Arbeiter und der Völker im Vordergrund. Demgegenüber müssten die Kommunisten die Vorzüge der 1976 unter dem Eindruck der Revolution angenommenen Verfassung Portugals verteidigen.¹⁷⁵ Nach den Referenden in Frankreich und Holland forderten der PCP-Vorsitzende Jerónimo de Sousa und der Euro-paabgeordnete Pedro Guerreiro, den Verfassungsvertrag „endgültig zu Grabe zu tragen“ und das Referendum in Portugal abzusagen. Die PCP lehne jede „Europäische Verfassung“ ab, da eine solche unter den herrschenden Kräfteverhältnissen und föderalistischen Dynamiken nur einen neoliberalen Angriff auf die Souveränität der Staaten und der Völker darstellen könne.¹⁷⁶

3.1.12 „Synaspismos“ aus Griechenland

Die „Koalition der Linken und des Fortschritts“ (SYN) wurde 1989 als Wahlbündnis auf Initiative der „KKE-Ausland“, der „KKE-Inland“ und weiterer linker Kräfte gebildet. Nach dem Rückzug der „KKE-Ausland“ gründete sich SYN im Juni 1992 als Partei und erhob den Anspruch, als

173 PCP (2003): Comunicado do Comité Central, 27.06.2003; <http://www.pcp.pt> (abgerufen am 09.12.2005).

174 PCP (2003): Extracts of the Communiqué PCP's Central Committee, 20.10.2003; <http://www.pcp.pt> (abgerufen am 09.12.2005).

175 PCP (2004), S. 12–18.

176 Guerreiro, Pedro (2005): Rede in der Plenardebatte des Europäischen Parlaments zur Vorbereitung des Europäischen Rates einschließlich Zukunft der Europäischen Union nach den Referenden über die Verfassung (Brüssel, 16./17. Juni 2005), Straßburg, 08.06.2005; De Sousa, Jerónimo (2005): Press release on the victory of „No“ in the French referendum, 29.05.2005; PCP (2005): Secretariat: The PCP and the Dutch „No“, 01.06.2005; <http://www.pcp.pt> (abgerufen am 09.12.2005).

„neue, moderne und demokratische Linke“ das „Streben der Arbeiterklasse nach sozialer Gerechtigkeit mit den Werten von Ökologie und Feminismus“ zu verbinden.¹⁷⁷ Damit führt sie die Tradition der ehemaligen „KKE-Inland“ fort, die seit 1968 als „eurokommunistische“ Abspaltung der Kommunistischen Partei bestand. SYN „identifiziert sich mit den Ideen des Demokratischen Sozialismus“, sieht sich als antimilitaristisch und pluralistisch und „betrachtet die Verteidigung der Menschenrechte als nicht verhandelbar“.¹⁷⁸ Um den hohen Stellenwert auszudrücken, den die Partei den sozialen und globalisierungskritischen Bewegungen beimisst, benannte sie sich 2003 in „Koalition der Linken, der Bewegungen und der Ökologie“ – abgekürzt *Synaspismos* (SYN) – um.¹⁷⁹

Einen Schwerpunkt der Analyse von *Synaspismos* bildet die Einschätzung der „Internationalisierung der ökonomischen Funktionen“ als „objektive Tendenz im Kapitalismus“. Die gegenwärtige Gesellschaft sei mit einer „neoliberalen kapitalistischen Globalisierung unter US-Hegeemonie“ konfrontiert. Die europäische Integration könne den Rahmen für eine von den USA autonome Entwicklung „sozialer Kohäsion und Solidarität“ bieten.¹⁸⁰ Damit knüpft SYN an die europapolitische Linie der „KKE-Inland“ an, die sich auf ihrem ersten Parteitag 1976 für die EG-Mitgliedschaft Griechenlands ausgesprochen hatte, da diese die Unabhängigkeit des Landes gegenüber den USA schützen und die Möglichkeit eines europäischen Weges zum Sozialismus eröffnen würde.¹⁸¹ In den neunziger Jahren verschärfte sich die Kritik von *Synaspismos* an der Entwicklung der europäischen Integration. Der Vorsitzende Nicos Constantopoulos bemerkte zum Vertrag von Amsterdam 1998, seine Partei setze sich für „ein vereintes Europa mit einer föderalen Perspektive, unter den Bedingungen sozialer Konvergenz, sozialer Kohäsion, ökologischen Gleichgewichts und substanzieller demokratischer Kontrolle“ ein. Dafür gelte es, die demokratischen und sozialen Defizite der Europäischen Verträge durch eine Anhebung des Europäischen Haushalts, institutionelle Reformen, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Beschäftigungsmaßnahmen und eine ökonomische Regie-

177 SYN (o.J.): International Relations; <http://www.syn.gr> (abgerufen am 10.10.2005).

178 SYN (o.J.a): What is Synaspismos? <http://www.syn.gr> (abgerufen am 10.10.2005).

179 SYN (2003): Programmatic Congress, in: *Synaspismos* (Hrsg): International Bulletin 30, Mai–Juni 2003, S. 1–2; vgl. Candeias, Mario (2002): Links ist nicht genug, in: *Utopie kreativ* 139, S. 462–465. SYN erreichte bei den Wahlen zum griechischen Parlament 2004 mit 241.539 Stimmen 3,26 Prozent Wähleranteil, bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 mit 254.429 Stimmen 4,2 Prozent Wähleranteil und einen Sitz; Ministerium des Innern: <http://www.ypes.gr>.

180 SYN (2003), S. 2.

181 KKE esoterikou (1976): Programma tou KKE esoterikou, Athen, S. 129–132, zit. nach: Heinz Richter (1980): Griechenlands Kommunisten und die Europäische Gemeinschaft (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 17), Köln, S. 33–37.

rung als Gegengewicht zur Europäischen Zentralbank aufzuheben.¹⁸² Während der Vertrag von Maastricht trotz aller Mängel ein Schritt zu mehr Europa gewesen sei, bedeute der Vertrag von Amsterdam Stagnation. *Synaspismos* entschied, sich in der Abstimmung zum Vertrag der Stimme zu enthalten.¹⁸³ Auch der Vertrag von Nizza löse weder die institutionellen Probleme und sozialen Herausforderungen noch biete er eine Vision für ein Europa in Frieden, Stabilität und Zusammenarbeit.¹⁸⁴

Synaspismos war die einzige Partei in der Fraktion GUE/NGL, deren Europaabgeordnete am 14. November 2000 geschlossen für die Europäische Grundrechtecharta gestimmt hatten.¹⁸⁵ Auch der Europäische Verfassungsvertrag wurde anfangs eher gutgeheißen. Teile der Partei begriffen die Verfassungsdiskussion als Chance, die Bevölkerung über europäische Politik und Alternativen zu informieren.¹⁸⁶ Erst nach heftigen Flügelkämpfen entschied sich ein Parteitag gegen den Verfassungsentwurf, verwies aber auf die Notwendigkeit der Einbeziehung kritischer Befürworter in die Erarbeitung von Alternativen.¹⁸⁷ Das Mitglied der Parteiführung Soula Panaretou verweist als inhaltliche Kritik auf die Verankerung des Neoliberalismus, das Fehlen sozialer Rechte, die Abwesenheit von Instrumenten positiver Diskriminierung im Sinne des Gender Mainstreaming, die Dominanz der NATO in Sicherheits- und Verteidigungsfragen und das Verhältnis zu religiösen Institutionen. Auch die Grundrechtecharta wurde von ihr als „problematisch und unangemessen“ betrachtet, da sie beispielsweise kein „Recht auf Arbeit“ enthielte.¹⁸⁸ Der Vorsitzende von *Synaspismos*, Alekos Alavanos, sah als wichtigstes Element des Referendums in Frankreich, „dass die Völker und die Bürger sich jetzt aktiv in den Prozess der Europäischen Vereinigung“ einbringen. Das „Nein“ sei ein „Ja“ zu Europa. Erst die Einmischung der europäischen Bevölkerungen mache ein anderes Europa möglich.¹⁸⁹

182 Constantopoulos, Nicos (1997): President of *Synaspismos*. Statement on the decisions of the Amsterdam Intergovernmental Conference, Athen, 18.06.1997.

183 SYN (1998): The Amsterdam Treaty. Extract of Resolution of SYN's Special Congress, Athen, 05.04.1998.

184 SYN (2001): *Synaspismos* and PDS. Joint Statement by the Presidents, Left on a European Scale is more imperative today, Athen, 29.04.2001; SYN (2000): Debate on the Intergovernmental Summit in Nice; <http://www.syn.gr> (abgerufen am 10.10.2005).

185 Europäisches Parlament (2000): Protokoll der Sitzung vom 14. November 2000, PE 297.757, Ergebnis der namentlichen Abstimmungen; <http://www.europarl.eu.int> (abgerufen am 20.10.2005).

186 Dragasakis, Yannis (2005): Three Proposals for the „Stability Pact“. Meeting of the European Left Party, Potsdam, 18./19.03.2005, S. 3; <http://www.syn.gr> (abgerufen am 10.12.2005).

187 Alavanos, Alekos (2005): President of *Synaspismos*. Inauguration of the First Congress of the Party of the European Left, Athen, 29.10.2005; <http://www.syn.gr> (abgerufen am 10.12.2005); vgl. Schrader, Heike (2004): Linksruck bei der Linksallianz, in: *Junge Welt*, 14.12.2004.

188 Panaretou, Soula (2004): Die Europäische Verfassung aus der Perspektive der Geschlechtergleichstellung, 17.07.2004; <http://www.linxxnet.de> (abgerufen am 24.11.2005).

189 Alavanos, Alekos (2005a): President of *Synaspismos*. Statement, The day after the French referendum on the European Constitution, Athen 30.05.2005; <http://www.syn.gr> (abgerufen am 08.09.2005).

3.1.13 Der „Linksblock“ aus Portugal

Im Jahre 1999 einigten sich mehrere Organisationen der radikalen Linken Portugals, eine neue politische Bewegung zu gründen. Als „Repräsentant der Neuen Linken“ wollte der *Bloco de Esquerda* (BE) die Erstarrung der traditionellen sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien aufbrechen. Noch im gleichen Jahr zog der BE ins portugiesische Parlament ein. Hier konnte er die politische Debatte in einer Reihe wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen beeinflussen, sich als Vertreter moderner Grundrechte profilieren und sozialdemokratische und liberale Wähler anziehen. Seine Stärke zieht der „Linksblock“ hauptsächlich aus der Verankerung in den neuen sozialen Bewegungen. Fernziel bleibt der auf demokratischem Weg zu erkämpfende Sozialismus.¹⁹⁰

Die „neoliberale Globalisierung“ steht im Mittelpunkt der programmatischen Überlegungen. Sie unterwandere den Nationalstaat, ohne als Ersatz internationale demokratische Institutionen zu schaffen. Dadurch würden sich die USA ihrer ungehindert bedienen können, um dem Industrie- und Finanzkapitalismus zur Vorherrschaft in der Welt zu verhelfen. Dieser militärischen, politischen und technologischen Überlegenheit stünde kein ebenbürtiger Rivale gegenüber, die Wirtschaft Europas würde zum Opfer. Als „alterglobalistische“ Bewegung kämpfe der „Linksblock“ für ein Europa, das eine von Washington unabhängige und den Herausforderungen der Globalisierung gerecht werdende Weltansicht entwickelt.¹⁹¹

Im September 2003 formulierte die EB-Fraktion im portugiesischen Parlament in einem Brief an den Außenminister des Landes Änderungsvorschläge zu den einzelnen Artikeln des Europäischen Verfassungsvertrags. Deren Berücksichtigung hätte den Entwurf als einfachen Vertrag zur Regelung institutioneller Fragen für den „Linksblock“ annehmbar gemacht.¹⁹² Eine Verfassung müsse hingegen eine

190 Ettinger, Helmut (2005): Information über den IV. Kongress des Linksblocks (BE-Portugal), Lissabon 07./08.05.2005, in: *PDS-International 2* (Informationsschrift für Friedens- und Internationale Politik), S. 2–4; BE (2005): IV. Kongress, Leitantrag. Der Linksblock als sozialistische Alternative, Lissabon, 07./08.05.2005, in: *PDS-International 2* (Informationsschrift für Friedens- und Internationale Politik), S. 4–11. Der „Linksblock“ erreichte bei den Wahlen zum portugiesischen Parlament 2005 mit 364.971 Stimmen 6,35 Prozent Wähleranteil, bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 mit 167.313 Stimmen 4,91 Prozent Wähleranteil und einen Sitz; Nationale Wahlkommission: <http://eleicoes.cne.pt>.

191 BE (2005), S. 8–10.

192 BE (2003): Grupo Parlamentar. Proposta ao Governo da República Portuguesa, na sequência de solicitação do Ministro dos Negócios Estrangeiros aos Grupos Parlamentares, tendo em vista o início da Conferência Intergovernamental para revisão dos Tratados, 25.09.2003; <http://www.be-global.org> (abgerufen am 22.11.2005).

über die Kontinuität der bisherigen Politik hinausgehende Vision für ein europäisches Projekt enthalten. Der Kampf um Europa und die Errichtung einer alternativen, auf grundlegenden sozialen Rechten beruhenden Gesellschaft seien nicht zu trennen. Zudem besitze der vorliegende Entwurf drei wesentliche Mängel. Erstens reduziere und unterschätze er die in den nationalen Verfassungen enthaltenen Rechte. Zweitens verblieben die Festlegungen im Bereich der Militärausgaben und des Atlantischen Bündnisses, aber auch in Währungs- und Haushaltsfragen im Rahmen der geltenden Regeln, also ohne Verbesserungen. Drittens wären weiterhin die Gesetzesinitiative bei der Kommission und die Gesetzgebung beim Europäischen Rat angesiedelt; zudem bevorzuge der Abstimmungsmodus die großen Mitgliedstaaten, da ohne oder gegen sie nichts entschieden werden könne. Ein Vertrag, der trotz seiner konstituierenden Wirkung das Demokratiedefizit in der Europäischen Union in Kauf nehme, müsse vom „Linksblock“ abgelehnt werden. Zu den Mindestanforderungen an einen Verfassungsvorschlag gehörten die Stärkung des parlamentarischen Rahmens, die Schaffung sozialer Sicherungssysteme und die Einführung einer europäischen Staatsbürgerschaft.¹⁹³ Nach der Ablehnung des Verfassungsvertrags in Frankreich und den Niederlanden forderte der Europaabgeordnete Miguel Portas den Europäischen Rat auf, sich mit den sozialen Gründen für die Ergebnisse der Referenden zu beschäftigen. Die öffentliche Meinung wolle nicht ein Weniger, sondern ein Mehr an Europa. Über einen neuen verfassungsgebenden Prozess müsse die Union mehr eigene Mittel erhalten, Solidarität durchsetzen und Arbeitslosigkeit bekämpfen.¹⁹⁴

3.1.14 Die „Linksallianz“ aus Finnland

Die „Demokratische Bewegung des Finnischen Volkes“, der die Kommunistische Partei angehörte, war über Jahrzehnte eine der wichtigsten politischen Kräfte des Landes. Durch ihr Programm von 1969, in dem sie einen „finnischen Weg zum Sozialismus“ vorschlug, begab sie sich auf Distanz zu Moskau. Nach einer Schwächung infolge interner Konflikte wurde sie 1990 durch die *Vasemmistoliitto* (VAS) ersetzt. Deren Selbstverständnis „zielt nicht in Richtung des Aufbaus des Sozialismus (...), sondern gründet sich vielmehr auf die Verteidigung des Wohl-

193 BE (2005): S. 10–11.

194 Portas, Miguel (2005): Rede in der Plenardebatte des Europäischen Parlaments zum Europäischen Rat / Luxemburgischer Vorsitz, Brüssel, 22.06.2005.

stands der Bevölkerung“.¹⁹⁵ Dabei versucht sie gleichzeitig, ihre traditionellen Beziehungen zu den Gewerkschaften zu bewahren und ein „grünes“ Profil zu entwickeln.¹⁹⁶

Die „Linksallianz“ spricht sich für „internationale Kooperation und die Einrichtung von Normen und die Initiierung einer supranationalen demokratischen Entwicklung als Gegengewicht zum globalen Markt“ aus.¹⁹⁷ Dennoch ist sie in Fragen der europäischen Integration tief gespalten. VAS gab anlässlich des finnischen Referendums zum EU-Beitritt 1994 keine Empfehlung ab. Damals stimmten nur 24 Prozent ihrer Wähler für die Mitgliedschaft des Landes in der Europäischen Union,¹⁹⁸ während im finnischen Parlament zwölf VAS-Abgeordnete für und sieben gegen den Beitritt stimmten.¹⁹⁹ Noch deutlicher wurde die Zerrissenheit der „Linksallianz“ anlässlich des Referendums über eine Mitgliedschaft Finnlands in der Europäischen Währungsunion. Während sie sich in ihrem europapolitischen Manifest von April 1996 gegen eine solche ausgesprochen hatte, ergab eine von November bis Dezember 1997 durchgeführte, parteiinterne Mitgliederabstimmung eine Befürwortung von 52,4 Prozent.²⁰⁰

Während sich die Parteiführung der VAS bedeckt hält,²⁰¹ ist ihr einziger Europaabgeordneter Esko Seppänen ein erklärter Gegner des Verfassungsvertrags. Dank seiner Popularität und der Besonderheiten des finnischen Wahlsystems konnte er sich innerparteilich und zum

195 Seppänen, Esko (2003a): Vorgestellt: Vasemmistoliitto. Die Linksallianz Finnlands, in: *Europarot* 13 (Infoblatt der Delegation der PDS in der Fraktion GUE/NGL im Europaparlament), S. 7; vgl. Hodgson, John H. (1979): Die Linke in der finnischen Politik, in: Hans Rühle/Hans-Joachim Veen (Hrsg.): Sozialistische und kommunistische Parteien in Westeuropa, Bd. 2: Nordländer, Opladen, S. 293–336; Jacobs, Francis (1989): Finland, in: ders. (Hrsg.): *Western European Political Parties. A Comprehensive Guide*, Suffolk, S. 530–533. Die „Linksallianz“ erreichte bei den Wahlen zum finnischen Parlament 2003 mit 277.152 Stimmen 9,9 Prozent Wähleranteil, bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 mit 151.291 Stimmen 9,1 Prozent Wähleranteil und einen Sitz; Statistisches Amt: <http://www.stat.fi/tk/he/vaalit>.

196 VAS (o. J.): Party Program, S. 14 f. und 29; <http://www.vasemmistoliitto.fi> (abgerufen am 01.12.2005).

197 VAS (o. J.), S. 29.

198 Johansson/Raunio (2001), S. 238.

199 Arter (2002), S. 8.

200 Johansson/Raunio (2001), S. 238: *„The wording of the question aroused much controversy, as the party executive committee linked the issue to whether the party should continue in the government. The turnout was 67.1 percent, with 9,253 out of 13,790 enfranchised party members casting votes. 52.4 percent were in favour, 41.5 percent against, and 5.9 percent left the decision to the party leadership.“*; vgl. Suomela, Kalevi (2005): Der Linksbund Finnlands und die Europäische Union. Ein zwiespältiges Verhältnis, in: Michael Brie/Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): Für ein anderes Europa. Linke Parteien im Aufbruch, Berlin, S. 253 f.

201 Im Mittelpunkt der innerparteilichen Auseinandersetzungen stehen Debatten um den NATO-Beitritt Finnlands und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Um keine neuen Konfliktfelder zu provozieren, überlässt die Parteiführung dem Europaabgeordneten Esko Seppänen das Feld des Europäischen Verfassungsvertrags; vgl. Lindén, Jarmo (2005): Die radikale Linke an der Regierung: Die finnischen Erfahrungen. Rede des Vorsitzenden der Programmkommission der VAS, 01.04.2005, in: *PDS-International 1* (Informationsschrift für Friedens- und Internationale Politik), S. 58.

Verdross der Parteiführung als Kandidat bei den Wahlen zum Europäischen Parlament durchsetzen.²⁰² Seppänen kritisierte als Stellvertreter im Europäischen Konvent, die Föderalisten wollten einen europäischen Bundesstaat gründen und verliehen dazu der EU eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die qualifizierten Mehrheitsentscheidungen würden ausgedehnt und die drei größten Mitgliedstaaten erhielten ein gemeinsames Vetorecht. Selbst der Stärkung des Einflusses des Europäischen Parlaments konnte Seppänen nichts abgewinnen. Dieses würde in die Lage versetzt, den gemeinsamen Willen aller Mitgliedstaaten in zunehmendem Maße zu blockieren. Aus einer ähnlichen Überlegung heraus begrüßte er die Einführung des Amtes eines Ratspräsidenten. Dieses verhindere, dass alle Macht in der Hand der supranationalen Kommission konzentriert würde.

Ein weiterer von Seppänen kritizierter Punkt ist die „Militarisierung“ der Europäischen Union. Erstens ermögliche die strukturierte Zusammenarbeit den Aufbau militärischer Strukturen zwischen einzelnen Staaten. Diese könnten im Namen der EU unter dem Vorwand humanitärer Interventionen zur Durchführung von Invasionen eingesetzt werden. Zweitens würde die Europäische Union durch die Einführung einer Beistandsklausel zur militärischen Allianz. Drittens wären die Mitgliedstaaten, die sich an der Europäischen Verteidigungspolitik beteiligen wollten, zu Vereinbarungen mit der NATO und zur Aufgabe ihrer außenpolitischen Neutralität gezwungen.²⁰³ Im Europäischen Parlament forderte Seppänen ein Referendum zur Verfassung in jedem Mitgliedstaat. Gleichzeitig betonte er, dass er den vorliegenden Verfassungsvertrag, sollten keine Veränderungen mehr vorgenommen werden, ablehne. Demnach konnte er sich eine Zustimmung zu einem anderen Entwurf vorstellen.²⁰⁴ Nach dem Scheitern der Referenden in Frankreich und den Niederlanden rief die „Linksallianz“ dazu auf, die Europäische Union „in eine Kraft, die die dunklen Seiten der Globalisierung bezwingt“ zu verwandeln. Dazu sollten drei unstrittige Aspekte der Verfassung unmittelbar umgesetzt werden: die Herstellung von Öffentlichkeit auf den Ratssitzungen, die Stärkung des Einflusses der nationalen Parlamente und die Rechtsverbindlichkeit der Charta der Grundrechte.²⁰⁵

202 Suomela (2005), S. 258 f., macht Seppänen für das Zögern der Linkspartei in der „Entwicklung hin zu einer positiven Haltung gegenüber der EU“ verantwortlich. Johansson/Raunio (2001), S. 238, kommen zu einer ähnlichen Einschätzung.

203 Seppänen (2003); Seppänen, Esko (2004): Rede in der Plenardebatte des Europäischen Parlaments zum Programm des irischen Vorsitzes und zur Europäischen Verfassung, Brüssel, 28.01.2004.

204 Seppänen, Esko (2003b): Rede in der Plenardebatte des Europäischen Parlaments zur Europäischen Verfassung und Regierungskonferenz, Straßburg, 24.09.2003.

205 VAS (2005): Party Board. Also the Finnish government must bear its responsibility for the acceptability of the EU, 15.06.2005; <http://www.vasemmistoliitto.fi> (abgerufen am 12.12.2005).

3.1.15 Die „Sozialistische Volkspartei“ aus Dänemark

Im Jahre 1959 verließen führende Mitglieder die „Dänische Kommunistische Partei“ aus Protest gegen die Sowjetunion und gründeten die *Socialistisk Folkeparti* (SF), eine Art frühe Vorläuferin des Eurokommunismus. Forderungen nach Abrüstung und die Anti-Atom-Bewegung bestimmten ihre Aktivität in den ersten Jahrzehnten.²⁰⁶ Die SF versucht „Rote und Grüne Perspektiven und eine demokratische Auffassung“ zu verbinden.²⁰⁷ Dabei bleibt sie dem „undogmatischen Marxismus“ und dem „demokratischen Sozialismus“ verhaftet.²⁰⁸

Nach eigenem Bekunden verwandelte sich die SF in den letzten Jahren von einer „Anti-EU in eine Pro-EU Partei“.²⁰⁹ Sie sprach sich 1972 gegen den EU-Beitritt Dänemarks, 1992 gegen den Maastrichter Vertrag, 1998 gegen den Amsterdamer Vertrag und 2000 gegen den Beitritt zur Europäischen Währungsunion aus. Aber bereits 1993 führte ein von ihr ausgearbeiteter Vorschlag zum „nationalen Kompromiss“ und zur Aufgabe des dänischen Widerstands gegen den Vertrag von Maastricht. 1999 strichen die Sozialisten die Forderung nach dem EU-Austritt Dänemarks aus ihrem Programm.²¹⁰ Während Kritiker hinter diesem Kurswechsel demonstrierte „Regierungstauglichkeit“ vermuten,²¹¹ begründet die „Sozialistische Volkspartei“ ihren Schritt mit einem inhaltlichen Perspektivenwechsel. Sie wolle sich mit der EU aus einem „kritischen, sozialistischen, konstruktiven und internationalistischen“ Blickwinkel als „politischem Schlachtfeld“ auseinandersetzen. Um die Welt gerechter zu machen, brauche es internationale Organisationen. Dabei wolle sich die Partei „in die Kämpfe zwischen links und rechts auf der Ebene der EU“ einbringen, um die Zerstörung des täglichen Lebens der einfachen Leute zu verhindern.²¹² Im Euro-

206 SF (o.J.): The history of Socialist People's Party, S. 1; <http://www.sf.dk> (abgerufen am 12.12.2005). Birke, Peter (2005): Geschichte, Programmatik und aktuelle Politik der linkssozialistischen Parteien in Dänemark. *Socialistisk Folkeparti und Enhedsliste*, in: Michael Brie / Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): Für ein anderes Europa. Linke Parteien im Aufbruch, Berlin, S. 208. Die „Sozialistische Volkspartei“ erreichte bei den Wahlen zum dänischen Parlament 2005 mit 201.047 Stimmen 6,0 Prozent Wähleranteil, bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 mit 150.766 Stimmen 7,9 Prozent Wähleranteil und einen Sitz; Statistisches Amt: <http://www.im.dk>.

207 SF (2005): Views and policies of Socialistisk Folkeparti in Denmark, S. 1; <http://www.sf.dk> (abgerufen am 12.12.2005).

208 SF (2003): Principog Perspektivprogram, zit. nach: Birke (2005), S. 228–231.

209 SF (o.J.), S. 4.

210 Kaag, Martin (2002): Vorgestellt: Die Sozialistische Volkspartei Dänemarks, in: *Europarat* 9 (Infoblat der Delegation der PDS in der Fraktion GUE/NGL im Europaparlament, S. 7; Birke (2005), S. 215.

211 Birke, Peter (2005a): Wahlen in Dänemark. Die Great Moving Right-Show geht weiter, in: *Analyse und Kritik* 492; <http://www.akweb.de>.

212 SF (2003a): The Election Manifesto for the European Parliament Elections 2004, 25./26.10.2003, S. 2.

päischen Parlament hat sich die Abgeordnete der SF nach den Wahlen 2004 erstmals nicht der Fraktion GUE/NGL, sondern den Grünen angeschlossen.²¹³

Besonders deutlich wurde die europapolitische Kehrtwende anlässlich des parteiinternen Referendums zum Europäischen Verfassungsvertrag Ende 2004, dem 63,8 Prozent der Mitglieder zustimmten.²¹⁴ Die „Sozialistische Volkspartei“ ist überzeugt, dass dieser Vertrag die Europäische Union „demokratischer“ und „flexibler“ macht. Sie hatte sich bereits während der Konventsarbeiten in den Verfassungsprozess eingebracht. Ihre Vorschläge bezogen sich auf die Stärkung des Einflusses des europäischen und der nationalen Parlamente, die Transparenz der Arbeit von Kommission und Rat, die Klärung der Kompetenzabgrenzungen zwischen Union und Mitgliedstaaten und das Recht Dänemarks, nicht der Europäischen Währungsunion beitreten zu müssen. Besonders wichtig ist der SF der Erhalt der dänischen „opt-outs“, d. h. dem freiwilligen Ausschluss aus bestimmten Integrationsbereichen, die sie auf Teile der wirtschafts- und sicherheitspolitischen Bestimmungen des Verfassungsvertrags anwenden möchte.²¹⁵ Nach den Referenden in Frankreich und den Niederlanden halten die Volkssozialisten an ihrem „Ja“ fest, wollen aber eine europaweite Diskussion über den sozialen Charakter der Europäischen Union. Sie fordern die Einberufung eines Sozialgipfels des Europäischen Rats im Sommer 2006 und die Ausarbeitung eines Sozialpakts der europäischen Staaten.²¹⁶

3.1.16 Die „Einheitsliste/die Rot-Grünen“ und die „Volksbewegung gegen die EU“ aus Dänemark

Die „Einheitsliste/die Rot-Grünen“ (EL) wurde 1989 als Bündnis der „Dänischen Kommunistischen Partei“, der „Linkssozialisten“ und der „Sozialistischen Arbeiterpartei“ gegründet. Sie ist seit 1994 im dänischen Parlament vertreten und sieht sich als parlamentarischen Arm

213 Margrete Auken unternahm diesen Schritt gegen den Willen ihres Parteivorstandes; Lochner (2004), S. 25. Allerdings hatte die SF bereits angekündigt, künftig stärker „with other progressive and green parties“ zusammenarbeiten zu wollen; SF (2004): The Future of Europe, S. 3; <http://www.sf.dk>.

214 Die Wahlbeteiligung an dieser Abstimmung betrug mit 4.919 von 7.464 möglichen Teilnehmern 65,9 Prozent. Davon sprachen sich 63,8 Prozent für und 36,2 Prozent gegen den Verfassungsentwurf aus; SF (2004a): SF anbefaler ja til EU's forfatningstraktat, 21.12.2004; <http://www.sf.dk> (abgerufen am 17.10.2005).

215 SF (2004), S. 16–20; SF (2003b): Executive Committee. Policy paper on the European Convention, Visions for the future of Europe, 05.02.2003, S. 10; <http://www.sf.dk> (abgerufen am 12.11.2005).

216 Auken, Margrete (2005): Frankrig og Hollands nei ma ikke fore til reationalisering af Europa, 02.06.05; <http://www.sf.dk/auken/index.php>; SF (2005a): The future of the European Union. A social Europe – proposal for a new Social Pact, 13.09.2005; <http://www.sf.dk> (abgerufen am 12.11.2005).

der sozialen und globalisierungskritischen Bewegungen. In ihrem Programm nehmen die Begriffe „Klassenkampf“ und „Neoliberalismus“ einen wichtigen Raum ein. Gleichzeitig verteidigt die EL die sozialen Bürgerrechte im Wohlfahrtsstaat und die freie Wahl der Lebensformen und der sexuellen Orientierung. Langfristiges Ziel ist eine sozialistische Gesellschaft.²¹⁷ Aus ihrer Nähe zu den Bewegungen heraus schloss sich die Partei bei den Wahlen zum Europäischen Parlament der *Folkebevaegelsen mod EU* (Volksbewegung gegen die EU) an.²¹⁸ Diese entstand 1989 nicht als linkes, sondern als überparteiliches („*cross-political*“) Bündnis. Der Abgeordnete der „Volksbewegung“ im Europäischen Parlament, Ole Krarup, gehört auch der „Einheitsliste“ an und trat der Fraktion GUE/NGL als assoziiertes Mitglied bei.²¹⁹

Die „Einheitsliste“ stellt die Kritik an der Globalisierung in den Mittelpunkt ihres Programms. Demnach sei es historisch keineswegs neu, dass der Kapitalismus in Krisenzeiten global zu expandieren versuche. Die EU sei gegründet worden, um „Europa dem globalen Liberalisierungsprojekt des Kapitals zu öffnen“. Durch den Aufbau eines militärischen Apparats wolle sich der „europäische Superstaat“ weiter stärken, um auch in Konkurrenz zu den Vereinigten Staaten bestehen zu können. Es sei illusorisch, sich den EU-Staat als Instrument der Regulierung des trans- und multinationalen Kapitalismus vorzustellen. Die EU müsse zurückgedrängt und aufgelöst werden, Dänemark seinen Austritt erklären.²²⁰ Die Europäische Verfassung sei ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einer europäischen Staatenbildung. Sie lege eine „ultraliberale Wirtschaftspolitik“ als Fundament fest, verwandle die Union in eine „autonome militärische Supermacht“, untergrabe Gleichheit und Demokratie durch die Stärkung der Macht der großen Staaten und berufe sich positiv auf die Nuklearenergie.²²¹ Nach den Referenden in Frankreich und den Niederlanden forderte die EL eine Grundsatzdebatte über die Art der internationalen Kooperation in Europa. Dabei schien sie ihre bisherige Haltung auf den Prüfstand

217 EL (2004): Enhedslisten / die Rot-Grünen, 23.11.2004; <http://www.enhedslisten.dk> (abgerufen am 05.12.2005); vgl. Birke (2005): S. 232–234.

218 Die „Einheitsliste“ erreichte bei den Wahlen zum dänischen Parlament 2005 mit 114.123 Stimmen 3,4 Prozent Wähleranteil; die „Volksbewegung“ erreichte bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 mit 97.986 Stimmen 5,2 Prozent Wähleranteil und einen Sitz; Statistisches Amt: <http://www.im.dk>.

219 Folkebevaegelsen (o.J.): Introduction in English; <http://www.folkebevaegelsen.dk> (Abgerufen am 05.12.2005). Vgl. Birke (2005): S. 214.

220 EL (2003): Enhedslisten principprogram: Kapitalisme og socialisme i det 21 arhundrede, vedtaget pa Arsmode 28.2.–2.3.2003, Kopenhagen, zit. nach: Birke (2005): S. 232f.

221 EL (2004a): Political Committee. Say „No“ to the EU Constitution, 10.07.2004; <http://www.enhedslisten.dk> (Abgerufen am 05.12.2005).

stellen zu wollen und sprach sich für mehr internationale Zusammenarbeit in den Bereichen der Menschenrechte, der Umwelt und der Fiskalpolitik aus.²²²

Die „Volksbewegung“ formuliert als ihr wichtigstes Ziel den Austritt Dänemarks aus der Europäischen Union. Die EU solle durch eine Zusammenarbeit auf intergouvernementaler Ebene ersetzt und stattdessen die Kooperation der nordischen Staaten stärker gefördert werden.²²³ Im Verfassungsvertrag sieht der Europaabgeordnete der „Volksbewegung“, Ole Krarup, den Versuch, die europäische Integration nachträglich zu legitimieren. Doch statt Demokratie zu fördern, entziehe der Vertrag dieser jede Grundlage. Die nationalen Parlamente würden entmachtet, die großen Mitgliedstaaten gestärkt und Aufrüstung und Militarisierung durchgesetzt. Nur ein Nein zur Europäischen Verfassung könne die Dänische Verfassung schützen und Dänemark als unabhängigen Staat erhalten.²²⁴

3.1.17 Die „Progressive Partei des Werktätigen Volkes“ aus Zypern

Aus der 1926 gegründeten „Kommunistischen Partei Zyperns“ ging 1941 die *Anorthotikon Komma Ergazomenou Laou* (AKEL) hervor. Sie war eine tragende Kraft im zypriotischen Unabhängigkeitskampf und in den fünfziger Jahren durch die britischen Behörden verboten worden. Nach der Unabhängigkeit Zyperns wehrte sich die Partei gegen Anschlussversuche Griechenlands. Im die Insel entzweierenden „Zypernkonflikt“ tritt sie vermittelnd für eine Wiedervereinigung auf föderaler Basis und eine gemeinsame Nationenbildung der griechischen und türkischen Zyprioten ein.²²⁵ AKEL bezeichnet sich als „höchste Or-

222 EL (2005): National Executive. Statement after the French and Dutch No Votes, 12.06.2005; <http://www.enhedslisten.dk> (abgerufen am 05.12.2005); vgl. Friberg, Bjarke (2005): EU-Gegner in Dänemark. Europäisch und links, in: *SoZ – Sozialistische Zeitung*, 14.07.2005, S. 15.

223 Folkebevaegelsen (2004): Annual Congress in Aarhus. Resolution, Fair referendum, please! 30.10.2004; Folkebevaegelsen (2004a): Annual Congress in Aarhus. Resolution, Political deal does not change anything – cast a clear no vote! 31.10.2004; <http://www.folkebevaegelsen.dk> (abgerufen am 05.12.2005).

224 Krarup, Ole (2004): The leaders of EU have agreed upon the EU-constitution, but do the populations agree with the leaders?, 18.06.2004; <http://www.folkebevaegelsen.dk> (abgerufen am 06.12.2005); Krarup, Ole (2005): Rede in der Plenardebatte des Europäischen Parlaments zur Verfassung für Europa, Straßburg, 11.01.2005.

225 AKEL (2005): Thesis of the Central Committee on the 80th anniversary of CPC-AKEL 1926–2006, Nicosia, S. 2–12; Kyprianou, Andros (2004): Interview, in: *Neues Deutschland*, 24.05.2004. AKEL ist als stärkste Partei Zyperns mit vier Ministern an der Regierung beteiligt und erreichte bei den Wahlen zum zypriotischen Parlament 2001 mit 142.648 Stimmen 34,71 Prozent Wähleranteil, bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 mit 93.212 Stimmen 27,89 Prozent Wähleranteil und zwei Sitze; Regierung der Republik Zypern: <http://www.cyprus.gov.cy>.

ganisationsform der Arbeiterklasse“ und möchte, „geführt durch den Marxismus-Leninismus“, einen „demokratischen und humanen Sozialismus“ auf Zypern errichten. Dafür sieht sie „das freie Funktionieren der Parteien“ als Voraussetzung an.²²⁶ Für die Politikwissenschaftlerin Anna Focà stellte AKEL das Paradox einer in Wirklichkeit „eurokommunistischen“ Volkspartei dar, die sich nach außen „stalinistisch“ maschiere und ausdrücke.²²⁷

Die Europäische Union ist für AKEL eine „fortgeschrittene Form kapitalistischer polit-ökonomischer Integration“, getragen von den Expansionswünschen des westeuropäischen Kapitals gegenüber den USA und Japan.²²⁸ Lange Zeit versperrte sich die Partei einer EU-Mitgliedschaft des Landes. Sie sah die EU als politische Verlängerung der NATO und befürchtete Nachteile für die inländische Wirtschaft.²²⁹ Erst 1990 deuteten sich Überlegungen über die Vorzüge eines Beitritts an, da man die Insel nicht von den europäischen Integrationsprozessen isolieren wollte.²³⁰ Schließlich sprach sich die Partei 1995 für die Mitgliedschaft aus. Die EU sei eine objektive Realität, mit der sich AKEL auseinandersetzen und für deren progressive und demokratische Transformation sie zu streiten hätte. Dazu gelte es, die Kräfte der Linken zu vernetzen. Auch stärke ein Beitritt die Sicherheit Zyperns gegenüber der Türkei und wirke sich positiv auf die Lösung des Zypernkonflikts aus.²³¹

Die Haltung der AKEL zum Europäischen Verfassungsvertrag war lange offen. Die Abgeordnete Eleni Mavrou gehörte als Abgesandte des zyprischen Parlaments dem Europäischen Konvent als Mitglied an und hatte sich in diesem nicht gegen den Verfassungsentwurf gewandt.²³² Erst am 18. Mai 2005 sprach sich das Zentralkomitee der AKEL einstimmig für eine Ablehnung aus.²³³ Die Verfassung sei von denselben Logiken von „Neuer Weltordnung, Globalisierung und Neoliberalismus“ geprägt, wie sie in den Vereinigten Staaten vorherrschten. Ein „konservatives, neoliberales Modell“ solle institutionalisiert wer-

226 AKEL (o.J.): *The Constitution*, S. 1; <http://www.akel.org.cy> (abgerufen am 16.08.2005).

227 Focà, Anna (1979): *Zyperns Kommunisten und die zyprische Gesellschaft*, in: Heinz Timmermann (Hrsg.): *Die kommunistischen Parteien Südeuropas. Länderstudien und Queranalysen*, Baden-Baden, S. 363 und 375.

228 AKEL (2005a): *The 20th Congress (24.–27.11.2005). Theses of the Central Committee*, S. 2f.; <http://www.akel.org.cy>.

229 AKEL (1995): *The 18th Congress (16.–19.11.1995). Proposal to review AKEL's position regarding the accession of Cyprus to the European Union*, S. 1; <http://www.akel.org.cy>.

230 AKEL (1990): *The 17th Congress (03.–07.10.1990). Our concept of socialism*, S. 14–15; <http://www.akel.org.cy>.

231 AKEL (1995), S. 2f.

232 *Cyprus Mail*, 07.11.2003.

233 *Cyprus Mail*, 05.02.2005; *Cyprus Mail*, 20.05.2005.

den und die Verteidigungspolitik der NATO verbunden bleiben.²³⁴ Nach den Worten von Aristos Damianou, europapolitischer Sprecher des Zentralkomitees, lehnt AKEL im Verfassungsvertrag alle Ansätze ab, die die Europäische Union in einen imperialistischen Pfeiler der „Neuen Weltordnung“ verwandeln. Dies seien zum ersten die Solidaritätsklausel, die Rüstungsagentur und die Erwähnung der NATO, zum zweiten die Möglichkeit von Präventivkriegen und Militäreinsätzen außerhalb des eigenen Territoriums und zum dritten die Priorität der Terrorismusbekämpfung gegenüber Hilfe im Falle feindlicher Besatzung.²³⁵ In den zyprischen Medien wurde die Ablehnung der AKEL kritisiert, da „die Europäer (...) denken könnten, die Zyprioten seien noch nicht reif für Europa“.²³⁶ Demgegenüber berief sich AKEL auf die einmütigen Positionen europäischer Linksparteien²³⁷ und auf die Referenden in Frankreich und den Niederlanden. Diese seien ein Ausdruck der Ablehnung des Neoliberalismus und der sozioökonomischen Politiken. Es käme darauf an, gemeinsam mit anderen fortschrittlichen Kräften in Europa an der Formulierung eines neuen Vertrags zu arbeiten. Im Mittelpunkt müssten „die Interessen der Völker“ stehen.²³⁸ Am 30. Juni 2005 ratifizierte das zyprische Parlament den Verfassungsvertrag gegen die Stimmen der AKEL. Auf deren Regierungsbeteiligung hatte die Ablehnung keine Auswirkungen.²³⁹

234 AKEL (2005), S. 16.

235 In diesem letzten Punkt werden die besonderen Anliegen der AKEL als zyprischer Partei deutlich, die auf die Besetzung des nördlichen Teils der Insel durch die türkische Armee anspielt. Damianou, Aristos (2005): Speech at the International Conference of Communist and Left Parties organised by GUE/NGL and CPBM at the Event of the 60th Anniversary of the Victory over Fascism and Nazism, Prag, 23.–24. April 2005; <http://www.akel.org.cy> (abgerufen am 16.08.2005).

236 Zervakis, Peter (2005): Republik Zypern – ein erster Stimmungsbericht (Centrum für angewandte Politikforschung), 21.04.2005; <http://www.cap-lmu.de/themen/eu-reform/ratifikation/zypern.php> (abgerufen am 15.11.2005).

237 *Cyprus Mail*, 14.01.2005.

238 AKEL (2005a): S. 3. Vgl. Adamou, Adamos (2005): Rede in der Plenardebatte des Europäischen Parlaments zu den Ergebnissen des Europäischen Rates (Brüssel, 22./23. März 2005), Straßburg, 13.04.2005.

239 *Cyprus News Agency*, 30.06.2005; <http://www.cyna.org.cy> (abgerufen am 10.11.2005); vgl. Deloy (2005).

3.2 Tabellarischer Überblick der Positionen

	Anzahl der Stimmen bei den Europawahlen 2004	Mitglieder in der Fraktion GUE/NGL 2004	Haltung zur EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes	Haltung zu einem „anderen“ Vertrag über eine EU-Verfassung	Haltung zum vorgelegten Vertrag über eine EU-Verfassung	Fazit
PRC	1.966.373	5	+	+	-	+1
PDS	1.579.109	7	+	+	-	+1
PCF	1.009.976	3	+	+	-	+1
PdCI	781.074	2	+	+	+	+3
IU	636.458	1	+	+	-	+1
KKE	580.396	3	-	-	-	-3
KSČM	472.862	6	+	+	-	+1
Sinn Féin	342.255	2	+	-	-	-1
SP	332.326	2	+	-	-	-1
V	321.344	2	-	-	-	-3
PCP	309.401	2	+	-	-	-1
SYN	254.429	1	+	+	-	+1
BE	167.313	1	+	+	-	+1
VAS	151.291	1	+	+	-	+1
SF	150.766	0 ^a	+	+	+	+3
EL	97.986	1 ^b	-	-	-	-3
AKEL	93.212	2	+	+	-	+1

Tab. 2: Die Parteien in der Fraktion GUE/NGL und ihre Positionen zur EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes, zur Frage nach einem „anderen“ oder „besseren“ und zum vorgelegten Verfassungsentwurf. Das Fazit fasst die Positionen zusammen, indem es für jede Befürwortung oder Ablehnung einen „Punkt“ dazurechnet oder abzieht; vgl. Abkürzungsverzeichnis.

Anmerkungen: (a) Die SF-Abgeordnete ist Mitglied der Grünen Fraktion; vgl. Anm. 6; (b) Die dänische „Einheitsliste“ (EL) kandidiert bei Wahlen zum Europäischen Parlament innerhalb des Wahlbündnisses „Volksbewegung gegen die EU“.

Aufteilung: Gruppe 1: PdCI, SF; Gruppe 2: PRC, PDS, PCF, IU, KSČM, SYN, BE, VAS, AKEL; Gruppe 3: Sinn Féin, SP, PCP; Gruppe 4: KKE, V, EL.

4 Abschließende Bewertung

Der Vertrag über eine Verfassung hat Europa in Atem gehalten. In der Geschichte der europäischen Integration gab es noch nie einen Moment vergleichbarer Diskussionen. Die Debatte ist nicht abgeschlossen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt lassen sich über die Positionen der linken Parteien folgende Schlussfolgerungen ziehen:

1. Alle linken Parteien, die im Europäischen Parlament in der Fraktion GUE/NGL vertreten sind, positionieren sich zu der Frage eines Europäischen Verfassungsvertrags. Auf der Grundlage des vorliegenden Entwurfs sind sie zu drei Aussagen gezwungen. Diese betreffen erstens ihre Haltung zur EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes, zweitens ihre generelle Bereitschaft, einem „anderen“ oder „besseren“ Vertrag zuzustimmen und drittens ihre Befürwortung oder Ablehnung des vorliegenden Verfassungsvertrags. Aus diesen drei Positionen lassen sich vier Gruppen von Parteien ableiten (siehe Tabelle 2).

Die erste Gruppe, der die dänische SF und die italienische PdCI angehören, befürwortet den Europäischen Verfassungsvertrag, wie ihn der Konvent ausgearbeitet und der Rat angenommen hat. Sie begründen ihre Zustimmung mit den demokratischen und institutionellen Verbesserungen, die erreicht würden. Gleichzeitig weisen sie darauf hin, dass die sozial- und wirtschaftspolitischen Kapitel im Verfassungstext nicht ihren Überzeugungen entsprechen. Nach den Referenden in Frankreich und den Niederlanden halten sie an ihrem „Ja“ fest, fordern aber ein Aufschnüren des Vertrags und Neuverhandlungen unter stärkerer Berücksichtigung sozialpolitischer Belange.

Die zweite Gruppe setzt sich aus den Parteien zusammen, die mit dem Ansatz einer alle bestehenden Verträge umfassenden Europäischen Verfassung einverstanden sind, den Entwurf von Konvent und Rat aber zurückweisen. Diesen Standpunkt teilen PRC, PDS, PCF, IU, KSČM, SYN, BE, VAS und AKEL. Ihre Ablehnung begründen sie mit dem „neoliberalen“ und „militaristischen“ Charakter der Verfassung. Das bestehende Wirtschaftssystem würde für Jahrzehnte festgeschrieben und damit den Mitgliedstaaten die Möglichkeit eines nationalen Politikwechsels genommen. Demgegenüber seien die demokratischen Fortschritte im institutionellen Bereich unzureichend.

Die dritte Gruppe umfasst die portugiesische PCP, die niederländische SP und *Sinn Féin* aus Irland. Sie sind mit der Mitgliedschaft ihrer Länder in der Europäischen Union einverstanden, lehnen aber das

Vorhaben eines Europäischen Verfassungsvertrags als Schritt in Richtung eines europäischen Föderal- oder Bundesstaates grundsätzlich ab. Ihre Kritik am vorgelegten Entwurf betrifft neben den politischen Dimensionen „Neoliberalismus“ und „Militarisierung“ hauptsächlich die institutionellen Reformen der EU. PCP und SP werfen ihren nationalen Regierungen vor, die Interessen der kleinen Staaten geopfert zu haben. *Sinn Féin* bemängelt, dass Regionalparlamente in der Verfassung nicht als politische Ebene berücksichtigt seien.

Die vierte Gruppe besteht aus der griechischen KKE, der schwedischen V und der dänischen EL. Sie fordern den Austritt ihrer Länder aus der Europäischen Union, die ein vom „Kapital“ geschaffenes und nicht von den „Völkern“ legitimes Konstrukt sei. Die Notwendigkeit internationaler Kooperation zwischen Staaten sowie eines gemeinsamen politischen Raums in Europa wird von diesen Parteien nicht bestritten. In Anlehnung an traditionelle Revolutionstheorien glauben sie aber, dass der Bruch mit den bestehenden Integrationsprozessen die Aufhebung der geltenden Verfasstheit der EU und ihrer Rechtsordnungen, sprich die Auflösung der Europäischen Union, voraussetzt.

2. Die unterschiedlichen Standpunkte der linken Parteien in der Verfassungsfrage sind auf sich grundsätzlich widersprechende Ansätze zurückzuführen. Wie im ersten Teil dieser Arbeit nachgezeichnet, gab es bereits in den siebziger Jahren zwei sich voneinander entfernende Diskurse der kommunistischen Linken in Westeuropa. Beiden gemeinsam war die Feststellung, dass „Kapital“ und „Wirtschaft“ zunehmend über Grenzen hinweg agieren. Auch heute teilen die linken Parteien die Ansicht, dass Globalisierung und Europäische Union in einem direkten Verhältnis zueinander stehen. Doch während die einen die EU als Teil von Lösungsstrategien begreifen, ist sie für die anderen Teil des Problems.

Die Parteien, die eine Europäische Verfassung vom Ansatz her befürworten, halten die europäische Integration und den Ausbau der supranationalen Institutionen für wichtig, um die Entscheidungsmacht der Politik gegenüber der Wirtschaft zu stärken. Auf sicherheitspolitischem Gebiet leiten sie die Legitimation des europäischen Zusammenwirkens von der Gefahr einer unipolaren Weltordnung unter Führung der USA ab. Sie glauben, dass die europäischen Entwicklungen durchaus widersprüchlich verlaufen und Ansatzpunkte für Sozial- oder Friedenspolitik vorhanden sind. Da diese Parteien die „Völker“ für grundsätzlich „progressiv“ halten, glauben sie an den Durchbruch einer „anderen“ oder „besseren“ Politik durch die Demokratisierung und die Stärkung

der politischen Verfahren. In diesem Prozess wäre eine Verfassung zum Schutz der Grundrechte des Staatsbürgers gegenüber den neugeschaffenen und neuzuschaffenden Institutionen wichtig.

Dennoch unterscheiden sich diese Parteien in ihrer Einschätzung des vorliegenden Europäischen Verfassungsvertrags. Während die einen die Fortschritte im Bereich des Aufbaus der Institutionen und der Demokratisierung in den Vordergrund stellen, kritisieren die anderen die Inhalte und die Politik. Diese verschiedenen Herangehensweisen scheinen sich von zwei Faktoren abzuleiten. Erstens projizieren die Parteien der zweiten Gruppe – PRC, PDS, PCF, IU, KSČM, SYN, BE, VAS und AKEL – ihre Kritik am Verlauf der europäischen Integration auf die Verfassung. Sie sind nicht bereit, die Verfasstheit eines von ihnen abgelehnten Zustandes zu legitimieren. Demgegenüber glauben SF und PdCI, dass sich erst die Institutionen verändern müssen, bevor sich die Politik verändern kann.

Die Parteien, die eine Europäische Verfassung vom Ansatz her ablehnen, sehen in der Europäischen Union eine Verursacherin der Globalisierung. Auf wirtschaftspolitischem Gebiet würde die föderative Integration die soziale Sicherheit gefährden, da sie Argumente gegen eine Erhöhung der Sozialleistungen und der Löhne liefere. In der Außenpolitik strebe die EU aus „imperialistischen“ Motiven zu weltweit einsetzbaren militärischen Kapazitäten. Gegenüber supranationalen Institutionen geben diese Parteien der Stärkung des Nationalstaats den Vorzug. In diesem hätten „Arbeiterklasse“ und „Volk“ als progressive Elemente mehr Ansatzpunkte zur Verwirklichung ihrer sozialen Interessen. Daher gelte es, die nationalen Verfassungen gegenüber einer Europäischen Verfassung zu schützen.

Dennoch unterscheiden sich auch diese Parteien in einem wesentlichen Punkt. Während *Sinn Féin*, SP und PCP mit dem Verbleib in der Europäischen Union einverstanden sind, fordern KKE, V und EL den Austritt ihrer Länder. Hier scheinen zwei Motive eine Rolle zu spielen: Erstens die unterschiedlichen Auswirkungen der europäischen Strukturpolitik. In Irland und Portugal müssen die linken Parteien den Aufbau der nationalen Infrastruktur mithilfe europäischer Strukturfonds zur Kenntnis nehmen. Sie räumen in ihren Programmen ein, dass dieser Umstand wesentlich zu einem Wandel ihrer Positionen beigetragen habe. Zweitens die unterschiedlichen Traditionen der Parteien. Im Gegensatz zu *Sinn Féin* oder SP stehen die griechische KKE, die schwedische V und die dänische EL in der direkten Nachfolge der kommunistischen Parteien ihrer Länder. Sie vertreten nach wie vor eine Revolutionstheorie, die den radikalen Bruch mit der bestehenden als Basis einer anderen Zusammenarbeit in Europa voraussetzt.

3. Die Positionen der linken Parteien zur europäischen Integration unterliegen Transformationsprozessen. Diese ergeben sich meist aus einem tiefen Wandel der gesamten Partei, der weit über die europapolitischen Standpunkte hinausgeht. Es würde den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen, solche Transformationen nachzuzeichnen. Auf zwei Elemente sei aber hingewiesen. Erstens kam es während der Verfassungsdebatte in keiner der untersuchten Parteien zu einer spektakulären programmatischen Veränderung. Allerdings wurden bestehende Tendenzen offensichtlicher. Dies betrifft die Parteien VAS und KSČM, die mit ihrer Befürwortung eines Verfassungsprozesses erstmals ein klares Bekenntnis zur Europäischen Union ausdrücken, oder die schwedische V, die ihre Ablehnung der EU deutlicher als in den letzten Jahren formuliert. Zweitens ergeben sich Positionen aus nationalen Konkurrenzverhältnissen heraus. In Italien, Griechenland, Dänemark und Portugal konkurrieren jeweils zwei linke Parteien miteinander. In keinem dieser Länder vertreten sie in der Verfassungsdebatte denselben Standpunkt. Vielmehr scheint diese zur zusätzlichen Profilierung der Unterschiede beizutragen.

4. Innerhalb der europäischen Kooperationsformen der linken Parteien gibt es in Bezug auf die Verfassungsdebatte nur im Fall der „Europäischen Linkspartei“ eine tendenzielle Übereinstimmung der Positionen (siehe Tabellen 1 und 2). Ihre Mitgliedsparteien befürworten fast alle einen Verfassungsprozess, lehnen aber gleichzeitig den vorgeschlagenen Text ab. Neben den genannten, dürfte ein zusätzlicher Grund eine Rolle spielen: Die Identifizierung der eigenen Position mit der Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung. Ich möchte dies am französischen Beispiel verdeutlichen.

Die „Nationalversammlung“ nahm am 1. Februar 2005 eine Gesetzesänderung an, die den Weg für den Europäischen Verfassungsvertrag vorbereitete. Nur die 22 kommunistischen Abgeordneten hatten alle mit Nein gestimmt. Als am 29. Mai 2005 die Franzosen die Verfassung in einem Referendum ablehnten, wurde der PCF zur einzigen parlamentarischen Kraft, die sich mit der Bevölkerung im Einklang befand. Zudem deckten sich die Motive der Ablehnung mit den politischen Forderungen der Linken und die soziale Zusammensetzung der „Neinsager“ mit den „Klassen“ und „Schichten“, die bis in die achtziger Jahre als kommunistische Stammwähler galten. Es ist somit nicht verwunderlich, dass Marie-George Buffet, die Vorsitzende der „Französischen Kommunistischen Partei“, am Tag nach dem Referendum erklärte: „Heute erhebt sich große Hoffnung“.²⁴⁰

Abzuwarten bleibt, wem diese Hoffnung nützt.

5 Literaturverzeichnis

Aufsätze, Aufsatzsammlungen, Handbücher, Zeitungsartikel

Alf, Sophie G. (1980): Die Italienische KP und das Europa-Parlament. Konzeptionen und Aktivitäten (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 24), Köln.

Arter, David (2002): „Communists we are no longer, Social Democrats we can never be“: The Evolution of the Leftist Parties in Finland and Sweden, in: *Journal of Communist Studies and Transition Politics* 18/2002, S. 1–28.

Attina, Fulvio (1990): The Voting Behaviour of European Parliament Members and the Problem of the Europarties, in: *European Journal of Political Research* 18, S. 557–579.

Bartolini, Stefano/Caramani, Daniele/Hug, Simon (1998): Parties and Party Systems. A Bibliographic Guide to the Literature on Parties and Party Systems in Europa since 1945, London/Thousand Oaks/New Delhi.

Bell, David/Criddle, Byron (1994): The French Communist Party in the Fifth Republic, Oxford.

Bell, David (1996): Western Communist Parties and the European Union, in: John Gaffney (Hrsg.): Political parties and the European Union, London/New York, S. 220–234.

Bell, David S. (1998): The Confederal Group of the United European Left – Nordic Left, in: David S. Bell/Christopher Lord (Hrsg.): Transnational Parties in the European Union, Hampshire/Brookfield, S. 134–150.

Bibliographic Guide to the Literature on Parties and Party Systems in Europa since 1945, London/Thousand Oaks/New Delhi.

Billet, Alexander (2005): Nordirland. Republikaner am Scheideweg, in: *SoZ – Sozialistische Zeitung*, September 2005, S. 11

Birke, Peter (2005): Geschichte, Programmatik und aktuelle Politik der linkssozialistischen Parteien in Dänemark. Socialistisk Folkeparti und Enhedsliste, in: Michael Brie/Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): Für ein anderes Europa. Linke Parteien im Aufbruch, Berlin, S. 203–244.

Birke, Peter (2005a): Wahlen in Dänemark. Die Great Moving Right-Show geht weiter, in: *Analyse und Kritik* 492; <http://www.akweb.de>.

Brie, Michael (2005): Die PDS zwischen Krise und Kampf um einen Neubeginn, in: Michael Brie/Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): Für ein anderes Europa. Linke Parteien im Aufbruch, Berlin, S. 318–339.

Brzinski, Joanne Bay (1995): Political Group Cohesion in the European Parliament, 1989–1994, in: Carolyn Rhodes/Sonka Mazey (Hrsg.): The State of the European Union, Vol. 3: Building a European Polity? London, S. 135–158.

Buck, Karl-Hermann (1976): Die Haltung von KPI und KPF gegenüber Direktwahl und Funktionen des Europaparlaments, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 7, S. 209–219.

Bull, Martin J. (1994): The West European Communist Movement: Past, Present and Future, in: Martin J. Bull/Paul Heywood (Hrsg.): West European Communist Parties after the Revolutions of 1989, Haound-mills/Basingstoke/London, S. 203–222.

Callot, Emile François (1988): The French Communist Party and Europe: the idea and its implementation (1945–1985), in: *European Journal of Political Research* 16, S. 301–316.

Candeias, Mario (2002): Links ist nicht genug, in: *Utopie kreativ* 139, S. 462–465.

Chrapa, Michael (2003): Umbruch und Suche. Aufgaben der PDS bei der Ausprägung ihres Profils als linke und sozialistische Partei, in: Michael Brie (Hrsg.): *Linksparteien im Vergleich. Rahmenbedingungen, strategische Ansätze und Erfolgskriterien*, Internationaler Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, S. 117–154.

Courtois, Stéphane/Lazar Marc (1995): *Histoire du Parti communiste français*, Paris.

Deloy, Corinne (2005): Cyprus is the eleventh member state to ratify the European Constitution (Fondation Robert Schuman); <http://constitution-europeenne.info> (abgerufen am 08.12.2005).

Deloy, Corinne (2005a): Italy is the first founder country to ratify the European Constitution (Fondation Robert Schuman); <http://constitution-europeenne.info> (abgerufen am 10.10.2005).

Einhäuser, Barbara (2005): Der Ratifizierungsprozess zum Europäischen Verfassungsvertrag. Sachstand und Stimmungen in den einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): *Newsletter Europapolitik*, 01.07.2005; <http://www.kas.de>.

Ettinger, Helmut (2005): Information über den IV. Kongress des Linksblocks (BE-Portugal), Lissabon 07./08.05.2005, in: *PDS-International 2* (Informationsschrift für Friedens- und Internationale Politik), S. 2–4.

Felfe, Edeltraut (2003): Zur Situation linker Parteien in Schweden, in: *PDS-International 1* (Informationsschrift für Friedens- und Internationale Politik), S. 68–76.

Focà, Anna (1979): Zyperns Kommunisten und die zypriotische Gesellschaft, in: Heinz Timmermann (Hrsg.): *Die kommunistischen Parteien Südeuropas. Länderstudien und Queranalysen*, Baden-Baden, S. 347–376.

Fraude, Andreas (1993): „Reformsozialismus“ statt „Realsozialismus“? Von der SED zur PDS, Münster/Hamburg.

Fritsch-Bournazel, Renata (1980): Die Französische KP und das Europa-Parlament. Konzeptionen und Aktivitäten (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 29), Köln.

Gagliardi, Rana (2005): Die radikale Linke ist jetzt politisch gestärkt, in: *Liberazione*, 31.05.2005.

Gómez-Reino, Marga/Llamazares, Iván/Ramiro, Luis (o.J.): Euroscepticism and political parties in Spain; (abgerufen am 22.12.2005): <http://www.essex.ac.uk/ecpr/events/jointsessions/paperarchive/turin/ws25/Ramiro.pdf>.

Handl, Vladimir (2002): Die Tschechische Kommunistische Partei: orthodoxes Fossil oder erfolgreiche neo-kommunistische Protestpartei? (Politikinformation Osteuropa 105), Bonn.

Handl, Vladimir (2005): Die Kommunistische Partei von Böhmen und Mähren und ihre Beziehung zu den Sozialdemokraten, in: Michael Brie/Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): *Für ein anderes Europa. Linke Parteien im Aufbruch*, Berlin, S. 404–425.

Haubrich, Walter (1978): Die Kommunistische Partei Spaniens, in: Heinz Timmermann (Hrsg.): *Eurokommunismus. Fakten, Analysen, Interviews*, Frankfurt am Main, S. 123–153.

Heywood, Paul (1994): The Spanish Left: Towards a „Common House“?, in: Martin J. Bull/Paul Heywood (Hrsg.): *West European Communist Parties after the Revolutions of 1989*, Haoundmills/Basingstoke/London, S. 56–89.

Hodgson, John H. (1979): Die Linke in der finnischen Politik, in: Hans Rühle/Hans-Joachim Veen (Hrsg.): *Sozialistische und kommunistische Parteien in Westeuropa*, Bd. 2: Nordländer, Opladen, S. 293–336.

Holubec, Stanislav (2004): Europäische Linkspartei befördert die Öffnung der KSČM, 10.05.2004; <http://www.lavka.info> (abgerufen am 24.11.2005).

- Hornung, Klaus (1978): Sozialismus und Kommunismus in Griechenland – Innenpolitisches Kräftefeld und außenpolitische Optionen, in: Dieter Oberndörfer (Hrsg.): Sozialistische und kommunistische Parteien in Westeuropa. Bd. 1: Südländer, Opladen, S. 267–345.
- Hrbek, Rudolf (1978): Eurokommunismus und EG. Einstellung und Politik eurokommunistischer Parteien zur europäischen Integration, in: *Der Bürger im Staat* 28, S. 129–136.
- Jacobs, Francis (1989): Finland, in: ders. (Hrsg.): *Western European Political Parties. A Comprehensive Guide*, Suffolk, S. 530–533.
- Johansson, Karl Magnus/Raunio, Tapio (2001): Partisan responses to Europe: Comparing Finnish and Swedish political parties, in: *European Journal of Political Research* 39, S. 225–249.
- Jost, Annette (1978): Italien – Kommunisten an der Macht, in: Heinz Timmermann (Hrsg.): Eurokommunismus. Fakten, Analysen, Interviews, Frankfurt am Main, S. 65–95.
- Kaag, Martin (2002): Vorge stellt: Die Sozialistische Volkspartei Dänemarks, in: *Europarat* 9 (Infoblatt der Delegation der PDS in der Fraktion GUE/NGL im Europaparlament), S. 7.
- Kimmel, Adolf (1978): Die Französische Kommunistische Partei, in: Heinz Timmermann (Hrsg.): Eurokommunismus. Fakten, Analysen, Interviews, Frankfurt am Main, S. 97–121.
- Kleger, Heinz (2004): Der Konvent als Labor. Texte und Dokumente zum europäischen Verfassungsprozess (Region – Nation – Europa 25), München.
- Klingemann, Hans-Dieter/Hofferbert, Richard I./Budge, Ian (1994): *Parties, Policies, and Democracy*, Boulder/Oxford.
- Krönig, Jürgen (2005): Irlands untote Krieger. Die Methoden mögen sich geändert haben, die Ideologie ist die alte: Die IRA kämpft weiter um die Macht über die Insel, fundamentalistisch, kompromisslos, mit der Pistole hinterm Rücken, in: *Die Zeit*, 03.02.2005.
- Kuper, Ernst (1995): *Transnationale Parteienbünde zwischen Partei- und Weltpolitik*, Frankfurt am Main u.a.
- Lang, Kai Olaf (2000): Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens auf dem Weg zur Macht?, in: *Politische Studien* 51, S. 90–108.
- Lindén, Jarmo (2005): Die radikale Linke an der Regierung: Die finnischen Erfahrungen. Rede des Vorsitzenden der Programmkommission der VAS, 01.04.2005, in: *PDS-International* 1 (Informationsschrift für Friedens- und Internationale Politik), S. 56–58.
- Lochner, Alex (2004): Linke Parteien und Kooperationen in Europa – ein Überblick, in: Rosa-Luxemburg-Bildungswerk (Hrsg.): *Linke Parteien und Kooperationen in Europa* (Hamburger Skripte 10), S. 4–47.
- Magone, José M. (1999): Portugal: Party System Installation and Consolidation, in: Broughton, David/Donovan, Mark (Hrsg.): *Changing Party Systems in Western Europe*, London/New York, S. 232–254.
- Maïtan, Livio (1990): Le nouvel avatar du Parti communiste italien, in: *Quatrième Internationale* (Hrsg.): *Les partis communistes dans la tourmente*, Montreuil, S. 25–35.
- McCall, Cathal (1998): Postmodern Europe and the Resources of Communal Identities in Northern Ireland, in: *European Journal of Political Research* 33, S. 389–411.
- Meier, Andreas (1982): Eurokommunismus in der Krise, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 48, Bonn, S. 33–46.
- Niedermayer, Oskar (1983): Europäische Parteien? Zur grenzüberschreitenden Interaktion politischer Parteien im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft, Frankfurt am Main/New York.
- Nollau, Guenther (1961): Internationaler Kommunismus – heute, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 18, Bonn, S. 245–256.

Patrício, Maria Teresa/Stoleroff, Alan David (1994): The Portuguese Communist Party: Perestroika and its Aftermath, in: Martin J. Bull/Paul Heywood (Hrsg.): *West European Communist Parties after the Revolutions of 1989*, Haoundmills/Basingstoke/London, S. 90–118.

Pinto Lyra, Rubens (1974): *Le Parti Communiste Français et l'Intégration Européenne (1951–1973)*, Nancy.

Porcaro, Mimmo (2005): Die italienische Partei der kommunistischen Neugründung (PRC), in: Michael Brie/Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): *Für ein anderes Europa. Linke Parteien im Aufbruch*, Berlin, S. 286–317.

Ranger, Jean (1986): Le déclin du Parti Communiste Français, in: *Revue française de science politique* 36, S. 46–63.

Richter, Heinz (1979): Griechenlands Kommunisten, in: Heinz Timmermann (Hrsg.): *Die kommunistischen Parteien Südeuropas. Länderstudien und Queranalysen*, Baden-Baden, S. 257–327.

Riháčková, Věra (2005): Czech political actors vis-à-vis June European Council results (Working Papers der Friedrich-Ebert-Stiftung Prag 8), Prag.

Saint-Ouen, François (1986): Les partis politiques français et l'europe: système politique et fonctionnement du discours, in: *Revue française de science politique* 36, S. 205–226.

Schmidt, Johanna (2004): Europäische Parteien, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration 2003/2004*, Baden-Baden, S. 287–292.

Schorpp-Grabiak, Rita/Segall, Peter Christian (1999): *Die PDS vor den Europawahlen (aktuelle analysen 13)*, München.

Schrader, Heike (2004): Linksruck bei der Linksallianz, in: *Junge Welt*, 14.12.2004.

Schubert, Gerald (2004): Parteitag der tschechischen Kommunisten: Reform nicht in Sicht, 17.05.2004, Radiosendung; <http://design.radio.cz/de/artikel/53989/liimit> (abgerufen am 24.11.2005).

Schultz, Rainer (2003): Linksdemokratische Parteien in Spanien. Facetten und Entwicklung, eine Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Rahmen des Projekts: „Linksdemokratisch sozialistische Parteien im europäischen Vergleich“, Berlin.

Schultz, Rainer (2005): Die spanische Vereinigte Linke im Jahr 2004, in: Michael Brie/Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): *Für ein anderes Europa. Linke Parteien im Aufbruch*, Berlin, S. 358–383

Sjöberg, Stefan (2005): Die Schwedische Linkspartei. Wirtschaftsdemokratische Positionen, in: Michael Brie/Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): *Für ein anderes Europa. Linke Parteien im Aufbruch*, Berlin, S. 155–172.

Suomela, Kalevi (2005): Der Linksbund Finnlands und die Europäische Union. Ein zwiespältiges Verhältnis, in: Michael Brie/Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): *Für ein anderes Europa. Linke Parteien im Aufbruch*, Berlin, S. 245–260.

Timmermann, Heinz (1970): Die KPF zwischen Volksfront-Strategie und Internationalismus. Zur Problematik der Außenbeziehungen der französischen Kommunisten, in: *Europa-Archiv* 22, Bonn, S. 827–836.

Timmermann, Heinz (1974): Das Konsultativtreffen der Kommunistischen Parteien Europas in Warschau (16.–18.10.1974) (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 55), Köln.

Timmermann, Heinz (1977): Moskau und der europäische Kommunismus nach der Gipfelkonferenz von Ost-Berlin (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 38), Köln.

Timmermann, Heinz (1978): Eurokommunismus im Wandel, in: ders. (Hrsg.): Eurokommunismus. Fakten, Analysen, Interviews, Frankfurt am Main, S. 15–64;

Timmermann, Heinz (1978a): Antworten von Jacques Denis, Mitglied des ZK der KPF und Stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung seiner Partei, in: ders. (Hrsg.): Eurokommunismus. Fakten, Analysen, Interviews, Frankfurt am Main, S. 160–180.

Timmermann, Heinz (1978b): Antworten von Manuel Azcaráte, Mitglied des Exekutivkomitees der KP Spaniens und Leiter ihrer Internationalen Abteilung, in: ders. (Hrsg.): Eurokommunismus. Fakten, Analysen, Interviews, Frankfurt am Main, S. 188–202.

Timmermann, Heinz (1986): Moskau und der internationale Kommunismus. Von der Komintern zur kommunistischen Weltbewegung (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 10), Köln.

Volkens, Andrea (2005): Politische Positionen linker Parteien im Europäischen Parlament. Programmatische Übereinstimmungen und Unterschiede in der fünften Legislaturperiode, in: Michael Brie / Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): Für ein anderes Europa. Linke Parteien im Aufbruch, Berlin, S. 102–133.

Waller, Michael (1989): Communist Parties and the Greens in the European Elections of 1989, in: *Journal of Communist Studies and Transition Politics* 5, S. 189–195.

Zervakis, Peter (2005): Republik Zypern – ein erster Stimmungsbericht (Centrum für angewandte Politikforschung), 21.04.2005; <http://www.cap-lmu.de/themen/eu-reform/ratifikation/zypern.php> (abgerufen am 15.11.2005).

Dokumente nationaler und europäischer Institutionen

Camera dei Deputati (2005): Resoconto stenografico dell'Assemblea, Seduta n. 574 del 25/1/2005, Pag. 104, votazione finale ed approvazione – A.C. 5388; <http://de.camera.it>.

Europäisches Parlament (2000): Protokoll der Sitzung vom 14. November 2000, PE 297.757, Ergebnis der namentlichen Abstimmungen; <http://www.europarl.eu.int> (abgerufen am 20.10.2005).

Europäisches Parlament (2003): Bericht Gil-Robles Gil-Delgado/Tsatsos (A5-0299/2003) und die Stellungnahme des Europäischen Parlaments zur Einberufung der Regierungskonferenz, 29.09.2003; <http://www.europarl.eu.int> (abgerufen am 10.10.2005).

Europäisches Parlament (2003a): Protokoll der Sitzung vom Mittwoch 24. September 2003, P5_PV(2003)09-24, Ergebnis der namentlichen Abstimmungen, Anlage 2; <http://www.europarl.eu.int> (abgerufen am 10.10.2005).

Europäisches Parlament (2005): Bericht Corbett / Mendez de Vigo (A6-0070/2040), Vertrag über eine Verfassung für Europa, 12.01.2005; <http://www.europarl.eu.int> (abgerufen am 10.10.2005).

Europäisches Parlament (2005a): Protokoll der Sitzung vom Mittwoch 12. Januar 2005, P6_PV-PROV(2005)01-12, Ergebnis der namentlichen Abstimmungen, Anlage 2; <http://www.europarl.eu.int> (abgerufen am 10.10.2005).

Europäisches Parlament (2006): Bericht Duff / Voggenhuber (A6-0414/2005), Bericht über die Zukunft des Verfassungsvertrags, 19.01.2006; <http://www.europarl.eu.int> (abgerufen am 25.01.2006).

Europäisches Parlament (2006a): Protokoll der Sitzung vom Donnerstag 19. Januar 2006, P6_PV-PROV(2006)01-19, Ergebnis der namentlichen Abstimmungen, Anlage; <http://www.europarl.eu.int> (abgerufen am 25.01.2006).

Europäischer Rat (2001): Schlußfolgerungen des Vorsitzes, Laeken, 14./15.12.2001, Dok. SN 300/1/01 REV 1; <http://ue.eu.int/ueDocs/newsWord/de/ec/68829.doc>.

Parteidokumente und Redebeiträge der Akteure

Adamou, Adamos (2005): Rede in der Plenardebatte des Europäischen Parlaments zu den Ergebnissen des Europäischen Rates (Brüssel, 22./23. März 2005), Straßburg, 13.04.2005.

AKEL (o.J.): The Constitution; <http://www.akel.org.cy> (abgerufen am 16.08.2005).

AKEL (1990): The 17th Congress (03.–07.10.1990). Our concept of socialism; <http://www.akel.org.cy>.

AKEL (1995): The 18th Congress (16.–19.11.1995). Proposal to review AKEL's position regarding the accession of Cyprus to the European Union; <http://www.akel.org.cy>.

AKEL (2005): Thesis of the Central Committee on the 80th anniversary of CPC-AKEL 1926–2006, Nicosia.

AKEL (2005a): The 20th Congress (24.–27.11.2005). Theses of the Central Committee; <http://www.akel.org.cy>.

Alavanos, Alekos (2005): President of Synaspismos. Inauguration of the First Congress of the Party of the European Left, Athen, 29.10.2005; <http://www.syn.gr> (abgerufen am 10.12.2005).

Alavanos, Alekos (2005a): President of Synaspismos. Statement, The day after the French referendum on the European Constitution, Athen 30.05.2005; <http://www.syn.gr> (abgerufen am 08.09.2005).

Auken, Margrete (2005): Frankrig og Hollands nei ma ikke fore til renationalisering af Europa, 02.06.05; <http://www.sfdk.auken/index.php> (Abgerufen am 12.11.2005).

BE (2003): Grupo Parlamentar. Proposta ao Governo da República Portuguesa, na sequência de solicitação do Ministro dos Negócios Estrangeiros aos Grupos Parlamentares, tendo em vista o início da Conferência Intergovernamental para revisão dos Tratados, 25.09.2003; <http://www.be-global.org> (abgerufen am 22.11.2005).

BE (2005): IV. Kongress, Leitantrag. Der Linksblock als sozialistische Alternative, Lissabon, 07./08.05.2005, in: *PDS-International 2* (Informationsschrift für Friedens- und Internationale Politik), S. 4–11.

Bertinotti, Fausto (2004): Interview, in: *la Repubblica*, 21.08.2004.

Bertinotti, Fausto (2005): Zur Vorbereitung des 1. EL-Kongresses, in: *PDS-International 1* (Informationsschrift für Friedens- und Internationale Politik), S. 19f.

Bertinotti, Fausto (2005a): Pressemitteilung, 30.05.2005; <http://www.rifondazione.it> (abgerufen am 25.11.2005).

Bertinotti, Fausto (2005b): Rede zur Eröffnung des VI. Parteitags, 03.03.2005; <http://rifondazione.at/congresso/Seite1.htm> (abgerufen am 30.07.2005, nicht mehr verfügbar).

Bertinotti, Fausto (2005c): Rede in der Plenardebatte des Europäischen Parlaments zur Verfassung für Europa, Straßburg, 11.01.2005.

Bertinotti, Fausto (2005d): Rede in der Plenardebatte des Europäischen Parlaments zu den Ergebnissen des Europäischen Rates (Brüssel, 16./17. Oktober 2003) einschließlich Bericht über den Fortgang der Arbeiten der Regierungskonferenz, Straßburg, 22.10.2003.

Brie, André (2005): Zurück nach Europa. Das Scheitern der EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden könnte die Chance für eine andere Integration des Kontinents sein, in: *Freitag*, 20.05.2005.

Buffet, Marie-George (2005): Un grand espoir se lève aujourd'hui, 29.05.2005.

Campos, Pedro Marset (2003): Informe sobre el proyecto de Tratado por el que se instituye una Constitución para Europa, in: *IU al Día*, 07.09.2003; <http://www.izquierda-unida.es/ialdia> (abgerufen am 06.11.2005).

- Cohen-Seat, Patrice (2004): Rapport au Conseil national du PCF, 02./03.10.2004; <http://www.pcf.fr> (abgerufen am 18.11.2005).
- Constantopoulos, Nicos (1997): President of Synaspismos. Statement on the decisions of the Amsterdam Intergovernmental Conference, Athen, 18.06.1997; <http://www.syn.gr> (abgerufen am 10.10.2005).
- Cossutta, Armando (2001): Rede in der Plenardebatte des Europäischen Parlaments zur Reform des Rates, Straßburg, 24.10.2001.
- Cossutta, Armando (2003): Rede in der Plenardebatte des Europäischen Parlaments zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur, Straßburg, 09.04.2003.
- Cossutta, Armando (2003a): Rede in der Plenardebatte des Europäischen Parlaments zur Europäischen Verfassung und Regierungskonferenz, Straßburg, 24.09.2003.
- Cossutta, Armando (2003b): Rede in der Plenardebatte des Europäischen Parlaments zu den Ergebnissen des Europäischen Rates (Brüssel, 16./17. Oktober 2003) einschließlich Bericht über den Fortgang der Arbeiten der Regierungskonferenz, Straßburg, 22.10.2003.
- Damianou, Aristos (2005): Speech at the International Conference of Communist and Left Parties organised by GUE/NGL and CPBM at the Event of the 60th Anniversary of the Victory over Fascism and Nazism, Prag, 23.–24. April 2005; <http://www.akel.org.cy> (abgerufen am 16.08.2005).
- Dartigolles, Olivier (2005): Rapport introductif au Conseil national. Nos objectifs politiques pour 2005, 14.01.2005; <http://www.pcf.fr> (abgerufen am 18.11.2005).
- De Sousa, Jerónimo (2005): Press release on the victory of „No“ in the French referendum, 29.05.2005; <http://www.pcp.pt> (abgerufen am 09.12.2005).
- Diliberto, Oliviero (2005): Interview, in: *Corriere della Sera*, 31.05.2005.
- Dragasakis, Yannis (2005): Three Proposals for the „Stability Pact“. Meeting of the European Left Party, Potsdam, 18./19.03.2005; <http://www.syn.gr> (abgerufen am 10.12.2005).
- EAL (2004): Antikapitalistisches Manifest für ein anderes Europa: sozial und demokratisch, ökologisch und feministisch, friedensbewegt und solidarisch, Brüssel, 29.04.2004; <http://www.sozialismus-von-unten.de/eal/> (abgerufen am 08.08.2005).
- EL (2003): Enhedslisten principprogram: Kapitalisme og socialisme i det 21 arhundrede, vedtaget på Arsmøde 28.2.–2.3.2003, Kopenhagen, zit. nach: Birke (2005), S. 232 f.
- EL (2004): Enhedslisten/die Rot-Grünen, 23.11.2004; <http://www.enhedslisten.dk>; (abgerufen am 05.12.2005).
- EL (2004a): Political Committee. Say „No“ to the EU Constitution, 10.07.2004; <http://www.enhedslisten.dk> (abgerufen am 05.12.2005).
- EL (2005): National Executive. Statement after the French and Dutch No Votes, 12.06.2005; <http://www.enhedslisten.dk> (abgerufen am 05.12.2005); vgl. Friborg, Bjarke (2005): EU-Gegner in Dänemark. Europäisch und links, in: *SoZ – Sozialistische Zeitung*, 14.07.2005, S. 15.
- Erklärung der Europäischen Konferenz in Paris (2005): Ein neues Zeitalter kann in Europa beginnen, 25.06.2005, in: *PDS-International 2* (Informationsschrift für Friedens- und Internationale Politik), S. 29.
- Ersil, Wilhelm (1998): Kommission Politische Bildung beim Parteivorstand der PDS, Hefte zur politischen Bildung, Europäische Union und linke Politik, Berlin.
- Europäische Linkspartei (2004): Statut der Partei der Europäischen Linken. Beschlossen vom Gründungskongress, Rom, 08./09.05.2004, in: *PDS-International 1* (Informationsschrift für Friedens- und Internationale Politik), S. 5–9.

Europäische Linkspartei (2004a): Programm der Partei der Europäischen Linken. Beschlossen vom Gründungskongress, Rom, 08./09.05.2004, in: *PDS-International 1* (Informationsschrift für Friedens- und Internationale Politik), S. 3–5.

Europäische Linkspartei (2004b): „No“ to the Constitutional Treaty! Another Europe is possible! Rom, 25.10.2004; <http://www.european-left.org> (abgerufen am 02.01.2006).

Europäische Linkspartei (2005): Erklärung des Rates der Parteivorsitzenden, Rom, 06.06.2005, in: *PDS-International 2* (Informationsschrift für Friedens- und Internationale Politik), S. 1 f.

Fernández, José Manuel (2003): Una opinión entre tantas. Sí a la Constitución Europea propuesta por la Convención, in: *IU al Día*, 05.09.2003; <http://www.izquierda-unida.es/ualdia> (abgerufen am 06.11.2005).

Filip, Vojtěch (2005): O tomto textu ústavy by už Češi hlasovat neměli, in: *Haló noviny*, 31.05.2005.

Folkebevaegelsen (o.J.): Introduction in English; <http://www.folkebevaegelsen.dk> (abgerufen am 05.12.2005).

Folkebevaegelsen (2004): Annual Congress in Aarhus. Resolution, Fair referendum, please! 30.10.2004; <http://www.folkebevaegelsen.dk> (abgerufen am 05.12.2005);

Folkebevaegelsen (2004a): Annual Congress in Aarhus. Resolution, Political deal does not change anything – cast a clear no vote! 31.10.2004; <http://www.folkebevaegelsen.dk> (abgerufen am 05.12.2005).

Garnier, Gilles (2002): Conférence nationale en juin 2002. Compte rendu de l'atelier n. 4, Construire une Europe sociale citoyenne de coopération et de paix pour une mondialisation solidaire; <http://www.pcf.fr> (abgerufen am 11.11.2005).

Gemeinsame Erklärung der kommunistischen Parteien von sechs europäischen Ländern, in: *Probleme des Friedens und des Sozialismus. Zeitschrift der kommunistischen und Arbeiterparteien für Theorie und Information 5* (1959), Berlin.

GUE (1994): Déclaration Constitutionnelle, Brüssel, 14.07.1994.

Guereiro, Pedro (2005): Rede in der Plenardebatte des Europäischen Parlaments zur Vorbereitung des Europäischen Rates einschließlich Zukunft der Europäischen Union nach den Referenden über die Verfassung (Brüssel, 16./17. Juni 2005), Straßburg, 08.06.2005.

Guidoni, Umberto (2005): Quale Costituzione per l'Europa, in: *la Rinascita*, 10.06.2005; <http://www.comunisti-italiani.it> (abgerufen am 10.10.2005).

Hue, Robert (1999): Communisme. Un nouveau projet, Paris.

IU (o.J.): Otra Europa es posible. NO a esta Constitución Europea; http://www.izquierda-unida.com/federal/comun/diptico_europa_interior.pdf (abgerufen am 06.11.2005).

IU (o.J.a): Las razones para el No de Izquierda Unida. Referéndum 20 de febrero de 2005; <http://www.izquierda-unida.com/federal/constitucion/01.htm> (abgerufen am 06.11.2005).

IU (2003): Programa Electoral. Elecciones Generales del 14 de marzo de 2004; <http://www.izquierda-unida.es/elecciones2004/elecciones2004/programa36.htm>.

IU (2004): Manifiesto Político. Para una nueva etapa en Izquierda Unida. Por una Izquierda Unida roja, verde, feminista, federalista y republicana, Documento aprobado por la VIII Asamblea Federal Extraordinaria de IU, 10.–12.12.2004, Madrid.

IU (2005): Ein politischer Fortschritt für die alternative Linke, 25.02.2005, in: *PDS-International 1* (Informationsschrift für Friedens- und Internationale Politik), S. 36–38.

Kaufmann, Sylvia-Yvonne (2004): 2007 fällt die Entscheidung. Tritt die EU-Verfassung in Kraft, kommt das einer Neugründung der Europäischen Union gleich, in: *Freitag* 27, 25.06.2004.

Kaufmann, Sylvia-Yvonne (2005): Interview, RTL 92,5, Radiosendung, 07.07.2005, 12 Minuten; <http://www.rtl.lu> (abgerufen am 15.09.2005).

KKE (o.J.): Brief History of the Communist Party of Greece; <http://www.kke.gr> (abgerufen am 10.11.2005).

KKE (2000): An overview of the Congresses of the Communist Party of Greece since its foundation; <http://www.kke.gr> (abgerufen am 10.11.2005).

KKE (2003): Press Release. European Meeting on The Constitutional Treaty of the EU and the Response of the People, Athen, 14.12.2003; <http://www.kke.gr> (abgerufen am 10.11.2005).

KKE (2005): Press Release, Athen, 22.06.2005; <http://www.kke.gr> (abgerufen am 10.10.2005).

KKE (2005a): Theses of the Central Committee of the Communist Party of Greece for the 17th Congress, 09.–12.02.2005.

KKE (2005b): International Section. About the Referendum in France; <http://www.kke.gr> (abgerufen am 10.11.2005).

KKE esoterikou (1976): Programma tou KKE esoterikou, Athen, S. 129–132, zit. nach: Heinz Richter (1980): Griechenlands Kommunisten und die Europäische Gemeinschaft (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 17), Köln, S. 33–37.

KKE exoterikou (1974): To 9o Synedrio tou Kommounistikou Kommatos Elladas, Athen, zit. nach: Heinz Richter (1980): Griechenlands Kommunisten und die Europäische Gemeinschaft (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 17), Köln, S. 9–16.

Koutsoumpas, Dimitris (2005): Address to the rally of the Patriotic Front against EU, Istanbul, 02.10.2005; <http://www.kke.gr> (abgerufen am 10.11.2005).

Krarup, Ole (2004): The leaders of EU have agreed upon the EU-constitution, but do the populations agree with the leaders? 18.06.2004; <http://www.folkebevaegelsen.dk> (abgerufen am 06.12.2005).

Krarup, Ole (2005): Rede in der Plenardebatte des Europäischen Parlaments zur Verfassung für Europa, Straßburg, 11.01.2005.

KSČM (1999): V. sjezdu. Zpráva ÚV KSČM o cinnosti KSČM v období po IV. sjezdu KSČM, Zdár nad Sazavou, S. 48, zit. nach: Handl (2002), S. 12.

KSČM (2002): Kdo jsme, Náš program, Stanovy, Sjezdy KSČM, Členství v KSČM, S. 4 f.; <http://www.kscm.cz> (abgerufen am 24.11.2005).

KSČM (2004): VI. sjezdu. Stanovy KSČM, České Budějovice, 14./15.05.2004.

KSČM (2004a): VI. sjezdu. Naděje pro Českou republiku, Politika KSČM pro období do VII. sjezdu, České Budějovice, 14./15.05.2004.

KSČM (2004b): Erklärung des Zentralkomitees, zit. nach: Pavel Saradin (2005): Die politische Situation in der Tschechischen Republik (Working Papers der Friedrich-Ebert-Stiftung Prag 4), Prag, S. 11.

KSČM (2004c): S vámi a pro vás, doma i v EU. Teze programu KSČM pro volby do Evropského parlamentu.

KSČM (2005): 9. Výkonný výbor UV KSČM, Usnesení ke Smlouvě o Evropě, 04.02.2005; <http://www.kscm.cz> (abgerufen am 24.11.2005).

KSČM (2005a): 5. zasedání Ústředního výboru: Problematika Smlouvy zakládající Ústavu pro Evropu, 19.03.2005; <http://www.kscm.cz> (abgerufen am 24.11.2005).

KSČM (2005b): Press Release of the CPBM. At the conclusion of International Conference of Communist and Left Parties, Prag, 23./24.04.2005; <http://www.kscm.cz> (abgerufen am 24.11.2005).

Kyprianou, Andros (2004): Interview, in: *Neues Deutschland*, 24.05.2004.

Manolakou, Diamanto (2005): Rede in der Plenardebatte des Europäischen Parlaments zum Bericht Richard Corbett und Ínigo Méndez de Vigo (A6-0070/2004), Straßburg, 12.01.2005.

Marijnissen, Jan (1998): Enough! A socialist bites back, Amsterdam.

Marijnissen, Jan (2004): Facts don't support the idea that the EU is lagging behind the US, in: *De Volkskrant*, 05.07.2004 (abgerufen am 23.10.2005); <http://www.spectrezone.org/europa/MarijnissenEU.htm>.

Marijnissen, Jan (2004a): European Constitution? No Thanks!, in: *NRC Handelsblad*, 18.04.2004; <http://www.spectrezone.org> (Abgerufen am 23.12.2005).

Markov, Helmut/Wehr, Andreas (2005): Zeitenwende in Europa, in: *Europarot* 21 (Infoblatt der Delegation der PDS in der Fraktion GUE/NGL im Europaparlament), S. 1 f.

McDonald, Mary Lou (2004): Rede in der Plenardebatte des Europäischen Parlaments zum Europäischen Rat / Irischer Ratsvorsitz, Straßburg, 21.07.2004.

Migliore, Gennaro (2002): Mitglied der Nationalen Leitung des PRC, in: *Liberazione*, 30.08.2002.

NGLA (2004): Politische Plattform der Nordischen Grün-Linken Allianz, in: *PDS-International* 1 (Informationsschrift für Friedens- und Internationale Politik), S. 61 f.

Panaretou, Soula (2004): Die Europäische Verfassung aus der Perspektive der Geschlechtergleichstellung, 17.07.2004; <http://www.linxnet.de> (abgerufen am 24.11.2005).

Paparigha, Aleka (2003): Contribution by the GS of the CC of the CPG. European Meeting on The Constitutional Treaty of the EU and the Response of the People, Athen, 13.12.2003; <http://www.kke.gr> (abgerufen am 10.11.2005).

Parny, Francis (2003): Intervention au Conseil national du PCF. Les communistes dans la situation politique, économique et sociale en septembre 2003, 27.09.2003; <http://www.pcf.fr> (abgerufen am 13.11.2005).

Pau, Petra (2003): Für Volksabstimmungen zur EU-Verfassung, in: *Pressedienst PDS* 21, 22.05.2003.

Pau, Petra (2003a): EU-Verfassung: Gegen Diktat aus Nirvana, in: *Pressedienst PDS* 42, 17.10.2003.

Pau, Petra (2003b): Bürger sollen über EU-Verfassung entscheiden, in: *Pressedienst PDS* 24, 11.06.2004.

PCF (2002): Conférence nationale en juin 2002, Décisions; <http://www.pcf.fr> (abgerufen am 11.11.2005).

PCF (2002a): Conseil national. Avant-projet de la base commune, 13.12.2002; <http://www.pcf.fr> (abgerufen am 11.11.2005).

PCF (2003): Projet de déclaration. Rencontre des partis de gauche européens, Déclaration à l'occasion du Forum social européen, Paris, 09.11.2003, Manuskript, S. 2.

PCF (2003b): 32^e congrès du PCF (05.04.2003). Texte d'Orientation, Communisme: écrire ensemble une page nouvelle.

PCF (2003c): Conseil national. Relevé de décisions, 27./28.09.2003; <http://www.pcf.fr> (abgerufen am 13.11.2005).

PCF (2003d): L'Europe: oui. Mais pas celle-là! Programme du PCF pour les élections européennes en juin 2004.

- PCF (2005): Conseil national. Déclaration, Nos objectifs politiques en 2005, 14.01.2005; <http://www.pcf.fr> (abgerufen am 18.11.2005).
- PCF u.a. (2003a): Déclaration des partis de gauche, communistes et progressistes européens, Paris, 09.11.2003.
- PCP (o.J.): Party Programme, S. 27; <http://www.pcp.pt> (abgerufen am 09.12.2005).
- PCP (o.J.a): Constitution, S. 1; <http://www.pcp.pt> (abgerufen am 09.12.2005).
- PCP (2004): 17th Congress: Theses, With the PCP – Democracy and Socialism. A Portugal with a future, Almada, 26.–28.11.2004, S. 17; <http://www.pcp.pt>.
- PCP (2003): Comunicado do Comité Central, 27.06.2003; <http://www.pcp.pt> (abgerufen am 09.12.2005).
- PCP (2003): Extracts of the Communiqué PCP's Central Committee, 20.10.2003; <http://www.pcp.pt> (abgerufen am 09.12.2005).
- PCP (2005): Secretariat: The PCP and the Dutch „No“, 01.06.2005; <http://www.pcp.pt> (abgerufen am 09.12.2005).
- PdCI/MFE (2004): More Europe for everybody. A European federal government for a Europe of peace and solidarity, 01.01.2004; <http://www.comunisti-italiani.it> (abgerufen am 05.10.2005).
- PDS (1991): Europa – Wandel und Neugestaltung. Europapolitische Vorstellungen der Abgeordneten-
gruppe der PDS/Linke Liste, Bonn.
- PDS (1993): Programm und Statut.
- PDS (1994): Programm zur Europawahl 1994.
- PDS (1994a): Programm zu den Bundestagswahlen 1994.
- PDS (1998): Programm zu den Bundestagswahlen 1998.
- PDS (1999): Programm zur Europawahl am 13. Juni 1999.
- PDS (2003): Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus.
- PDS (2003a): Beschluss des Parteivorstandes. Parteivorstand empfiehlt mehrheitlich die Zustimmung zum Europäischen Verfassungskonvent, kritisiert jedoch entschieden die weitere Militarisierung der EU, 07.07.2003; <http://www.pds-online.de> (abgerufen am 16.12.2005).
- PDS (2003b): Bericht von der Sitzung des Parteivorstandes. Programm, Parteitag, Europawahl, 11.10.2003; <http://www.pds-online.de> (abgerufen am 16.12.2005).
- PDS (2003c): Bericht von der Sitzung des Parteivorstandes. Nun Leitantrag an Parteitag: der Entwurf des Europa-Wahlprogramms, 08.11.2003; <http://www.pds-online.de> (abgerufen am 16.12.2005).
- PDS (2003d): Beschluss des Parteivorstandes. Forderung einer Volksabstimmung zur Zustimmung Deutschlands zur EU-Verfassung, 08.11.2003; <http://www.pds-online.de> (abgerufen am 16.12.2005).
- PDS (2003e): Beschluss des PDS-Parteivorstandes. Miteinander für eine andere Politik! Konzeption für den Europawahlkampf der PDS 2004 (Wahlstrategie), 11.10.2003.
- PDS (2004): Wahlprogramm für die Wahlen zum Europäischen Parlament am 13. Juni 2004.
- PDS (2004a): Beschluss der 1. Tagung des 9. Parteitages der PDS (30./31.10.2004). Für einen anderen Verfassungsvertrag. Für ein friedliches, soziales und demokratisches Europa, Potsdam, in: *Disput* 11, S. 59–62.

Peres, Salvador Jové (2003): La Convención sobre el futuro de Europa: entra la globalización neoliberal y la Ampliación sin cohesión, in: *IU al Día*, 06.09.2003; <http://www.izquierda-unida.es/ualdia> (abgerufen am 06.11.2005).

Petsinis, Lambros (1977): I EOK – proion tis imperialistikis oloklirosis, in: *Kommounistiki Epitheorisi*, S. 46–59, zit. nach: Heinz Richter (1980): Griechenlands Kommunisten und die Europäische Gemeinschaft (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 17), Köln, S. 21 (= Die EG – Produkt der imperialistischen Vollendung).

Portas, Miguel (2005): Rede in der Plenardebatte des Europäischen Parlaments zum Europäischen Rat / Luxemburgischer Vorsitz, Brüssel, 22.06.2005.

PRC (1997): National Bureau. PRC's International Policy, 16.06.1997; <http://www.rifondazione.it> (abgerufen am 25.11.2005).

PRC (2000): Nationale Leitung. Dokument zur internationalen Politik, 29.07.2000; (abgerufen am 25.01.2006)

PRC (2005): VI. Parteitag (03.–06.03.2005). Leitantrag 1 der Parteimehrheit, Die Gesellschaftsalternative; <http://rifondazione.at/congresso/Seite1.htm> (abgerufen am 30.07.2005, nicht mehr verfügbar).

Ransdorf, Miloslav (2005): Rede in der Plenardebatte des Europäischen Parlaments zur Verfassung für Europa, Straßburg, 11.01.2005.

Scholz, Helmut (2004): Interview, in: *Neues Deutschland*, 25.06.2004.

Scholz, Helmut (2005): Die Partei der Europäischen Linken. Einige Aspekte ihrer Entwicklung (rls standpunkte 13), Berlin.

Seppänen, Esko (2003): EU Constitution. Friday the thirteenth, 13.07.2003; <http://www.spectrezine.org/europe/Esko.htm> (abgerufen am 12.12.2005).

Seppänen, Esko (2003a): Vorgestellt: Vasemmistolitto. Die Linksallianz Finnlands, in: *Europarot* 13 (Infoblatt der Delegation der PDS in der Fraktion GUE/NGL im Europaparlament), S. 7.

Seppänen, Esko (2003b): Rede in der Plenardebatte des Europäischen Parlaments zur Europäischen Verfassung und Regierungskonferenz, Straßburg, 24.09.2003.

Seppänen, Esko (2004): Rede in der Plenardebatte des Europäischen Parlaments zum Programm des irischen Vorsitzes und zur Europäischen Verfassung, Brüssel, 28.01.2004.

SF (o.J.): The history of Socialist People's Party; <http://www.sf.dk> (abgerufen am 12.12.2005).

SF (2003): Principog Perspektivprogram, zit. nach: Birke (2005), S. 228–231.

SF (2003a): The Election Manifesto for the European Parliament Elections 2004, 25./26.10.2003.

SF (2003b): Executive Committee. Policy paper on the European Convention, Visions for the future of Europe, 05.02.2003; <http://www.sf.dk> (abgerufen am 12.11.2005).

SF (2004): The Future of Europe, S. 3; <http://www.sf.dk> (abgerufen am 03.12.2005).

SF (2004a): SF anbefaler ja til EU's forfatningstraktat, 21.12.2004; <http://www.sf.dk> (abgerufen am 17.10.2005).

SF (2005): Views and policies of Socialistisk Folkeparti in Denmark; <http://www.sf.dk> (abgerufen am 12.12.2005).

SF (2005a): The future of the European Union. A social Europe – proposal for a new Social Pact, 13.09.2005; <http://www.sf.dk> (Abgerufen am 12.11.2005).

- Sinn Féin (o.J.): Introduction to Sinn Féin; <http://www.sinnfein.ie/introduction> (abgerufen am 30.11.2005).
- Sinn Féin (o.J.a): History of the Conflict; <http://www.sinnfein.ie/history> (abgerufen am 30.11.2005).
- Sinn Féin (1999): EU Election Manifesto 1999. Peace and Independence in Europe; <http://www.sinnfein.ie/elections/manifesto/24>.
- Sinn Féin (2001): Treaty of Nice Manifesto. No to Nice; <http://www.sinnfein.ie/elections/manifesto/25>.
- Sinn Féin (2003): Sinn Féin and the European Union. A discussion document brought to the party's Ard Fheis in March 2003; <http://www.sinnfein.ie/euteam/document/150>.
- Sinn Féin (2003a): Response to the draft EU Constitution. Sinn Féin document outlining the party's position on the Draft European Union Constitution; <http://www.sinnfein.ie/euteam/document/152>.
- Sinn Féin (2004): EU Election Manifesto 2004. An Ireland of Equals in a Europe of Equals; <http://www.sinnfein.ie/politics/manifesto/38>.
- Sinn Féin (2004a): Campaigning for Full Equality. A Sinn Féin Policy Document 2004; <http://www.sinnfein.ie/policies/manifesto/41>.
- Sinn Féin (2005): Sinn Féin and European United Left/Nordic Green Left, Ireland and the EU Constitution; Dublin, 28./29.05.2005; <http://www.sinnfein.ie/euteam/document/199>.
- Sinn Féin (2005a): Ireland and the EU Constitution; <http://www.sinnfein.ie/euteam/document/198>.
- Sjöstedt, Jonas (2004): Interview, in: *Neues Deutschland*, 27.08.2004.
- Sjöstedt, Jonas (2004a): Political centralisation, economic liberalisation, austerity policy and militarization – not much left for the left in EU's constitution, 18.09.2004; <http://www.spectrezone.org/europe/Jonas.htm> (abgerufen am 30.11.2005).
- Sjöstedt, Jonas/Svensson, Eva-Britt (2004): Our Politics. Introduction; <http://www.vguengl.org> (abgerufen am 30.11.2005).
- Sjöstedt, Jonas/Svensson, Eva-Britt (2005): The Left said no, 02.06.2005; <http://www.vguengl.org> (abgerufen am 30.11.2005).
- SP (o.J.): Brief history of the SP; <http://international.sp.nl/history.stm> (abgerufen am 23.12.2005).
- SP (1999): The Whole of Humanity. Core Vision, Tasks and Goals of the Socialist Party, S. 4; <http://international.sp.nl/goals/charter.stm>.
- SP (2002): Congress on november 23rd 2002. Take the first turn left: vote for social rebuilding, Election programme 2003–2007; <http://international.sp.nl/goals/firstturnleft.stm>.
- SP (2003): Eerste weg links. Stem voor sociale wederopbouw, Stem SP, Actieprogramma SP 2003–2007, Rotterdam.
- SP (2004): Programme for the European Parliamentary elections of 2004. A summary in thirty concrete points; <http://international.sp.nl/goals/programme/europe>.
- SP (2004a): News. SP prepares to campaign for a „No“ to proposed EU Constitution, 20.06.2004; <http://international.sp.nl/news/> (abgerufen am 23.12.2005).
- Svensson, Eva-Britt (2005): Declare the Constitution dead! 16.06.2005; <http://www.vguengl.org> (abgerufen am 30.11.2005).
- SYN (o.J.): International Relations; <http://www.syn.gr> (abgerufen am 10.10.2005).

SYN (o.J.a): What is Synaspismos?; <http://www.syn.gr> (abgerufen am 10.10.2005).

SYN (1998): The Amsterdam Treaty. Extract of Resolution of SYN's Special Congress, Athen, 05.04.1998; <http://www.syn.gr>.

SYN (2001): Synaspismos and PDS. Joint Statement by the Presidents, Left on a European Scale is more imperative today, Athen, 29.04.2001; SYN (2000): Debate on the Intergovernmental Summit in Nice; <http://www.syn.gr> (abgerufen am 10.10.2005).

SYN (2003): Programmatic Congress, in: Synaspismos (Hrsg): International Bulletin 30, Mai–Juni 2003, S. 1–2.

V (2002): Das Wahlprogramm der Linkspartei, in: *PDS-International 2/3* (Informationsschrift für Friedens- und Internationale Politik), S. 98–105.

V (2004): Programme. Adopted by the 35th Congress, 19.–22.02.2004; <http://www.vansterpartiet.se>.

Van Bommel, Harry (2004): Interview, in: *Newropeans Magazine*, 15.11.2004; <http://www.newropeans-magazine.org> (abgerufen am 23.12.2005).

Van Bommel, Harry (2005): Interview, in: *Morning Star*, 30.11.2004; <http://www.poptel.org.uk/morning-star/> (abgerufen am 23.12.2005).

VAS (o.J.): Party Program, S. 14 f. und 29; <http://www.vasemmistoliitto.fi> (abgerufen am 01.12.2005).

VAS (2005): Party Board. Also the Finnish government must bear its responsibility for the acceptability of the EU, 15.06.2005; <http://www.vasemmistoliitto.fi> (abgerufen am 12.12.2005).

Vergès, Paul (2005): Interview, in: *Humanité*, 22.01.2005.

Wehr, Andreas (2001): Europäische Union, in: Sabine Kebir (Hrsg.): 13 Wortmeldungen zur PDS-Programmdiskussion (Beilage von Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung 46), Berlin/Frankfurt.

Tageszeitungen und Interview

Avante (Portugiesische Tageszeitung, PCP)

Cyprus Mail (Zypriotische Tageszeitung, unabhängig)

Cyprus News Agency (Zypriotische Presseagentur)

El País, 30.01.2005 (Spanische Tageszeitung, unabhängig)

Humanité, 31.01.2005 (Französische Tageszeitung, PCF)

Rizospastis, 08.12.2003 (Griechische Tageszeitung, KKE)

Wurtz, Francis (2005): Interview mit dem Verfasser, Brüssel, 20.09.2005.

Wissenschaft griffbereit!

UNIVERSITÄTSVERLAG POTSDAM

Seit 1998 der Wissenschaftsverlag
an der Universität Potsdam.

online – print – hybrid – multimedial

... über 400 Autoren von A bis Z

Im Webshop können 460 lieferbare
gedruckte Titel bestellt werden. Auf dem
zertifizierten Publikationsserver sind fast
6000 Online-Dokumente im Open Access
zum kostenfreien Download verfügbar.

<http://info.ub.uni-potsdam.de/verlag.htm>



UNIVERSITÄTSVERLAG POTSDAM

Universitätsbibliothek Potsdam
Abt. Publikationen
Am Neuen Palais 10
14469 Potsdam

Telefon +49 331 977-2533
Telefax +49 331 977-2292

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Bestellen Sie jetzt die Ausgabe Nr. 82!

Autoritarismus global

Ende der Euphorie
Putins Russland
Stabilität Ostasiens
Arabischer Herbst
Mitten in Europa

Autokratieforschung

Atomare Abrüstung
Lame Duck Obama?

*Abo-Vorteile!
6 Ausgaben jährlich
ab 25 €!*

bestellung@welttrends.de

[amazon.de](https://www.amazon.de)

www.welttrends.de

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Themenhefte

- | | |
|--|--|
| 85 Brasilien – Land der Gegensätze | 47 Europäische Arbeitspolitik |
| 84 Ernährung garantiert? | 46 Globale Finanzmärkte |
| 83 Arabische Brüche | 45 Von Dynastien und Demokratien |
| 82 Autoritarismus Global | 44 Modernisierung und Islam |
| 81 Atomare Abrüstung | 43 Großmächtiges Deutschland |
| 80 Japan in der Katastrophe | 42 Europäische Außenpolitik |
| 79 Rohstoffpoker | 41 Transatlantische Perspektiven II |
| 78 Polen regiert Europa | 40 Transatlantische Perspektiven I |
| 77 Vom Fremden zum Bürger | 39 Wohlfahrt und Demokratie |
| 76 Herausforderung Eurasien | 38 Politisierung von Ethnizität |
| 75 Exit Afghanistan | 37 Vergelten, vergeben oder vergessen? |
| 74 Vergessene Konflikte | 36 Gender und IB |
| 73 Klimapolitik nach Kopenhagen | 35 Krieg im 21. Jahrhundert |
| 72 Südafrika und die Fußball-WM | 34 EU-Osterweiterung im Endsput? |
| 71 Selektive Grenzen | 33 Entwicklungspolitik |
| 70 Brodelnder Iran | 32 Balkan – Pulverfaß oder Faß ohne Boden? |
| 69 Europäische Brüche | 31 Recht in der Transformation |
| 68 NATO in der Sinnkrise | 30 Fundamentalismus |
| 67 Außenpolitik in Schwarz-Rot | 28 Deutsche Eliten und Außenpolitik |
| 66 Energiesicherheit Deutschlands | 27 10 Jahre Transformation in Polen |
| 65 Naher Osten – Ferner Frieden | 26 (Ab-)Rüstung 2000 |
| 64 Konfliktherd Kaukasus | 24 Wohlfahrtsstaaten im Vergleich |
| 63 Geopolitik Ost | 21 Neue deutsche Außenpolitik? |
| 62 Zerrissene Türkei | 20 Demokratie in China? |
| 61 Soziale Bewegungen in Lateinamerika | 19 Deutsche und Tschechen |
| 60 Russische Moderne | 18 Technokratie |
| 59 EU-Außenpolitik nach Lissabon | 17 Die Stadt als Raum und Akteur |
| 58 Regionalmacht Iran | 16 Naher Osten – Region im Wandel? |
| 57 Ressource Wasser | 14 Afrika – Jenseits des Staates |
| 56 Militärmacht Deutschland? | 12 Globaler Kulturkampf? |
| 55 G8 Alternativ | 11 Europa der Regionen |
| 54 Identität Europa | 8 Reform der UNO |
| 53 Rotes China Global | 7 Integration im Pazifik |
| 52 Deutsche Ostpolitik | 6 Zerfall von Imperien |
| 51 Geheime Dienste | 5 Migration |
| 50 Kerniges Europa | 3 Realer Post-Sozialismus |
| 49 Militär in Lateinamerika | 2 Chaos Europa |
| 48 Internet Macht Politik | 1 Neue Weltordnung |

Bestellen Sie ...

... mit einer Mail an bestellung@welttrends.de

... auf www.amazon.de – Suchwort „Welttrends“

www.welttrends.de

Potsdamer Textbücher

PTB 1: Regionen in der Europäischen Union

PTB 2: Polen – Staat und Gesellschaft

PTB 3: Naher Osten – Politik und Gesellschaft

PTB 4: Totalitäre und autoritäre Regime

PTB 5: Kommunale Selbstverwaltung

PTB 6: Die verschwundene Diplomatie

PTB 7: Recht in der Transformation

PTB 8: Das moderne Polen

PTB 9: Making Civil Societies Work

PTB 10: Menschen im Wandel

PTB 11: Castro und kein Ende

PTB 12: Die Babelsberger Diplomatenschule

PTB 13: Ein autoritäres Regime
– Der Fall Spanien

Potsdamer Textbücher **PTB**

Juan J. Linz

Totalitäre und autoritäre
Regime



Bestellungen unter
www.welttrends.de und
verlag@welttrends.de

Berliner Debatte
Wissenschaftsverlag

www.welttrends.de

Diese Anfang 2006 fertiggestellte, nunmehr postum veröffentlichte Publikation untersucht und bewertet detailliert die Positionen zum Vertrag über eine Verfassung für Europa jener Parteien, die im Europäischen Parlament der „Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke“ (GUE/NGL) angehören. Die Debatte zum europäischen Verfassungsvertrag zwang alle linken Parteien in einer erstmalig geführten transnationalen Debatte, ihre Haltung zur EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes, ihre Position zum Verfassungsvertrag als solchem sowie ihre generelle Bereitschaft zu verdeutlichen, einem „anderen“ oder „besseren“ Vertrag zuzustimmen. Die Arbeit zeigt eine sehr hohe Fragmentierung der Haltung der linken Parteien zum Verfassungsvertrag und zur Mitgliedschaft ihrer Länder in der EU.

Welt  Trends

ISSN 1866-0738
ISBN 978-3-86956-186-8